DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

89 9. JAHRGANG Februar '92 5,00 DM

GEMEINSCHAFTSPRODUKTION MIT:

Sapperlot
Sapperlot

Informationen für eine alternative Gesellschaft

Netzwerk für Selbstverwaltung
Baslerstr. 106 · CH-8048 Zürich
Telefon (0041/1) 491 20 66

DER SCHEIN BESTIMMT DAS BEWUSSTSEIN

Des Kaisers Neue Kleider

Schlechtes Wetter gibt es nicht, es gibt nur falsche Kleidung. Das durchsichtige Hemd des nackten Kaisers wärmt in der Eiszeit des Nordatlantik-Pakts für Staats- und Kapitalsicherheit wenig. Der Kältestarre entgehen und überleben heißt das eigene Zeug tragen. Die Totalität des Scheins zu durchbrechen bedeutet sich in die eigenen Angelegenheiten einmischen, ums Überleben kämpfen, ums Leben ringen und die lustvolle Liebe nicht vergessen.

Autonome Lebensgemeinschaft Zaffaraya vertrieben aus der Stadt, 1989
Foto: Lukas Lehmann, aus Kalender »Widerstand und Alltag«, Bezug: Zentralamerika-Sekretariat, Baslerstr. 106, CH-8048 Zürich

Peter Staub, Zürich ● Arschlöcher gibt es nicht nur in den fünf Neuen Bundesländern, sondern überall, das weiß jeder Biermann. Die Parole im Spiegel des Departements für alles verklärende Propaganda ist knapp und überdeutlich: Der Schein bestimmt das Bewußtsein. Die VertreterInnen der dummdreisten, von andauernd-akuter Denkfäule befallenen Rasenmäher-Philosophie haben dank einem konkurrenz- und beispiellosen Werbe-Etat gesiegt, kritische Intelligenz und rebellierende Aufklärung, haben ausgedient bevor sie greifen konnten, wird uns glauben gemacht – apathisch-lethargische Hoffnungslosigkeit regiert sich wesentlich angenehmer als widerspenstig-aufmüpfiger Widerstand.

Angesichts der öko-nomisch-logischen Probleme die notwendigerweise dringend einer Lösung bedürfen, kommen wir nicht an der direkten Auseinandersetzung mit der weltverwaltenden Company und ihrer zahlreichen Tochterunternehmen vorbei, müssen wir uns, so mühsam und entnervend das sein kann, permanent bewußt sein, daß die geheimen Netzwerke für Staats- und Kapitalsicherheit existieren und funktionieren.

Vielleicht helfen frische ExistenzialistInnen weiter wenn es ums tägliche Ueberleben im Dschungel der Sinnlosigkeit geht. Jedenfalls wirft das Ausmaß und die Intensität des Schnüffel- und Zersetzungsstaats gnadenlos alle ernsthaft engagierten Oppositionellen auf sich selbst zurück: Taktik und Strategie, die durch Stasi-Akten annähernd verifizierbar wurden – erkennen, isolieren, zersetzen – dürfen grundsätzlich problemlos auf die bürgerlichen Bruderstaaten übertragen werden, wobei jedoch zu beachten ist, daß da mit entschieden feinerer High-Tech und differenzierterer Methodik vielleicht noch effizienter gearbeitet wird.

Als quer- und schrägdenkender, aufrechtgehender und handlungsfähiger Mensch paßt du genau ins Fadenkreuz der gerüchteverbreitenden und Spaltpilze schießenden Gestapomagnum. Du darfst also davon ausgehen, daß ein nicht zu unterschätzender Teil deiner netten FreundInnen und Bekannten den persönlichen Kontakt nicht aus eigenem Antrieb suchen oder zufällig finden, sondern im Sold und Auftrag der SpitzelInnen GmbH unterwegs sind. Die Versuchung selbst ein bißchen Doktor Watson zu spielen ist natürlich groß, doch diese unproduktive, private Detektivarbeit lähmt unnötig und kostet wertvolle Kräfte, bringt äußerst selten nennenswerte Erfolge und fördert in keinem Maße die eigene Befindlichkeit.

Die aufgeblasene »Institution der Liebe«, wie das Ministerium für umfassende Wahrheit, Sicherheit und Lebensschutz im firmeneigenen Jargon genannt wird, ist als »Schwert und Schild« ein ebenso fester Bestandteil des bürgerlichen Staats – egal ob liberal-oligarchisch, sozial-technokratisch, öko-christlich oder dada-sozialistisch – wie die Armee, die Psychiatrie, das Parlament oder – ganz bieder – die Polizei. Die Überwindung des Nordatlantischen Stasi-Pakts kann nur gelingen, wenn gleichzeitig die bürgerliche Staatskonzeption auf dem Müllhaufen der Geschichte landet. So weit sind wir in der Schein-Bar noch nicht, doch es lohnt, sich das Ziel im Auge zu behalten, wenn wir uns in den Niederungen des Alltags auf offenem Feld in die Büsche schlagen.

JedeR IngenieurIn weiß, daß eine Beton-Brücke sich zwangsläufig selbst zerstört, wenn sie auf die Frequenz der Eigenschwingung gebracht wird. Hier liegt ein Ansatz, wie die wuchernde Zement-Fraktion effizient ausgehebelt werden kann. Oder, um eine alte asiatisch-gewaltfreie Selbstverteidigungsmethode zu bemühen: Du benutzt die Kraft und Stärke des Gegners um ihn dank gewitzter Technik auf die Matte zu legen. Die Achillesferse der DatenjägerInnen und -sammlerInnen ist die bürokratisch-intelligente Verarbeitung der gewonnenen Beute und die paranoid-detaillierte Verifizierung der gestohlenen Informationen.

Lockere deine Zunge, flunkere, was das Zeug hält, erzähle Geschichten, die das Leben schrieb, deute an, lasse durchblikken, daß du weißt, wer zur Seilschaft gehört, zeige ihnen, daß du sie nicht ernst nimmst, lache öffentlich über den gigantischen Nonsens, bewege dich im Zustand der permanenten Veränderung, lebe unberechenbar und wild, kurz: Betätige dich als BeschäftigungstherapeutIn für unterentwickelte Intelligenzbestien und du wirst sie an ihren Augenringen erkennen.

Doch aufgepaßt, du hast es mit Profis der Manipulation zu tun, die ihr dreckiges Hand- und Schreib- und Mundwerk nutzbringend einzusetzen verstehen, die einen reichen, braunen Erfahrungshintergrund besitzen und faktisch über sämtliche Machtmittel und Repressionsinstrumente verfügen. Wenn du das Spiel aufnehmen willst, mußt du kämpfen, ohne die Hoffnung zu verlieren, mußt du stark sein und gezielte Tiefschläge einstecken können, ohne deine Offenheit und deine Zärtlichkeit aufzugeben. Es mag deinem Idealbild widersprechen, doch so gut gefühlvolles Vertrauen sein kann, ist die intellektuelle Kontrolle besser, ja notwendig. Die alte Lenin-Frage »wem nutzt es?« wird als eine ständige Begleiterin dir ermöglichen, die UrheberInnen der diffamierenden Undercover- Torpedos zu lokalisieren und ihre Geschosse ohne größere Verletzungen einzustecken.

Nun leben jedoch auch die PartisanInnen der 90er Jahre nicht vom befreienden K(r)ampf allein, auch sie wollen alles, wollen hier und jetzt die Mauern überwinden, Lust und Liebe leben, sex & drugs & rock'n'roll rein- und durchziehen. Über Wege und Möglichkeiten, auch innerhalb der herrschenden Ab- und Zustände, selbstbestimmten, repressionsfreien Wohn- und Lebensraum der unbegrenzten Möglichkeiten zu schaffen und zu erhalten, informiert Sapperlot/CONTRASTE mit einem differenzierenden Schwerpunkt auf den Seiten sieben bis dreizehn. ●

pst: Liebe Asterice, bitte vergiß nicht, daß nicht nur und nicht alle, die gallisch sprechen ehrliche DorfbewohnerInnen sind. Julius.

AUS DEM INHALT:

Chance für alternative Wirtschaft 2
»Bio-Lüge« als Fernseh-Ente?
Hessen: Modellversuch für Vernetzung 3
Frauen-Widerstandsdenkmal in Kassel 4
Bildungsprojekt zur Frauenförderung (Nicaragua-Österreich) 5
Wer entwickelt die Region?
Tagungsbericht aus Niedersachsen 6

WOHNEN:

Goldrausch in Berlin! 7
Konfliktarbeit statt Gruppendepression 8
Vom Kollektiv zur Troika (Oensingen, CH) 9
Ex-Industrieareale 10
Kiezidylle trotz Hauptstadtboom?
Luisenstadtgenossenschaft eG., Berlin 11
Ohne Netz und doppelten Boden
Frauen-Lesben-Bauwagen-Platz 12
Feminisierung der kommunalen Wohnungswirtschaft 12
Modell Dänemark 13

Antroposophie & Alternative Ökonomie 14
Genossenschaften: »Großkapitalist übernehmen Sie« 16
Serie: Alternative Geldanlagen 18
Stellenmarkt, Kleinanzeigen 19
Tagungen, Seminare, Termine 20

P 8008 E

4
001
00.2621
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

DEUTSCH-SCHWEIZERISCHE GEMEINSCHAFTSPRODUKTION

Editorial

Noch keine drei Monate ist es her, als die nun vorliegende, gemeinsame Zeitungsproduktion beschlossen wurde. Nach zwei kurzen Besuchen in Heidelberg, die eher dem Gedankenaustausch als der konkreten Planung gedient hatten, stand im November fest, daß die in Deutschland monatlich erscheinende Zeitung »CONTRASTE« und die in der Schweiz zweimonatlich erscheinende Zeitschrift »Sapperlot« ihre Februarnummern gemeinsam produzieren wollen.

Nicht zwei Zeitungen werden produziert, sondern diese Sapperlot-Nummer erscheint äußerlich als Kopfblatt von CONTRASTE. Was im internationalen Medienbereich immer häufiger durchgezogen und kaltschnäuzig als Ausnutzung der Synergieeffekte (bei Nichterwähnung der erfolgten Entlassungen) bezeichnet wird, ist bei uns ein einmaliger Versuch, ohne geplante Fortsetzung. Ganz pragmatisch soll etwas zukünftig Denkbares eher konkret versucht als lange über dessen Vor-und Nachteile philosophiert werden.

Ausgewirkt hat sich dieses Zusammenlegen der Kräfte im gemeinsamen Produzieren der Seiten 2 bis 18, die allerdings bunt gemischt teils aus schweizerischer teils aus deutscher Feder stammen. Für beide Gruppen von LerserInnen werden damit zusätzliche Standpunkte und Überlegungen sichtbar, ohne gleichzeitig auf die eigenen und teilweise internen Mitteilungen verzichten zu müssen. Demzufolge liefen nur die Umschlagseiten seperat über die Druckwalzen, enthalten aber auf der Frontseite die gleichen Inhalte.

Auch wenn bisher sowohl CONTRASTE wie auch Sapperlot im jeweilig anderen Land kaum gelesen wurden, bestanden in der kurzfristig gebildeten Redaktion keine Schwierigkeiten bei der Themensuche für den Schwerpunkt dieser Nummer. Ein Blick in die Kleinanzeigen-Spalten der Tagespresse verursacht bei wohnungssuchenden MieterInnen sowohl in Berlin wie auch in Zürich die gleiche Entrüstung. Obwohl Kommunikation und Erfahrungsaustausch über die Grenze nur wenig praktiziert wird, zeigt sich an den unterschiedlichen Beiträgen, daß in beiden Ländern ähnliche Auswege aus der Wohnungsnot diskutiert und praktisch erprobt werden.

Zur gleichen Zeit, da diese Seiten in Frankfurt bedruckt werden, findet in Brüssel das zweite internationale »Treffen der Netzwerke für Alternativ- und Solidarwirtschaft« statt. Mit ähnlichen Zielen, die wir mit unserer gemeinsamen Produktion anstreben, findet auch das Treffen in Brüssel statt. Wir sind überzeugt, daß grenzüberschreitende Erfahrungen und internationale Netzwerke langfristig wichtige Stützpunkte sein werden im Aufbau eines »Anderen Europa«. ●

Peter Streiff
Sapperlot-Redaktion

HANSPETER VIELI PLÄDIERT FÜR EIN JAHRZEHNT DER VERNUNFT

Die alternative Wirtschaft hat eine neue Chance

Ratlosigkeit beherrscht die politische und wirtschaftliche Diskussion. Ein Jahr nach dem »definitiven Sieg der Marktwirtschaft« sind Rezepte wieder gesucht. Die Lage wird sogar schlimmer als zuvor: nachdem der Süden bekanntermassen schon ausgeraubt und, abgesehen von den paar verbliebenen Urwäldern und Touristenghettos aus den Industrieländern, zur Hauptsache noch als Abfallkippe, Armenhaus und Niedriglohn-Gebiet dient, kam in den letzten beiden Jahren der Offenbarungseid des Ostens hinzu. Damit wurde zwar die Stunde der Wahrheit für die andere Führungsmacht etwas hinausgezögert; aber George Bush altert in unübersehbar schnellem Tempo. Der »westliche Sieg« im kalten Krieg mündet in eine Niederlage der Raubwirtschaft gegen die Natur.

Was auf den ersten Blick wie ein unwahrscheinliches, höchst zufälliges Zusammentreffen aussieht – das gleichzeitige Kippen von kapitalistischer Ökonomie und Umwelt –,hat bei genauerer Betrachtung seine innere Logik: im Wohlfahrtsstaat müssen die wie eh und je grassierenden räuberischen Aspekte des Kapitalimus durch Raubbau an den Naturvorräten kompensiert werden: genau so können neben der »Rente für alle« die Surplus-Gewinne für die Spekulanten weiterhin fließen. Jetzt kann man aber den Boden der Schatztruhe sehen: ein Verteilungskampf »neuen Typs« ist in Sicht.

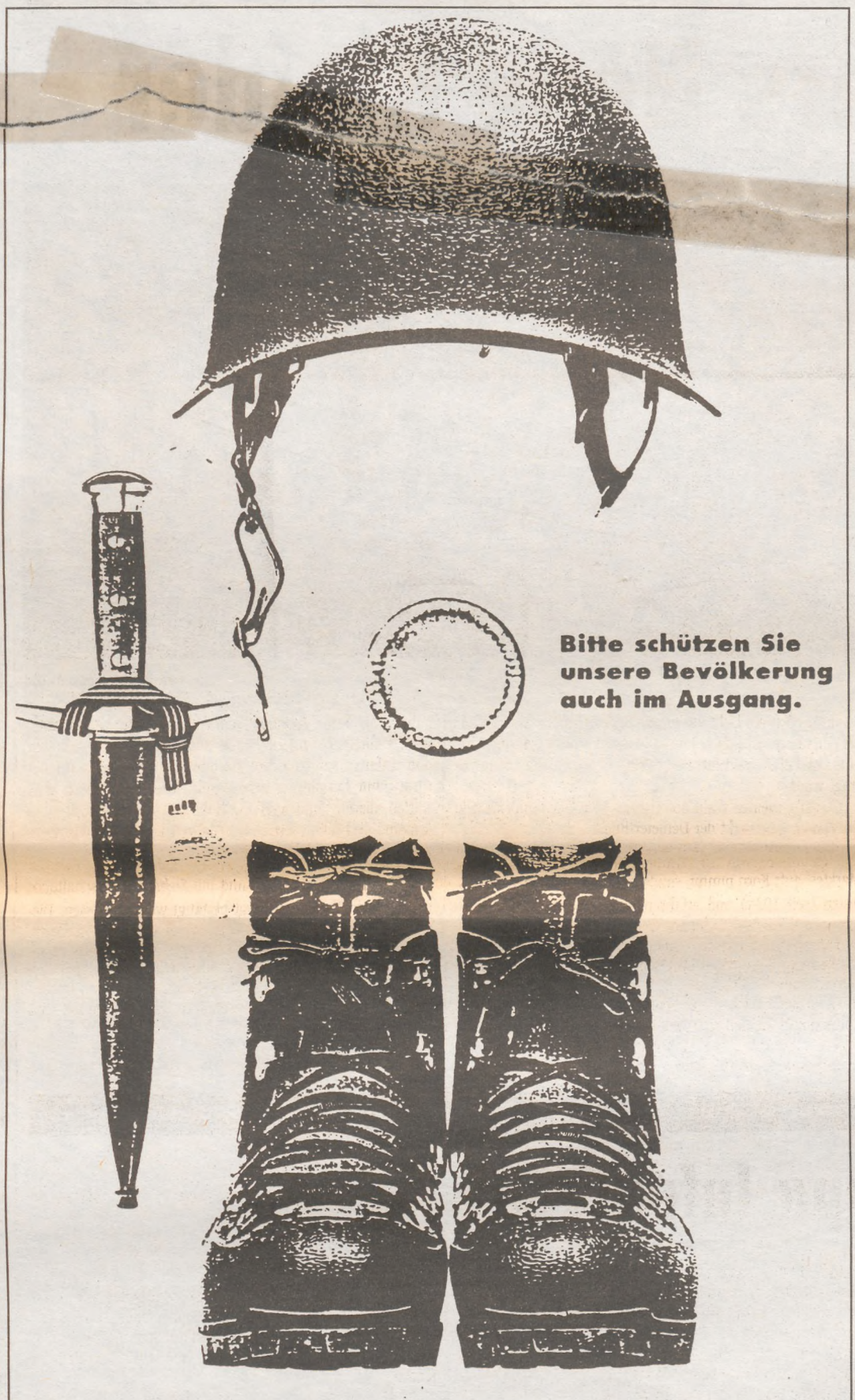
Die Ratlosigkeit ist so groß, daß man erstmals seit dem zweiten Weltkrieg von einer offenen Situation sprechen kann. Die Alternative Bank ABS war beispielsweise noch kein Jahr alt, da eröffnete bereits die erste Kantonalbank (das sind, in der Schweiz, Banken mit Staatsgarantie) eine neue Sparte: Teilweiser Zinsverzicht zu Gunsten ökologischer Projekte, also ein Herzstück des Konzeptes aller alternativen Banken. Jetzt hat sogar schon die dritte und größte aller Kantonalbanken *zum gleichen Rezept aus der alternativen Küche gegriffen.* Vor weniger als drei Jahren hatten unsere Freunde von der Ökobank in Frankfurt den Zinsverzicht skeptisch als Ausdruck kurzfristiger »Anfangseuphorie«bezeichnet, und sahen sich schon als »ganz normale Bank«. Oder ein anderes Beispiel: 35 Prozent des Schweizer Stimmvolkes waren vor eineinhalb Jahren für die Abschaffung der Schweizer Armee, einer bis dahin heiligsten Kühe der Schweiz.

Ist das nicht die Situation, von der die 68er Bewegung nur geträumt hatte? Nur daß damals den Mächtigen das Verwedeln noch leichtfiel: im Zeichen des kalten Krieges und der für analytisches Denken tödlichen Hochkonjunktur (Kultfilme aus jener Zeit, wie »blow up«, »Zabriskie point« veranschaulichen das). Der kalte Krieg ist vorbei, aber wo sind die Alternativen geblieben? Müssen wir uns nicht die Frage stellen, ob und wie denn die Erfahrungen aus zwanzig und mehr Jahren alternativer Wirtschaft für neue ökonomische Regeln fruchtbar werden könnten?

Die Alternative Wirtschaft hat in strategischer Hinsicht wenig versucht oder gar erreicht. Nach einer Anfangszeit sind – es sei dahingestellt, ob als Ursache oder Folge – praktisch alle gesellschaftspolitisch kreativen Köpfe wieder aus dieser Szene verschwunden. Aber immerhin haben viele Unternehmen überlebt, die meisten davon sind auch heute noch keineswegs »Normal-Betriebe«. Eine der Fragen müßte demnach lauten: ist »das Alternative« in den alternativen Unternehmen für die anstehenden wirtschaftlichen Umwälzungen brauchbar? Oder wurden wenigstens verwertbare Erfahrungen gemacht, die nicht auch anderswo angefallen sind?

Wenn man die heutige Alternative Wirtschaft isoliert nur für sich betrachtet und mit ihren eigenen Anfängen vergleicht, ist die Entwicklung beachtlich. Die meisten Betriebe sind imstande professionelle Arbeit zu leisten. Etwas weniger gut schneiden die maschinellen und sonstigen Einrichtungen ab (auch bei Berücksichtigung der übertrieben High-Tech-orientierten konventionellen Konkurrenz). Aber auch hier hat man es im allgemeinen nicht mehr mit der Bastelbuden-Ausrüstung der 70er Jahre zu tun. Schwieriger und vor allem differenzierter wird es bei den administrativen Betriebsbedingungen: die Notwendigkeit von Hierarchiestufen beispielsweise wurde zwar schon lange (von einigen) erkannt. Aber die einmal erworbenen (vermeintlichen) Freiheiten wurden noch jahrelang mit Zähnen und Klauen verteidigt. Auch war und ist es nicht einfach, bei den Kader-Aspiranten und Aspirantinnen zwischen richtigem und falschen Ehrgeiz zu unterscheiden; zumal Mißtrauen gegen Rückfälle in die alten, konventionellen Strukturen durchaus auch berechtigt sein kann; denn der soziale Druck mit Gesetzgebung, Wirtschaftsstrukturen, persönlichem Ansehen wirkt stets in diese Richtung, seit der alternative Zeitgeist (ca 65 bis 75) aus der Mode kam.

Wie auch immer: die Schwerfälligkeit der Alternativen Wirtschaft im strategischen Denken ist augenfällig: damit meine ich die Fähigkeit, die erworbenen Vorteile der alternativen Wirtschaftsweise in gesellschaftliche Anliegen mit Dauerbrenner-Charakter umzusetzen. Sogar das Bewußtsein über die Errungenschaften selber ist bei den Beteiligten meist schwach ausgebildet. Im Folgenden versuche ich daher, die alternative Wirtschaft an einigen konstituierenden Elementen der kapitalistischen Wirtschaft zu messen.



Sollte sich im täglichen Leben tatsächlich die Vernunft durchsetzen, wie in nebenstehendem Artikel gefordert wird, wird sich die Ausrüstung aller Armeen, welche die Bevölkerung zu schützen haben, auf den kleinen Ring in der Mitte reduzieren. Die Wachthäuschen können endlich in Condomerien und Kasernen in selbstverwaltete Lusthäuser umfunktioniert werden.

»Privateigentum«

Das alte marxistische Postulat des gemeinschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln ist auch heute noch für die meisten Alternativbetriebe gültige Tatsache. Dazu gehören in der Schweiz oft als Kernstück die Liegenschaften, in denen selbstverwaltete Betriebe arbeiten.

Zustand und technisches Niveau dieses Kollektiveigentums sind recht unterschiedlich. Als Tendenz läßt sich feststellen: im allgemeinen befindet sich die alternative Wirtschaft eher auf dem Niveau von Handwerks- als von kapitalintensiven High-Tech-Betrieben. Der Ausdruck »angepaßte Technologie« wird in diesem Zusammenhang mit einer kritischen Spitze gegen High-Tech ausgespielt. Die Bilanz ist zwiespältig: Neue Technologien verbrauchen Ressourcen (graue Energie), sparen aber oft auch Verbrauchsenergie. Manchmal ist angepaßte Technologie auch bloß ein verschleiernder Ausdruck für Kapitalmangel und mangelnde Risikobereitschaft. Ohne Ökobilanz gibt es jedenfalls keinen zuverlässigen Maßstab.

Die Nivellierung der Einkommen (ursprünglich Einheitslohn, später etwas differenziert) stellt das herkömmliche Lohnsystem in Frage. Der alternative Erfolg war nicht überwältigend, viele »Pioniere« haben nach kürzerer oder längerer Zeit allenfalls winkende Chancen in der konventionellen Wirtschaft wahrgenommen. Dadurch erleidet die Alternative Wirtschaft einen ständigen schmerzhaften Aderlaß.

Gerade in der Frage von Eigentum und Einkommen zeigt sich besonders deutlich die Grenze, die durch die Randbedingungen der »staatstragenden« (eigentlich besser: vom Staat getragenen) konventionellen Wirtschaft gesetzt wird: der harte Vergleichsmaßstab in einer selbstverwaltungsfeindlichen Umgebung wirkt nirgendwo sonst schärfer und diskriminierender: Eigentum und Persönlichkeit sind – kapitalistisch gesehen – in der Praxis dasselbe. Das Haben bestimmt den Wert, nicht das Sein. Auch in alternativen Seelen ist diese Erblast wirksam. So ist es nicht verwunderlich, daß alternative Unternehmen in der Produktivität dem Niveau konventioneller Betriebe hinterherhinken. Für die einzelnen Beteiligten ist der Lohn eine mit dem Markt vergleichbare Grösse, die Produktivität keineswegs. Der geringere Leistungsdruck in Alternativbetrieben wird beispielsweise als angenehm empfunden, der Lohn aber ohne Berücksichtigung dieser Tatsache verglichen.

»Transparenz«

Alternative Unternehmungen sind im allgemeinen als Genossenschaft oder »genossenschaftliche AG« (GmbH) organisiert. Deren Spielregeln fördern die Transparenz, wenigstens auf dem Papier. Dem steht das meist bescheidene Wissen der Beteiligten über ökonomische Zusammenhänge gegenüber. Die Wahrnehmung der möglichen Transparenz verlangt oft mehr Aktivität und Lernwillen, als die einzelnen MitarbeiterInnen aufbringen wollen oder können. Die Versuchung ist groß, die Betriebsabläufe und -strategien so zu vereinfachen, »daß man drauskommt«, mit dem häufigen Ergebnis, daß man kleinkariert wurstelt, statt unternehmerisch denkt. Alternative Unternehmen sind deshalb für die großen Sauereien nicht anfällig, ebensowenig allerdings für die großen Würfe. Pleiten sind hingegen selten, da durchwursteln und improvisieren zum angestammten Repertoire alternativer Unternehmen gehört.

»Gewinnmaximierung«

Auch in Alternativunternehmen freuen sich die Arbeitenden, wenn sie Gewinne erwirtschaften. Aber es wird oft wenig darauf hingearbeitet. Schließlich hatte man sich im voraus gedacht: »Wenn die Ausbeutung wegfällt, entsteht automatisch mehr Gewinn«. Dazu kommt, was wohl ebenfalls zu unseren Erblasten zählt, daß persönliches Einkommen und Entfaltungsmöglichkeiten einen viel höheren Stellenwert einnehmen, als der – eben nicht private – Unternehmensgewinn. Während der Privatunternehmer an sich selber denken darf, wenn er für seinen Betrieb arbeitet, haftet den Alternativunternehmen oft ein »DDR-Geruch« an, wie es ein Kritiker ausdrückte.

Die äußeren Bedingungen könnte sich allerdings ändern, wenn endlich die Gewinnmaximierung in ihren räuberischen Auswirkungen erkannt wird und ins Schußfeld gerät. Noch nie waren die Chancen so gut – der drohenden ökologischen Katastrophe sei Dank.

»Ethik in der Wirtschaft«

Dieser Begriff ist so sehr Mode geworden, daß es neuerdings universitäre Institute dafür gibt. Wie war das aber damals, als die Alternative Wirtschaft begann? Und wie steht es heute mit Ethik in der Alternativen Wirtschaft?

»Alle machen alles«, »Abschaffung der Hierarchie«, »geistige und körperliche Arbeit«, »Rebellion ist berechtigt«, »repressions-freie Räume« – das waren alles klare Leitideen, wenn auch zum Teil illusionäre. Der ethische Hintergrund ist deutlich. Ethik als solche stand aber nicht zur Diskussion, es ging um Alternativen zum Wachstum, zum Kapitalismus der Konsumgesellschaft, zum Imperialismus der 60er Jahre.

Heute sind diese Leitideen relativiert und teilweise revidiert. Andere sind neu an ihre Stelle getreten (Oekologie). Mit zunehmendem Realitätsgehalt der Alternativen Wirtschaft verlor sich die Klarheit ihrer Leitideen. Mit zunehmendem Sein ging das Bewußtsein, oft sogar das Selbstbewußtsein verloren. Das heißt aber, daß die durchaus vorhandenen Stärken und Optionen der Alternativen Wirtschaft nicht oder ungenügend in die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen eingebracht werden.

Die heute bestehenden Netze sind dazu auch gar nicht in der Lage. Nicht zu denken, daß einzelne Unternehmen in dieser Richtung wesenliche Arbeit leisten könnten. Eine qualitativ bessere Vernetzung ist daher eine der minimalen Voraussetzungen für den Aufbau einer alternativen Lobby. Die Voraussetzungen haben sich allerdings in den letzten 10 Jahren deutlich verändert: einerseits steckt die alternative Wirtschaft in einer Existenzkrise, andrerseits gibt es (jedenfalls in der Schweiz) Unternehmen, die neue Wege suchen: meistens sind es »bloß« grüne Ansätze, hin und wieder werden aber auch Versuche für mehr Wirtschaftsethik gemacht. Z.B. hat der Ö.B.U. (Unternehmerverband ökologisch bewußter Unternehmen) ethische Grundsätze in seinen Statuten.

Gesamtgesellschaftlich wäre nach dem Jahrzehnt der Utopien (70er) und jenem der Gier (80er) nun ein Jahrzehnt der Vernunft fällig.

Auch der alternativen Wirtschaft würde ein Vernunft-Jahrzehnt gut tun, nach einem Aufbau-Jahrzehnt, und einem Jahrzehnt in dem der Lack abgekratzt wurde. ●

Hanspeter Vieli hat ab 1968 aktiv in der damaligen Bewegung mitgemacht und ist in der Folge 1969 aus seiner Physik-Assistenz an der ETH Zürich ausgestiegen. Er hat 1969 die alternative Druckerei ropress mitbegründet. Seit 1987 ist er im damaligen Projekt und der jetzigen Alternativen Bank aktiv.

FERNSEH-KRITIK ODER MEDIENKRITIK

»Bio-Lüge« als Fernseh-Ente?

Die erste Folge der neuen Sendereihe 'Zündstoff' im ZDF wollte ihrem Namen alle Ehre machen. Für Zündstoff sollte die Herstellung und der Handel von Bioprodukten sorgen, doch die ausgiebig angekündigte 'Bio-Lüge' entpuppte sich als unseriöser und diffamierender Rundumschlag. Tags darauf merkten die LadnerInnen prompt am reduzierten Unsatz, daß sich ihre KundInnen trotzdem verunsichern ließen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Peter Streiff, Zürich ● »Wähle einen Bereich, der schon immer für Diskussionsstoff sorgte; versuche, wenn möglich, alte Vorurteile zu bestätigen; setze einen reißerischen Titel dazu; mache ausgiebig Werbung dafür und fertig ist der 'Zündstoff', der die KonsumentInnen vor den Bildschirm lockt!« So ähnlich könnte die Vorgabe für die Pilot-Sendung vom 22. Januar unter dem Titel »die Bio-Lüge« gelautet haben, womit das ZDF am späteren Mittwochabend seinen Wettstreit um Einschaltquoten gegenüber den Privatsendern um ein Kapitel erweitert hat. Während einer knappen Stunde drehte sich die immer enger werdende Spirale der vermeintlichen Beweisführung um Produkte der Firmen »demeter«, »Naturata« und »Rapunzel«, die alle die angeführte Kritik am darauffolgenden Tag mit unterschiedlicher Heftigkeit zurückwiesen.

Die verschleiernde und unseriöse Arbeitsweise der »Zündstoff«-Redaktion läßt sich verdeutlichen am Beispiel der ins Schußfeld geratenen Distel- und Sonnenblumenöle, die von der Firma Naturata eG. vertrieben werden. Behauptet wurde unter anderem, es seien in einer Probe Mineralölrückstände gefunden worden. Das von Naturata beschaffte Gegengutachten fand keine solchen Rückstände und wurde in der Sendung lediglich mit einem Satz als existent erwähnt, ohne näher darauf einzugehen. Zudem erwähnt Naturata in ihrer Pressemitteilung, daß mit dem im Film erwähnten Meßverfahren »keine zuverlässigen Aussagen über eventuelle Rückstandsstoffe gemacht werden könnten. So wurde in den vom ZDF untersuchten Ölen angeblich Kohlenwasserstoffe aus Mineralölen von 300 bis 800 ppm gefunden. Erst ab 5.000 ppm Kohlenwasserstoff jedoch lassen sich Mineralöle eindeutig nachweisen.

Die NATURATA und die Grünsfelder Ölmühle müssen daher den in der Sendung vermittelten Eindruck auf das schärfste zurückweisen. Da das ZDF jedoch auf die einschaltquotenförderliche Ausstrahlung seiner zum Teil falschen Untersuchungsergebnisse nicht verzichten wollte, obwohl ihm eindeutige Gutachten rechtzeitig vorlagen, behalten sich die betroffenen Firmen ein rechtliches Vorgehen gegen die erhobenen Anschuldigungen vor.«

Ein rechtliches Vorgehen kündigt auch der Demeter-Bund an, dessen biologisch-dynamische Waren von dem spanischen Landbaubetrieb »Finca La Tenienta« vermischt worden seien mit Waren aus konventionellem Anbau.

Die Stellungnahme des Demeter-Bundes am Tag nach der Sendung wirft ein Licht auf die zumindest zweifelhafte Seriosität der verantwortlichen JournalistInnen. So sei bei ihnen für eine vom ZDF erwähnte Beurteilung der Vorwürfe nie angefragt worden.

Zur allgemeinen Wahl des Themas bzw. zur Hauptaussage der Sendung bemerkt der Demeter-Bund:

»Interessant ist nun, daß das ZDF nicht etwa die Praktiken und Richtlinien von 'Bio-Trittbrettfahrern' des 'grauen Bio-Marktes' aufs Korn nimmt, sondern sich gerade gegen den ältesten (seit 1924) und erfahrenen Anbauverband des anerkannt ökologischen Landbaus wendet. Es drängt sich die Frage auf, welche Interessen seitens des ZDF sich hinter diesem auf 'uns vorliegenden Hinweisen' beruhenden Enthüllungsjournalismus verbergen.«

»Was bleibt nach dieser Sendung bei KonsumentInnen in Erinnerung?« werden sich viele LadnerInnen besorgt gedacht haben. Als erste Reaktion haben angefragte LadnerInnen stark verbreitete Unsicherheiten auch bei StammkundInnen und anfangs spürbare Umsatzeinbußen festgestellt. Im Gespräch mit KundInnen haben wohl jene LadnerInnen gute Karten, die im Bundesverband Naturkost zusammengeschlossen sind und schon seit einigen Jahren keine Produkte mehr von »Finca La Tenienta« beziehen.

Sicher bleibt auch bei einigen das Gefühl zurück, da habe eine anfänglich aufgestellte und mit Sicherheit einschaltquotenfördernde These unbedingt bestätigt werden müssen. Dieser Eindruck wird noch bestätigt, wenn Branchen-InsiderInnen sich erinnern, wie genau der gleiche, als sogenannt unabhängiger Lebensmittelchemiker vorgestellte, Udo Pollmer bereits vor einigen Jahren mit sonderbaren und damals im Detail unbegründbaren Rundumschlägen gegen Rapunzel und Naturata gewettert hatte. ●

ISO: VERNETZUNGSMODELLVERSUCH

Erste »cash coop« Infobörse

Etwa 180 VertreterInnen selbstorganisierter Initiativen aus Hessen und den Neuen Bundesländern mobilisierte die Einladung der »cash coop« zu deren erster Infobörse Ende November ins Frankfurter Theaterhaus zu kommen. Angekündigt war eine Präsentation von Zielen und Arbeitsschwerpunkten von »cash coop« sowie work-shops mit Finanzierungs-Expertinnen.

Diethelm Damm, Redaktion Heidelberg ● Die Vormittags-Präsentation vermittelte eine präzise Vorstellung der »cash coop«-Ziele: »cash coop« ist ein u.a. von der Stiftung Deutsche Jugendmarke gefördertes und vom Deutschen Jugendinstitut wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt des Instituts für Selbstorganisation (ISO) zur Vernetzung von Finanzierungswissen von und für selbstorganisierte Initiativen in Hessen und Thüringen mit Schwerpunkt im Jugendhilfebereich. Da Jugendhilfepolitik Querschnittspolitik sein und möglichst viele Ressourcen zugänglich machen muß, sind jedoch auch viele Beschäftigungs-, Kultur-, Erwachsenenbildungs-, Beratungs-, Gesundheitsinitiativen u.a. in das von »cash coop« geknüpfte Netz einbezogen.

Von diesen Initiativen gibt es hunderte, vermutlich tausende. Entsprechend wäre »cash coop« mit seinen z. Zt. zwei Hauptamtlichen sowie einigen ABM- und Honorarkräften mit einer Direktberatung überfordert. Zudem will sie bereits vorhandenen Initiativen-Netzen und -Beratungsstellen keine Konkurrenz machen, sondern ein Netz der Netze, einen Verbund der Initiativen-Zusammenschlüsse und ihrer Ressourcen initiieren.

Zwei dutzend solcher Initiativen-AGs in Hessen haben bereits ihre Kooperationsbereitschaft erklärt. Darunter sind auch einige »alte« Initiativen-Verbände, wie der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband oder der Bund Deutscher PfadfinderInnen, insbesondere aber »neue«, wie z.B. die LAG Berufsnot, die LAG Freie Kinderarbeit, Lehrer organisieren Selbsthilfe oder der LAK Umweltwerkstätten. Dazu gehört auch der »Blitz e.V.« aus Stadtroda, »cash coop«-Kooperationspartner in Thüringen.

Die Zusammenarbeit dieser Netze erfolgt auf der Basis der Gegenseitigkeit. Jeder Initiativen-Zusammenschluß bringt sein Finanzierungswissen, seine Ressourcen und insbesondere seine ExpertInnen in den Gesamtpool ein und erhält dafür Zugriff auf alle »cash coop«-Informationen. Damit soll die Basis geschaffen werden für kollegiale Beratung wie für einen besseren Zugang aller zu den vorhandenen Ressourcen:

Will wer einen ABM-Antrag stellen, findet er so leicht eine Initiative in seiner Nähe, die beraten kann. Sucht wer eine Expertin für eine Fortbildungsveranstaltung, gibt es von anderen Initiativen empfohlene in der »cash coop«-Infothek. Werden Sachausstattungen benötigt, sollten dazu »heiße Tips« in der »cash coop«-Ressourcenbörse zu finden sein. Braucht jemand den Zugang zu Stiftung X, läßt sich per Tastendruck in der EDV ausfindig machen, welches andere Projekt und/oder welche(r) ExpertIn hierzu über Erfahrungen verfügt.

Es handelt sich also um ein dezentrales Modell. Es stellt nicht nur Beratungsdienstleistungen zur Verfügung, sondern fordert zur Kooperation und Ressourcen-Vernetzung auf. Das setzt die Bereitschaft voraus, die Erfahrungen anderer zu nutzen und die eigenen nutzen zu lassen. Hier sind Konflikte vorprogrammiert. Denn noch wird Vernetzung mehr proklamiert als praktiziert und bestimmt die Konkurrenz um knappe Mittel oftmals die Szene.

Deshalb legen die »cash cooplerInnen« Wert auf exakt ausgehandelte Kooperationsvereinbarungen zwischen »cash coop«, Netzen, Institutionen und ExpertInnen, in denen »Geben« und »Nehmen« möglichst genau geregelt sind. In diesen Vereinbarungen ist auch eine ständige Bedarfs- und Ressourcenerhebung verankert. »cash coop« hat dazu Erhebungsbögen erarbeitet und mit den Netz-KoordinatorInnen abgestimmt. Mit deren Hilfe werden seit Dezember 1991 Finanzbedarf und Ressourcen aller kooperationsbereiter Initiativen und deren Netze erhoben.

Nach deren Auswertung wird die EDV »gefüttert« und wird festzustellen sein, in welchen Bereichen mit Hilfe der vorhandenen Ressourcen artikulierter Bedarf gedeckt werden kann bzw. welche Zusatzrecherchen, Informations- und Fortbildungsveranstaltungen, Politikberatung etc. nötig sind. Daran anschließen werden sich sicher intensive fachliche Diskussionen nicht zuletzt über Inhalte und Methoden von Vernetzung, kollegialer Beratung und Perspektivenentwicklung in selbstorganisierten Intitiativen.

Nach dieser vormittäglichen Konzept-Präsentation bestand Gelegenheit, die mit »cash coop« kooperierenden Initiativen-Netze kennenzulernen, die ihre Arbeit auf Stellwänden visualisiert hatten und in der Mittagspause informelle Gespräche zu führen.

In 18 Arbeitsgruppen bot die »cash coop«-Infobörse dann nachmittags in je zwei 1 1/2-stündigen work-shop-Runden einen Überblick über Finanzierungsmöglichkeiten für selbstorganisierte Initiativen. Stellten in der ersten Runde vor allem VertreterInnen von Stiftungen, Arbeitsamt, Bundes- und EB-Beratungs-Institutionen entsprechende Informationen zur Diskussion, so berichteten in der zweiten Runde Finanz-ExpertInnen aus Initiativen über ihre einschlägigen Erfahrungen. Dabei kamen dutzende von Finanzierungsinstrumenten zur Sprache, nicht zuletzt die »Kunst«, Mischfinanzierungen zustande zu bringen.

Aufgrund der Kürze der Zeit und oftmals drangvoller Enge vermittelten die AGs vor allem Überblicksinformationen, gaben Gelegenheit, ExpertInnen oder bei »Lehrvorführungen« die Funktionsweise von Förderinfotheken kennenzulernen. Und manche(r) InstitutionenvertreterIn unterhielt sich noch lange mit InitiativenvertreterInnen.

Insgesamt gab die Veranstaltung einen guten Überblick über das von »cash coop« intendierte Vorhaben, machte Konzept, Netze, Infothek, den Pool initiativen-interner und -externer ExpertInnen, Ressourcenbörse, das Angebot von Informationsveranstaltungen und Politikberatung transparent.

Die Auswertungs-»Blitzlichter« förderten eine ganz überwiegend positive Resonanz der TeilnehmerInnen zu Tage. Bleibt zu hoffen, daß sich die allseits geäußerte Kooperationsbereitschaft in ein funktionierendes Netz umsetzen läßt und daß es nicht so gehe, wie der Titel der die Veranstaltung abschließenden Benefizvorführung des Klappmaul-Theaters andeutete: Drunter und drüber. ●

Kontakt:
cash coop-Büro · W-6000 Frankfurt/Main
Mainzer Landstr. 147 (ab 1.4.: Kasselerstr. 1a);
Büro W-3500 Kassel, Motzstr. 4;
Büro Thüringen: Im Zeitzgrund 6
O-6540 Stadtroda

KURZMELDUNGEN

Örtliche Beschäftigungsinitiativen für Frauen

EG-Zuschüsse

Im Rahmen der Aktionsprogramme für Chancengleichheit unterstützt die EG bereits seit 1984 Frauen bei der Gründung von Unternehmen, Genossenschaften und anderweitigen Initiativen zur Arbeitsplatzbeschaffung. Zwei Arten von Beihilfen werden gewährt: Startkostenzuschüsse in geringem Umfang sowie fachliche Beratung bei der Planung und Gründung.

Jährlich stehen ca. 1,5 Mill. Ecu (3 Mill. DM) zur Verfügung. Die Höhe des Zuschusses hängt von der Anzahl der zu schaffenden Arbeitsplätze ab. Voraussetzung ist, daß mindestens zwei Vollzeitstellen oder entsprechende Teilzeitstellen geschaffen werden. Der Zuschuß pro Arbeitsplatz beträgt 1.500 Ecu, so daß mindestens 3.000 Ecu, höchstens jedoch 7.500 Ecu gewährt werden können.

Antragsberechtigt sind Frauen bzw. Gruppen von Frauen, die die Gründung eines neuen Unternehmens oder einer Genossenschaft bzw. örtlichen Beschäftigungsinitiativen planen, in deren Rahmen die führenden Positionen und ein Großteil der Arbeitsplätze mit Frauen besetzt sind. Vorrangig gefördert werden Projekte, die Stellen für bestimmte Gruppen (z.B. Berufsrückkehrerinnen, alleinerziehende Mütter, Behinderte, Imigrantinnen, Langzeitarbeitslose etc.) einrichten.

Die Initiativen werden insbesondere nach ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit beurteilt und sollen sich darüber hinaus auch durch innovative Merkmale auszeichnen.

Generell müssen die Anträge vor Aufnahme der Geschäftstätigkeit gestellt werden. Aufgrund der Verspätung des Programms 1991 werden ausnahmsweise Projekte akzeptiert, die sich ab 1.1.91 (neue Bundesländer) bzw. ab 1.5.91 (alte Bundesländer) gegründet haben. Antragsfrist für im vergangenem Jahr begonnene Projekte ist der 31.3.92, für noch zu gründende Vorhaben der 1.6.92 und 1.10.92.

Antragsformulare sind zu beziehen über die Euro-Info-Zentren (EIC's), Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, kommunalen Gleichstellungsstellen usw. Fachliche Beratung und weitere Infos erteilt
Angelika Dierkes/REA · Herrmannstr. 229 · W-1000 Berlin 44.
☎ (030) 621 88 62 (Do 10-15 Uhr)

Beratung und Weiterbildung für Frauen

Neues Kursprogramm

Der Verein **Frau & Arbeit** berät und unterstützt Frauen bei der beruflichen Orientierung, bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt oder bei der Gründung einer eigenen Existenz. Neben einem vielfältigen Beratungsangebot bietet der Verein ein interessantes Kursprogramm an, in dem berufsbezogene Themen unter einem frauenspezifischen Blickwinkel betrachtet werden (s. Programm-Ausschnitt auf Seite 20). Frauen, die sich aktiv für die Gestaltung und Umsetzung ihrer beruflichen Wünsche einsetzen möchten, können dort wertvolle Informationen und Anregungen erhalten.

Frau & Arbeit bietet Kurse und Beratungen an zu den Bereichen Berufsorientierung, Bewerbungstraining, Projekt- und Existenzgründung, Buchführung sowie berufsbezogene Supervision.
Das Kursprogramm mit näheren Informationen kann kostenlos angefordert werden bei:
Frau & Arbeit e.V.
Grindelallee 43 · 2000 Hamburg 14
☎ (0 40) 44 49 60

Starthilfezuschüsse für Initiativen

Förderrichtlinien

Die »**Stiftung Mitarbeit**« vergibt Starthilfezuschüsse an neue Initiativen, Projekte und Gruppen, die im sozialen, pädagogischen, kulturellen oder politischen Bereich innovativ tätig sind. Gruppen und Initiativen, denen sonst keine Fördermöglichkeiten offenstehen, werden mit einem Höchstbetrag von DM 1.000,– unterstützt. Höhere Beträge sind in begründeten Ausnahmefällen möglich.

Formlose Anträge an die Stiftung sollten eine kurze Darstellung der Gruppe/Initiative und des Projektes, für das die Förderung beantragt wird, sowie Angaben zur Finanzierung enthalten. Über die Bewilligung entscheidet ein vom Vorstand berufener Beirat im Einzelfall. Im Jahre 1992 fließen sämtliche verfügbaren Mittel in die neuen Bundesländer.
Stiftung Mitarbeit
Bornheimer Str. 37 · 5300 Bonn1
☎ (02 28) 63 00 23 · Fax 69 54 21

BERICHTIGUNG

In unserer November-Ausgabe veröffentlichten einen Beitrag des Kommuneforschers Fritz Vilmar über Kommunitäre Traditionen und Erfahrungen in den USA. Bedauerlicherweise sind uns in der Eile (der Beitrag wurde nach dem Satz nicht mehr gegengelesen) einige Fehler unterlaufen, die wir auf Wunsch des Autors hier richtig stellen wollen:
Erste Spalte: Der Urvater des Pietismus heißt nicht Zinsendorf, sondern **Zinzendorf.** Es handelt sich nicht um anachristische, sondern um **anarchistische** Traditionslinien. Die International Communal Studies Association heißt abgekürzt **ISCA.**
Dritte Spalte: Old Economy hat nicht staatliche, sondern **stattliche Versammlungsgebäude**. Die einladende Gesellschaft heißt nicht International Community Studies Association, sondern ..., siehe oben.
Vierte Spalte: Hegel spricht nicht von der Transformation in die »Weltwirklichkeit«, sondern in die **»Weltlichkeit«**. Die sogenannte Fellowship ist nicht »for international community«, sondern **»for intentional community«**, und auch das Handbuch heißt **»Intentional Communities«**. Der Kommunebegriff wurde auf der Tagung eben gerade nicht »differenziert« verwendet, sondern allzu **un**differenziert. In der Tabelle muß es richtig heißen unter II,2: **»common cash«**, und unter II,3: **»separation«.**

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 37 23.09.24 19:56

KASSEL: FRAUENWIDERSTANDS-DENKMAL

Ein mutmachendes Frauenzeichen

In Kassel gibt es seit Walpurgis '91 ein Frauenwiderstands-Denkmal: »Der ungenannten Deserteurin und Saboteurin« ist an der Vorderseite des Sockels zu lesen, auf dem die Skulptur in großen Schritten davon zu eilen scheint. An der Seite des in vielen Farben schillernden Betonsockels ist folgender Text angebracht worden: »Dieses Denkmal wurde Walpurgis '91 von Kasseler Feministinnen errichtet und soll die Erinnerung an den geleisteten Widerstand unzähliger Frauen/Lesben gegen Männergewalt und Krieg wachhalten und gleichzeitig Mut machen sich diesem Widerstand anzuschließen.«

Redaktion Frauen ● Das Denkmal, welches im Rahmen verschiedener Aktionen gegen den Golfkrieg entstanden ist, befindet sich auf dem »Platz der widerstandleistenden Frauen«. Diese Platzbezeichnung ist bisher in keinem Stadtplan zu finden und bedarf deshalb der näheren Erklärung. Es befindet sich auf einer kleinen, im letzten Jahr neu angelegten Verkehrsberuhigungsinsel, dort wo drei Straßen sich kreuzen. Diese drei Straßen wurden keineswegs zufällig nach drei Männern benannt: Nach Goethe, nach Pestalozzi und nach Ferdi Lassalle. Im April '91 wurde das Denkmal den parteidemokratischen Instanzenweg völlig ignorierend nach wochenlanger Vorarbeit installiert und gleichzeitig der Platz feierlich von zahlreichen Frauen/Lesben »getauft«.

Was den Verkehr beruhigen sollte, beunruhigte zunehmend einzelne »einflußreiche« Gemüter. Es schien zeitweise, als ob an dieser Frage der Rechtsstaat des Vorderen Westen aus den Angeln gehoben werden sollte, als ob der Vordere Westen zum wilden Westen verkommen würde.

Nach anfänglichem offenen Wohlwollen der hiesigen Presse schlugen die Wellen der Empörung und Entrüstung hoch, als bekannt wurde, daß es sich hierbei nicht um einen vorübergehenden »Scherz« handelte. Die autonomen Frauenprojekte stellten einen offiziellen Antrag an den Magistrat, dem Platz offiziell den inoffiziell eingeführten Namen zu geben, den dauerhaften Verbleib des Denkmals sicherzustellen und die weitere Platzgestaltung in die Verantwortung der Frauenprojekte zu übergeben. Untermauert wurde die Forderung noch dadurch, daß ein Straßenschild auf dem Platz einbetoniert wurde, wo weiß auf blau zu lesen ist: Platz der widerstandsleistenden Frauen.

Mehrmals diskutierten die OrtsbeirätInnen des Stadtteils in der Folgezeit öffentlich über die weitere Gestaltung des Platzes. Auch Vertreterinnen der FrauenLesbenzusammenhänge ergriffen die Möglichkeit, ihre Aktion und ihre weiteren Vorstellungen zur Diskussion zu stellen. Zu dieser Sitzung kamen mehr als 30 Befürworterinnen, die für den Erhalt des Denkmals und der Platzumbenennung votierten.

Anfang November 1991 nun entschieden die parteigebundenen OrtsbeirätInnen über die Zukunft des Frauenwiderstands-Denkmals. Einmütig, einstimmig und einig in der Polemik befanden sie (Hälfte Frauen, Hälfte Männer): Das Frauenwiderstands-Denkmal soll nach ihrem Willen einem völlig aussagelosen Windrad eines Kasseler Künstlers Platz machen, dessen Kunst schon hier und dort im öffentlichen Raum vertreten ist. Das Windrad soll demnächst auf dem »Platz der widerstandsleistenden Frauen« seine »ästhetischen« Runden im Jugendstil-Ambiente des Stadtteils drehen. Im Klartext: Das Frauenwiderstands-Denkmal soll abgerissen werden, dem Platznamen wird von diesem Gremium kein offizieller Segen gegeben. Als Begründung für ihre Wahl führten die RätInnen geführte Telefongespräche, zufällig zustande gekommene Gespräche auf der Straße an, in denen sich Leute gegen den Verbleib des Denkmals ausgesprochen hatten. Und natürlich führten sie auch ihren ganz persönlichen Geschmack an, der sich in dem Frauenwiderstands-Denkmal nicht vertreten sehen will.

An diesem Abend blieben die Unterstützerinnen fast vollständig aus. Nur wenige hatten nach der Vorgeschichte noch Lust, sich das Ergebnis dieser pseudodemokratischen Veranstaltung anzuhören. Wie notwendig mehr direkte Demokratie ist, wurde im Verlauf dieser Auseinandersetzungen nur zu deutlich.

Niemand hatte ernsthaft mit einer anderen Entscheidung der OrtsbeirätInnen gerechnet, trotzdem machte sich unter vielen der zahlreichen UnterstützerInnen eine gewisse Enttäuschung breit.

Die demokratischen Spielregeln schlechthin, auf deren Verletzung bei der Installierung des Denkmals die OrtsbeirätInnen und die hiesige Presse immer wieder verwiesen, fanden bei der Entscheidung für das Windradobjekt in keinster Weise Anwendung.

So wurde hier einem Künstler der Vorzug gegeben, der dank seiner blendenden Kontakte zur Stadtsparkasse und zu privaten SponsorInnen die Finanzierung seiner Kunstwerke gleich mitliefert. Weil sich das für die OrtsbeirätInnen so gut rechnen ließ, wohlwissend das die Stadt Kassel kein Geld für Kunst im öffentlichen Raum bereitstellt, verzichten sie ganz einfach auf einen öffentlichen Wettbewerb. Ihr Demokratieverständnis reduzierte sich darauf, daß aus fünf Vorschlägen eines Künstlers von ihnen gewählt wurde. Diese Vorgehensweise kann ohne Zweifel bei der Gestaltung des privaten Vorgartens Anwendung finden, für die Gestaltung von öffentlichem Raum ist dies jedoch eine zweifellos mehr als fragwürdige Herangehensweise im gepriesenen demokratischen Kontext.

So erwies sich der an die Frauenprojekte gerichtete Vorwurf, sich nicht an die demokratischen Spielregeln gehalten zu haben, als vollkommene Farce. Zu keiner Zeit waren sie oder andere KünstlerInnen als Mitspielerinnen anerkannt. Daran änderte auch die gefällige »Anhörung« im Gremium der OrtsbeirätInnen nichts. Hier handelte es sich wohl mehr um ein pseudodemokratisches Stadtteil-Ritual, daß sich letztlich gegen die Feministinnen richtete.

Allen Anfeindungen zum Trotz ist das Frauenwiderstands-Denkmal in Kassel schon älter als ein dreiviertel Jahr und mittlerweile schon zu einer kleinen TouristInnenattraktion des Stadtteils geworden. Auch fand es wegen seines Raritätenwertes schon in verschiedenen überregionalen und internationalen Medien Beachtung.

Noch steht das Denkmal. Trotz seiner, historisch betrachtet sehr kurzen Lebensdauer, hat dieses Denkmal schon heftige Attacken überstehen müssen. Noch hält es die Erinnerung wach an den geleisteten Widerstand unzähliger FrauenLesben, die seit Jahrhunderten allen Staatsgrenzen zum Trotz gegen Rassismus, Sexismus, Militarismus, gegen alle Formen von Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung gekämpft haben. Es steht als Frauenzeichen und Mahnmal dafür, daß Gewalt, Krieg, Unterdrückung und Ausbeutung nicht länger akzeptierte und geförderte Formen politischer und privater Auseinandersetzungen sein dürften. Es steht als Mahnmal in einer Zeit und einer Gesellschaft, die eine erschreckende Brutalisierung erfährt. Wir erleben heute in einem unvorstellbaren Ausmaß die Verherrlichung und Sexualisierung von Gewalttaten, insbesondere gegenüber Frauen. An vielen Orten in dieser Welt herrscht Krieg, verbunden mit unsäglichen Leid und zigtausenden Toten.

Kassel rühmt sich gerne als Stadt der Künste und Kongresse. Daß diese Selbstbeweihräucherung nicht unbedingt etwas mit Frauen zu tun hat, ist noch immer selbstverständlich. Ähnlich katastrophal, doch wenig spektakulär, weil so normal wie es um die Repräsentanz von Künstlerinnen auf der dokumenta der letzten Jahre bestellt war, sieht es bei der Betrachtung von Kassels Denkmälern und Straßennamen aus. Etwas mehr als eine Handvoll Straßennamen, die nach Frauen benannt wurden. Dafür aber immer ein öffentliches Tohuwabohu, wenn mal wieder eine Frau in die nähere Auswahl gezogen worden ist. Denkmäler für Frauen und/oder von Frauen sind in Kassel – und da ist diese Stadt keine Ausnahme – kaum zu finden.

Es gibt hier keine Emmeline Pankhurst wie etwa in London unmittelbar neben dem Parlamentsgebäude, es gibt hier kein Reiterinnen-Denkmal, wie die für Jeanne d'Arc auf zentralen Plätzen nordfranzösischer Städte. Als ob hierzulande Constanze Hallgarten, Johanna Wäscher, Isolde Kurz, Annette Kolb, Marie Elisabeth Lüders, Auguste Förster, Anna Seghers, Marianne Weber, Lily Braun, Ricarda Huch, Louise Zietz, Hedwig Dohm, Nelly Sachs, Claire Waldorff, Anita Augspurg, Minna Cauer, Emma Goldmann... die Suffragetten in England, die Barrikadenkämpferinnen in Frankreich, die Frauen der VormärzZeit und Pariser Commune, die Trümmerfrauen... niemals gelebt hätten. Nichts erinnert an sie oder an andere FrauenLesben/Gruppen im öffentlichen Raum.

Dafür gibt es in dieser Stadt eine Menge nackter Frauenrümpfe und -körper liegend, stehend, sitzend, ganz nach Wunschbild ihrer Erfinder. An eine Beseitigung dieser oft unerträglich frauenfeindlichen Skulpturen denkt niemand der Verantwortlichen.

Umso engagierter offensichtlich sind die Initiativen, wenn es um die Beseitigung der wenigen positiv besetzten öffentlichen Frauenzeichen geht. Die OrtsbeirätInnen haben nur beratende Funktion, so daß das letzte Wort über die Zukunft des Frauenwiderstands-Denkmals und der Platzbenennung der Magistrat zu fällen hat. In seine Entscheidung wird noch eine Menge Hoffnung gesetzt, zumal die zuständigen Dezernate hier zum Teil von Frauen geleitet werden. Eine offizielle Stellungnahme von ihnen war bisher jedoch nicht zu bekommen.

In welcher Publikumsgunst das Denkmal steht, zeigt daß zahlreiche Frauen bei seiner Erbauung anwesend waren und innerhalb kurzer Zeit 200 Unterschriften für dessen Erhalt und der Benennung des Platzes gesammelt wurden. Ein Zeichen direkter Demokratie.

In einem offenem Brief schrieben 11 autonome Frauenprojekte an den Magistrat: »Mit Ihnen übereinstimmen werden wir sicherlich in dem Punkt, daß Kunst und Kultur vordringlich eine Angelegenheit der Stadtteile sein solle, im Stadtteil stattfinden solle. Diese Idee haben die FrauenLesben-Zusammenhänge, die seit vielen Jahren das Leben im Stadtteil West aktiv mitgestalten und prägen, in die Tat umgesetzt. Eine Beseitigung des Frauen-Widerstands-Denkmals wäre eine Wiederholung dessen, was dieses Denkmal ebenfalls anmahnt: nämlich die sich ständig wiederholende Ignoranz gegenüber Frauen und die Mißachtung und Verdrängung ihrer Leistungen aus dem Gesellschaftsgedächtnis.«

Mittlerweile gibt es Postkarten mit verschiedenen Ansichten vom Frauenwiderstands-Denkmal. Sie sind im ARADIA-Frauenbuchladen, Reginastr. 14, 3500 Kassel erhältlich oder über den »Verein zur Förderung feministischer Kunst und Kultur – Blickwechsel e.V.«, Schönfelder Str. 3, 3500 Kassel zu beziehen. ●

Verschiedene FrauenLesbengruppen und -projekte aus Kassel, c/o Krampfader, Kasseler Frauenmagazin

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anzeige

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik.
WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.
WECHSELWIRKUNG behandelt politische und gesellschaftliche Themen auch unabhängig von Technik und Naturwissenschaft.
WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel.

Nr. 52, Dezember 1991

Schwerpunkt:
Deponie Deutschland
Abfallvermeidung ist nötiger denn je ... Frauen und Müll ... Recycling statt Revision ... Das Auto - ein globales Stoffwechselproblem ... Ökologisches Abfallkonzept für den Raum Schwerin ... Der neue Müllkolonialismus
Naturwissenschaft und Technik:
Nach menschlichem Maß ... HDTV - Wer die Norm hat, hat den Markt
Gesellschaft und Politik:
Fabrik der Zukunft: Vier Pfade nach Utopia ... Gestaltungsperspektiven der Telearbeit

Probeheft für DM 2,- in Briefmarken!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG, Mariabrunnstr. 48, D-5100 Aachen

NICARAGUA – ÖSTERREICH

Bildungsprojekt zur Frauenförderung

MIRIAM ist ein östereichisches Frauenprojekt, das im Februar 1989 in Nicaragua gegründet wurde. MIRIAM hat sich zum Ziel gesetzt, Frauen und Mädchen, die sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befinden, ihre Schullaufbahn, bzw. ihre berufliche Ausbildung zu ermöglichen und vergibt zu diesem Zweck monatliche Stipendien.

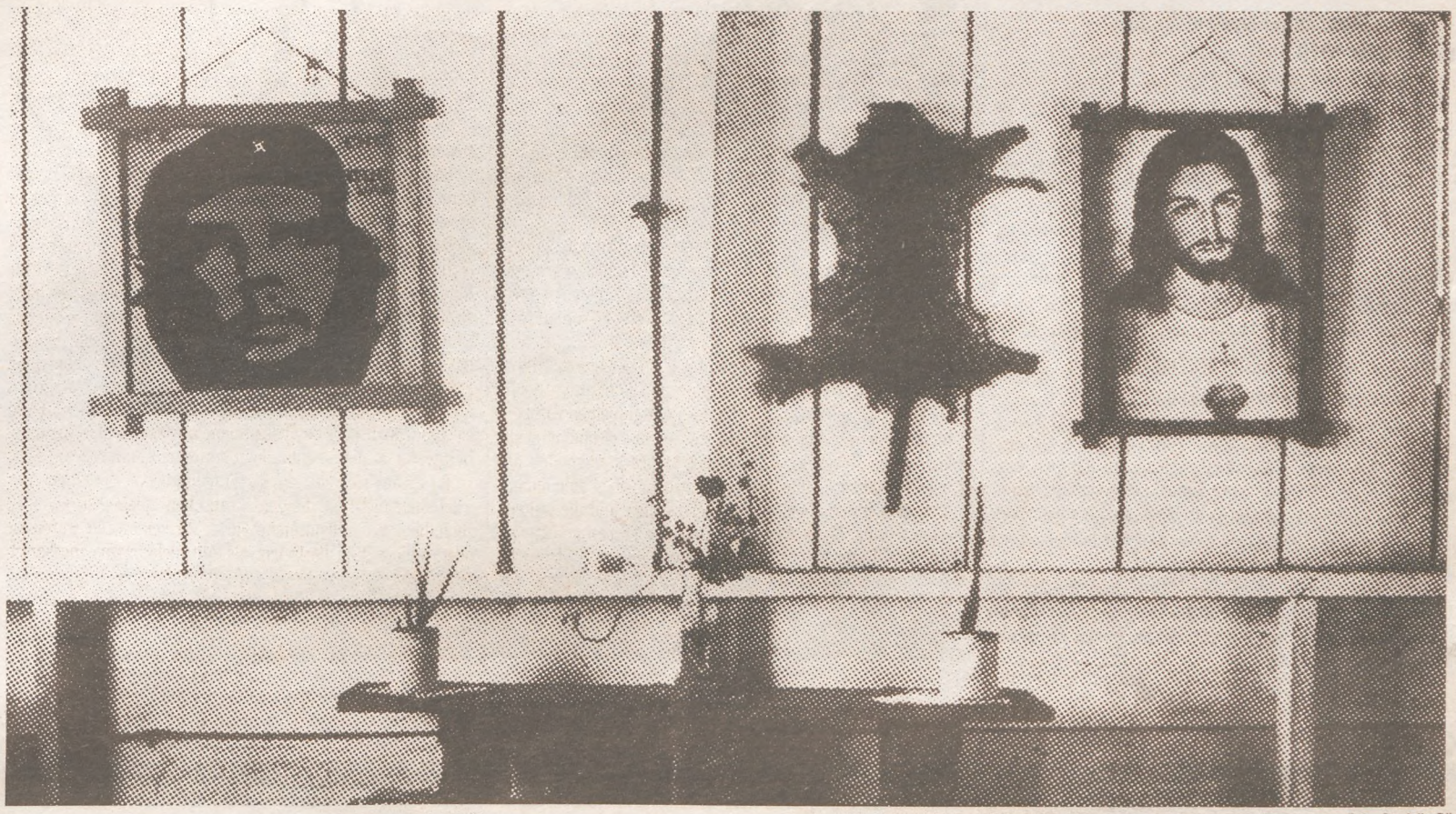


Foto: Coedelia Dilg

Doris Huber, Managua ● Die meisten Stipendiatinnen sind Alleinerzieherinnen, müssen sich und ihre Kinder allein erhalten und können oft deswegen die Bildungsmöglichkeiten nicht voll ausschöpfen. Der finanzielle Druck zwingt viele Frauen noch mehr und zusätzlich zu arbeiten. Dazu kommt noch das Problem des »Machismo« mit all seinen negativen Auswirkungen auf sozialer wie auf individueller Ebene. So wird im Zweifelsfall von einer Familie immer noch eher dem Sohn als der Tochter eine Ausbildung finanziert. In Nicaragua werden 60% der Familien von Frauen erhalten und der durchschnittliche Arbeitstag einer Nicaraguanerin beträgt 15 Stunden. Trotz all dieser Probleme ist das Bedürfnis und der Wunsch nach Bildung ungeheuer groß.

MIRIAM begann das Projekt im Schul- bzw. Studienjahr 1989 als Pilotprojekt mit 6 Stipendiatinnen (5 Frauen und 1 Mädchen). Nach anfänglichen Schwierigkeiten gelang es uns, bis zum Ende des Schul- bzw. Studienjahres 1989 die Anzahl der Stipendiatinnen auf 10 zu erhöhen. Die Organisationsstruktur des Projektes wurde ausgeweitet und verbessert und im Jahr 1991 konnten wir 23 Stipendiatinnen aufnehmen und ihre Ausbildung ermöglichen.

Die aktuelle Entwicklung in Nicaragua

betrifft das MIRIAM-Projekt vor allem in zweifacher Hinsicht. Seit dem Regierungswechsel im April 1990 ist ein extremer Preisanstieg zu verzeichnen: Licht und Wasser kosten (auf Dollarbasis gerechnet) ein Zehnfaches von vorher, viele Lebensmittelpreise haben österreichisches Niveau erreicht, das alles ist vor dem Hintergrund eines Durchschnittsgehalts von etwa 100 US-Dollar zu verstehen. 1990 und 1991 ist die Arbeitslosenrate sprunghaft angestiegen und beträgt jetzt ca. 50%. Der Großteil der Bevölkerung ist davon schwer getroffen und im speziellen Fall die alleinerziehenden Mütter. Die neue Bildungspolitik der Regierung läuft in Richtung Privatisierung der Bildungseinrichtungen und Streichung der bisherigen staatlichen Subventionen für Schulen. So wurden 1990 die Schulgelder der Gymnasien auf das Dreifache des Betrages von vorher erhöht. Zitat eines Vaters einer Stipendiatin, er ist selbst Lehrer: »Ich habe sechs schulpflichtige Kinder. Jetzt ist es so: entweder ich schicke sie in die Schule oder wir haben zu essen.«

Ziele und Anliegen

1. Wir sehen in der Förderung der Bildung von Frauen eine große persönliche Chance von Frauen zur Entwicklung ihres Selbstbewußtsein und ihrer Persönlichkeit. Durch Bildung bekommen Frauen Mut, haben bessere berufliche Chancen und gewinnen an Terrain gegenüber dem Machismo.
2. Die Förderung der Bildung von Frauen bedeutet immer auch die Förderung der sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes. So ist z.B. der direkte Zusammenhang von Müttern mit Schulbildung und signifikant niedrigerer Kindersterblichkeit nachgewiesen (Seager J./Olson A., Der Frauenatlas, Frankfurt/Main 1986 10). Bildung bedeutet eine bessere Integration der Frauen in das gesamte gesellschaftliche Spektrum eines Landes bis hin zu mittleren und höheren Entscheidungsfunktionen.
3. In entwicklungspolitischer Hinsicht wurden und werden Frauen oft vernachlässigt, was immer negative (teilweise lebensbedrohende) Folgen für die gesamte Bevölkerung hervorgerufen hat. Die Frauenförderung – und Bildung ist ein wichtiger Faktor – bedeutet Förderung der Gesamtentwicklung eines Landes. Eine Entwicklung, die nicht von außen, sondern vom Land selbst kommt, und eine positive Kraft darstellt.

Zielgruppen von Miriam-Bildungsprojekt zur Frauenförderung

MIRIAM will die Bildung von Frauen auf mehreren Ebenen fördern:

Mädchen, bzw. junge Frauen, um den Bildungsweg schon im Aufbau zu unterstützen. Wir finanzieren Mädchen aus kinderreichen Familien das Schulgeld für ein gutes Gymnasium und den Transport zur Schule. Aufgrund der Politik der neuen Regierung und des derzeit extrem hohen Preisanstiegs ist das Schulgeld für viele ärmere Familien unerschwinglich geworden, vor allem wenn mehrere Kinder im schulpflichtigen Alter sind.

Frauen, die den zweiten Bildungsweg absolvieren. Seit der großen Alphabetisierungskampagne 1980, wo die Rate der AnalphabetInnen von 56% auf 13% gesenkt werden konnte, gibt es vielfältige Möglichkeiten der Erwachsenenbildung. In Kursen können alle Schuljahre bis zur Matura (dem Abitur) absolviert werden. In den letzten Jahren ist die AnalphabetInnenrate wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wieder leicht angestiegen.Der Großteil unserer Stipendiatinnen in dieser Zielgruppe ist in der »Secundaria« (Mittelschule, bzw. Gymnasium) mit dem Ziel, entweder die Matura oder die Mittlere Reife abzuschließen, welche die Voraussetzung für eine qualifizierte Berufsausbildung darstellt.

Ausbildung von Fachkräften in berufsbildenden Schulen oder Kursen. Wir halten diesen Bereich für besonders wichtig, weil damit ein Land über mehr ausgebildete Fachkräfte verfügt und es Frauen ermöglicht wird, ihren Lebensunterhalt mittels eines Berufs und nicht mit Putzen oder Wäschewaschen zu verdienen.

1991 vergaben wir Stipendien in den Bereichen: Ausbildung zur Sekretärin und Buchhalterin, Fremdsprachenkurs und Volksschullehrerin.

Akademikerinnen, damit Frauen mit qualifizierter Ausbildung als Entscheidungsträgerinnen in Berufswelt und Gesellschaft wirken können. 1991 vergaben wir ca. die Hälfte der Stipendien in den Fächern Statistik, Mathematik, Landwirtschaft, Jura, Medizin, Soziologie und Sozialwissenschaften und zum ersten Mal ein Stipendium für ein einjähriges Post-Graduate-Studium in Außenhandel und Geschäftsführung.

Frauenprojekte: Ein weiterer, für die Zukunft noch ausbaufähiger Bereich des MIRIAM-Projekts betrifft die Unterstützung von basisorientierten Frauenprojekten. Wir verstehen darunter Projekte, die von Frauen im Land initiiert und koordiniert werden und zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen beitragen.

Im konkreten Fall unterstützt MIRIAM das von einer Stipendiatin gegründete Frauenprojekt in einer landwirtschaftlichen Cooperative bei Esteli. 1990 arbeitete Catalina mit einer Gruppe von Campesinas (Bäuerinnen) in den Bereichen Schneidereikurs, Bewußtseinsbildung und Gemeinschaftsarbeit in der Cooperative. MIRIAM gab eine Starthilfe in Form von Sachmitteln (Stoffe, Zubehör u.ä.) und unterstützt die Koordinatorin des Projekts seit August 90 mit einer kleinen Aufwandsentschädigung. Im Jahr 1991 befindet sich das Projekt in der Produktionsphase (Herstellung und Verkauf von Kleidung) und MIRIAM vergab einen Kredit an das Nähkollektiv zu günstigen Bedingungen. Bisher arbeitet MIRIAM ausschließlich in Nicaragua. Im möglichen Tätigkeitsbereich Lateinamerika, um eine eventuelle Ausweitung werden selbstverständlich immer alle UnterstützerInnen informiert, bzw. angefragt.

Auswahlkriterien

Bei der Auswahl der Stipendiatinnen arbeiten wir mit Leuten zusammen, die in Bildungsinstitutionen tätig sind (LehrerInnen, UniversitätslektorInnen, ErwachsenenbilderInnen o.ä.). Über die endgültige Vergabe eines Stipendiums entscheidet eine Kommission in Managua, der Österreicherinnen und seit 1991 auch Nicaraguanerinnen angehören.

Die Auswahlkriterien für die Aufnahme einer Stipendiatin bestimmen sich nach den folgenden Bedingungen:

- Der Rahmen unserer finanziellen Mittel, um die Stipendien für jeweils ein Jahr zu garantieren (beginnend mit dem Schul- bzw. Studienjahr im März bis zu dem darauffolgenden Februar).
- Die Stipendiatinnen sollen schon einen Teil des geplanten Bildungsweges hinter sich haben, konkrete Vorstellungen von ihrer beruflichen Zukunft haben und bereit sein, sich in ihrem Bereich zu engagieren.
- Die ökonomische und familiäre Situation der Stipendiatinnen. Nach Erfüllung der obigen Kriterien haben alleinstehende Mütter absoluten Vorrang.

Höhe des Stipendiums

Das Stipendium stellt eine Unterstützung in der ungefähren Höhe eines halben Monatsgehalts dar. 1990 legten wir einen Sockelbetrag von 40 Dollar fest. Dazu kommen: die Übernahme der Einschreibegebühren für Universität oder Kurse, zweimal pro Jahr ein Zuschuß für Unterrichtsmaterial, eventuell Fahrtkosten und minimaler Verwaltungsaufwand wie Kopien, Versand der Dokumentationen etc.). Zusätzlich zu den oben erwähnten Leistungen gibt es eine gestaffelte Kinderzulage. Die Durchschnittskosten für ein Stipendium betragen damit ca. 60 Dollar. Unser Budget wird jeweils für ein Schul- bzw. Studienjahr kalkuliert und wir sind immer dringend auf weitere Unterstützung angewiesen, um die jetzt laufenden Stipendien für das nächste Jahr verlängern zu können, bzw. Frauen, die noch auf der Warteliste stehen, ein Stipendium geben zu können. Den Rest der Lebenshaltungskosten verdienen sich die Stipendiatinnen selbst, z.B. durch Mitarbeit in einer landwirtschaftlichen Cooperative oder durch (Halbtags-) Arbeit.

Im Gespräch mit den **Stipendiatinnen** betonen wir immer, daß es sich bei dem Stipendium nicht um ein »Geschenk«, sondern um einen wechselseitigen »Vertrag« handelt. MIRIAM verpflichtet sich zur Zahlung des Stipendiums und die Stipendiatin zum regelmäßigen Studiennachweis. Bei Abbrechen der Ausbildung erlischt das Stipendium. Schließt die Stipendiatin das Jahr erfolgreich mit Zeugnisnachweis ab, so ist eine weitere Verlängerung des Stipendiums möglich.

Unterstützungsmöglichkeiten

für das MIRIAM-Projekt sind keinerlei Grenzen gesetzt, weder nach oben noch nach unten. Wir freuen uns über Unterstützung, sei sie einmalig, mehrmals im Jahr, oder (im Idealfall) ein fixer Beitrag im Monat. ●

Kontaktmöglichkeiten
Österreich:
Elizabeth Wanz · Wilbrandtgasse 3
A-3400 Klosterneuberg
☎ (0 22 43) 24 38
Schweiz:
Romy Gasser · Seidenweg 68
CH-3012 Bern
☎ (0 31) 24 08 47
BRD:
Marianne Rappenglück · Pariserstr. 38/V
D-8000 München 80
☎ (0 89) 448 60 16
Nicaragua:
Mag. Doris Huber · Apto. Postal 4223
Managua, Nicaragua
☎ Managua 7 32 26

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt - iz3w

● Seit über zwanzig Jahren kontinuierliche Berichterstattung über die Länder der Dritten Welt, Entwicklungspolitik, Solidaritätsbewegung, Kampagnen, Ausländerpolitik...

● Nachrichten und Analysen zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Rüstung...

● Gemacht von einer unabhängigen Gruppe kritischer und engagierter Leute

erscheint acht mal im Jahr für DM 48.–
Einzelheft DM 6.– + 1.80 Porto
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

☐ Bitte schickt mir Eure Materialliste
☐ Ich bestelle die **blätter des iz3w** (acht Ausgaben/Jahr)
☐ im Abonnement
☐ als unverb. Probeabo von drei Ausgaben für DM 10.–
☐ in bar
☐ per Scheck

Name
Straße/Hausnummer
Postleitzahl/Wohnort
Datum/Unterschrift

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Datum/Unterschrift

BUCHBESPRECHUNGEN

Simple Life

– Hansel Mieth/Otto Hagel Fotografien aus Amerika 1929-1971

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Nach 60 Jahren sind sie zurückgekehrt: Hansel Mieth und Otto Hagel, die einst der kleinbürgerlichen Enge Vorkriegsdeutschlands den Rücken kehrten und in den USA mit ihren sozialmotivierten Bildreportagen Fotogeschichte geschrieben haben.

Hansel Mieth arbeitete jahrelang im Team des populären LIFE-Magazins, das sich "the cream of all the world's pictures" auf die Fahne geheftet hatte. Hansel Mieths wohl berühmtestes Bild "Der Affe" wurde zum inoffiziellen Markenzeichen der Wochenzeitschrift. Otto Hagel veröffentlichte u.a. in Time, Fortune und LIFE und setzte die erste Wahlkampagne Franklin D. Roosevelts fotografisch in Szene. Persönliche Freundschaft verband das Paar u.a. mit Eugene Smith und dem bekannten Frontfotografen Bob Capa. Dem Alltag der einfachen Leute galt das fotografische Interesse Mieths und Hagels. Die "Great Depression" der dreißiger Jahre, die Arbeitskämpfe, das Leben der Wanderarbeiter fanden in ihren Arbeiten immer wieder Ausdruck.

Ihre große Fotoreportage "We return to Fellbach" von 1950 vermittelte den LIFE-Leserinnen und Lesern unverblümt Stimmung und Gefühle der Deutschen nach dem verlorenen Weltkrieg.

In den fünfziger Jahren Opfer der McCarthy-Inquisition, gerieten Mieth und Hagel zunehmend in Vergessenheit, um heute allmählich wiederentdeckt zu werden. Ein umfangreicher Katalog mit Arbeiten aus sechs Jahrzehnten ist jetzt unter dem Titel "Simple Life" erschienen. Gleichzeitig hat die Stadt Fellbach, Heimatort von Hansel Mieth und Otto Hagel, eine umfangreiche Werkschau zusammengestellt, die in nächster Zeit in mehreren deutschen Städten zu sehen ist.

Unter dem Titel "Im Tal der singenden Hügel" ist vor kurzem eine Hansel Mieth-Biografie von Christiane Barckhausen im Schmetterling Verlag erschienen, deren Rezension in der Juni-Ausgabe (Heft81/91) von CONTRASTE nachzulesen ist. ●

küma, Redaktion Südwest

Simple Life – Hansel Mieth/Otto Hagel
Fotografien aus Amerika 1929-1971, 120 Seiten, 80 ganzseitige Abbildungen, Duplexdruck, zweisprachig (deutsch/englisch), 36 DM, Schmetterling Verlag, ISBN 3-926369-15-9

Informationen über Schmetterling Verlag
Waiblinger Str. 20a · W-7000 Stuttgart 50
☎ (07 11) 56 20 22 · Fax: (07 11) 56 06 15
Ausstellung:
Kulturamt der Stadt Fellbach, Marktplatz
W-7012 Fellbach
☎ (07 11) 585 13 63 · Fax: (07 11) 585 13 00

STREITSCHRIFT:

Warum der Marxismus scheitern mußte

Das Scheitern der marxistischen Staatswirtschaft im Osten hat bisher im linken politischen Spektrum nur vereinzelt Bereitschaft geweckt, die marxistische Ökonomie kritisch zu hinterfragen. Stimmt zum Beispiel die Annahme, Geld und Ware seien Äquivalente, auf der die Werttheorie gegründet ist, die zu der Überzeugung geführt hat, Privateigentum und Privatwirtschaft seien *Ursache des Kapitalismus, seiner Ausbeutung und Krisen?*

Die Liberalsozialisten in den Grünen und die liberalsoziale »Bürgerrechtsaktion Arbeit, Gesundheit, Umwelt, Frieden« haben 1991 eine Schrift von Georg Otto herausgegeben mit dem Titel »Warum der Marxismus scheitern mußte«. Es handelt sich um eine allgemeinverständliche, von Objektivität geprägte politische Streitschrift zur Aufhellung von Hauptwidersprüchen der marxistischen Ökonomie, die sorgfältig falsche und richtige Marxsche Aussagen unterscheidet.

Zum Verstehen der Bedeutung der Mehrwerttheorie im Gedankengebäude von Marx, die als wissenschaftliche Basis aller politischen marxistisch-sozialistischen Programme gilt, ist zunächst folgendes wichtig zu wissen: Die Überzeugung, Privateigentum und Privatwirtschaft seien Ursache des Kapitalismus, ist älter als ihre wissenschaftliche Begründung. Wie nahezu alle FrühsozialistInnen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vertraten auch Marx und Engels schon in jungen Jahren diese These (siehe Kommunistisches Manifest von 1847). Ihre wissenschaftliche Begründung aber folgte erst im nächsten Jahrzehnt in verschiedenen Arbeiten, die 1867 im Band I »Das Kapital« zusammengefaßt wurden. Die Mehrwerttheorie ist eine Rechtfertigungstheorie für eine bereits früher proklamierte unumstößliche Ansicht. Die Forderung nach Aufhebung von Privateigentum und Privatwirtschaft folgte also nicht aus einer unvoreingenommenen Forschung über die Wirtschaftsverhältnisse. Die Mehrwerttheorie sollte unbedingt beweisen, daß die Ausbeutung auf dem Privateigentum beruht.

Otto kritisiert nicht die Mehrwerttheorie selbst, die in sich streng logisch sei, sondern die Voraussetzung, die Grundlage der Mehrwerttheorie. Weil – nach Marx – in der Zirkulation Äquivalente ausgetauscht werden – Waren gegen Geld, Arbeitskraft gegen Geld –, ist nicht in der Tauschsphäre die Ursache der Ausbeutung zu suchen, sondern im Produktionsprozeß, der über mehrere Schritte – bis zum Verkauf der Ware – dem/der UnternehmerInnen schließlich mehr Geld bringt als er/sie investiert hat.

Stimmt aber die Marxsche Annahme, Geld und Ware, Geld und Arbeitskraft seien Äquivalente? Die verneinende Antwort ist bei Marx selbst zu finden: Geld kann zur Schatzbildung benutzt werden und somit den Zirkulationsprozeß unterbrechen, und es wird zur »stets schlagfertigen, absolut gesellschaftlichen Form des Reichtums«, zu Kapital. Der/die GeldbesitzerIn hat das Funktionsmittel Geld als MonopolistIn in der Hand, das alle für den Tausch brauchen, und dieses ist unverderblich. Die im Geld verkörperte »gesellschaftliche Macht wird zur Privatmacht der Privatperson«.

Die Äquvalenztheorie stimmt also gar nicht! Der Mehrwert wird zwar in der Produktion erarbeitet und beim Verkauf realisiert, aber er wird bereits bei der Bereitstellung des Kapitals zur Produktion gefordert! ArbeiterInnen und arbeitende UnternehmerInnen müssen von vornherein bereit sein, den Mehrwert (Zins) an die KapitalbesitzerInnen abzutreten, andernfalls erhalten sie das nötige Kapital nicht. Der/die UnternehmerIn fungiert nur mit dem Leihkapital und muß den Zins als Teil des Profits aus dem Verwertungsprozeß herausholen und an den Finanzkapitalisten abführen.

Marx geldtheoretische Einsichten reichen als Ausgangspunkt für eine monetäre Erklärung der Ausbeutung und damit des Kapitalismus und seiner Krisen aus. Der Mehrwerttheorie bedarf es dazu nicht. Aus der von Marx beobachteten Rolle des Geldes ist es nur ein Schritt zur Erklärung des Mehrwerts/Zinses aus der faktischen Überlegenheit des Geldes. Dieser Schritt wird im Kern in Band III »Das Kapital« vollzogen, der aber erst nach dem Tode von Marx und Engels herausgegeben wurde (1894).

Auf den Gegensatz von Bd. I und Bd. III »Das Kapital« hatte *bereits Silvio Gesell (1862-1930) hingewiesen in seiner Schrift* »Die Ausbeutung, ihre Ursache und ihre Bekämpfung« (1922). Das Kapitel »Unternehmergewinn und Zins« im Bd. III »Das Kapital« steht dem Denken Gesells näher als der Wert- und Mehrwerttheorie, wie Otto feststellt.

Aus der monetären Kapitalismuserklärung ergibt sich für die Überwindung der Ausbeutung und der kapitalistischen Krise die Forderung, das Funktionsmonopol des Geldes zu brechen, so das Geld keinen Mehrwert aus der Arbeit erpressen kann, daß es reines Tauschmittel wird. Für diesen Lösungsgedanken hat Silvio Gesell die Theoretische Grundlage geliefert. Zur Realisierung eines Angebotszwangs für Geld hat er besondere Maßnahmen zur Umlaufsicherung des Geldes vorgeschlagen. Otto schreibt dazu: »Der neue Umlaufsantrieb...führt automatisch zu vermehrtem Angebot an Leihgeld. Dieser zunehmende Druck des Kapitals auf den Kapitalmärkten (zunehmende Konkurrenz der Kapitalisten untereinander) senkt den Zins in Richtung null ab. mit jedem sinkendem Zinsprozent steigen die Löhne in Richtung auf den vollen Arbeitsbetrag an. Der Umlaufantrieb ermöglicht eine Einkommensverteilung entsprechend den Arbeitsleistungen als Voraussetzung einer gerechten Einkommensverteilung. Das Kapital muß sich letztendlich mit der Wiedererstattung der Leihsumme ohne Mehrwert/Zins begnügen. Lediglich für Anlagen mit Risiko sind noch – infolge des Fehlens allgemeiner Konjunkturschwankungen und dadurch bedingt stabiler Wirtschaftslage – geringe Restrisikoprämien erzielbar. Gegen diese nach Einführung des Umlaufantriebs zwangsläufige Entwicklung kann sich das Kapital eben wegen dieses Umlaufantriebs nicht mehr mit Geldhortung wehren...Mit jedem sinkenden Zinsprozent und steigendem Anteil der Arbeitserträge am Gesamtvolkseinkommen findet ein qualitatives Umschlagen von Kapitalismus zum Sozialismus statt.«

Otto hält an dem Begriff Sozialismus fest. Aus seiner Sicht hat es in den sozialistisch bezeichneten Ländern gar keinen Sozialismus gegeben. Die **Staatswirtschaft** sei zusammengebrochen, nicht der Sozialismus. »Der Sozialismus wird frei sein oder er wird nicht sein«, ist ein im Anhang der Broschüre abgedrucktes Flugblatt überschrieben.

Das Wirtschaftssystem des Ostens hatte einen verhängnisvollen anderen Weg versucht. Der Hauptgrund dafür bestand darin, daß die Mehrwerttheorie die Aneignung des Mehrwertes durch die KapitalistInnen falsch erklärt und dessen wirkliche Quelle, die im hortbaren Gelde steckt, verkannt wurde. Das Ziel des Sozialismus – Gleichheit **und Freiheit** – konnte daher nicht erreicht werden.

Voraussetzung für die Realisierung eines freiheitlichen Sozialismus durch umlaufgesichertes Geld wäre allerdings die Beendigung einer Wirtschaftspolitik, die ständig die Nachfrage nach Kapital steigert und somit das Zinsniveau hoch hält. Ferner müßte das geltende Bodenrecht, das andere Standbein des Kapitalimus, so reformiert werden, daß die Bodenrente der Allgemeinheit zufließt.

Der Autor hat an der Bildung der Partei DIE GRÜNEN mitgewirkt. Seine liberalsozialistische Gruppe in den Grünen ist durch das Eindringen zahlreicher Altmarxisten an den Rand gedrängt worden. Deren Vorherrschaft wurde durch den GRÜNEN AUFBRUCH 1987/88 überwunden, so daß nun freiere Arbeitsmöglichkeiten bestehen. Im Sommer 1991 haben die Grünen in Sachsen-Anhalt die liberalsozialistischen Forderungen zur Zins-, Geld- und Bodenpolitik angenommen. Man darf gespannt sein, ob sich im linken politischen Spektrum künftig das allmähliche Aufweichen ideologischer Verhärtungen fortsetzen wird. ●

Josef Hüwe

Georg Otto: Warum der Marxismus scheitern mußte. Verlag Anders Leben, Hauptstr. 5, W-2730 Rhade. 47 Seiten, ca. 4,-DM.

Zur Ergänzung und wissenschaftlichen Vertiefung wird empfohlen:
Dieter Suhr: Der Kapitalismus als monetäres Syndrom. Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen politischen Ökonomie. Campus Verlag Frankfurt, 1988. 106 Seiten, ca. 28,-DM.

EIGENSTÄNDIGE REGIONALENTWICKLUNG NIEDERSACHSEN

Wer entwickelt die Region?

Vom 10. bis 12. Januar 1992 führte der Verein für Eigenständige Regionalentwicklung in Niedersachsen die Tagung »Wer entwickelt die Region?« in der Evang. Akademie Loccum durch.

Die 90 TeilnehmerInnen der Tagung forderten nachdrücklich, verstärkt die Initiativen aus dem Umwelt-, Landwirtschafts-, Kultur- und Sozialbereich, sowie Arbeitsloseninitiativen und Gruppen des 2. Arbeitsmarktes in die Regionalpolitik einzubeziehen. Der ordnungspolitische Rahmen sei auf den verschiedenen Ebenen dahingehend zu verändern, daß sich die Ansätze zur eigenständigen Entwicklung der Regionen positiv und kontinuierlich entwickeln können.

Rainer Danielzyk, Uni Oldenburg, machte in seinem Grundsatzreferat deutlich, daß sowohl politische wie ökonomische Gründe zu einem flächenhaften Ubruch in der Regionalpolitik führen müssen. Regionale Politik wird sehr stark von Konflikten der verschiedenen Beteiligten (Verbände, Kommunen, Initiativen etc.) untereinander und miteinander geprägt. Die Verwaltung sei immer weniger in der Lage, Konflikte zu lösen oder selbst Initiativen zu starten.

Ebenso wie der Vertreter des Niedersächsischen Wirtschaftsnministeriums, Dr. Hartke, betonte der hannoversche Wirtschaftsderzernent Kruse die Wichtigkeit der Einbeziehung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in die Diskussion über die Entwicklung der Regionen. Ihr Leitbild ist das Fitmachen der Regionen für den Weltmarkt. Ganz im Gegenteil zu den Zielen Eigenständiger Regionalentwicklung, die ihr Augenmerk auf die Stärkung innerregionaler Wirtschaftskreisläufe legt.

In der Diskussion kritisierten die TeilnehmerInnen die Realität der offiziellen Regionalkonferenzen zu denen Basisinitiativen, Umweltverbände und Regionalvereine nicht oder nur als »ökologisches Feigenblatt« eingeladen wurden. Die bestehenden Förderprogramme seien nicht auf kleine Initiativen und Betriebe zugeschnitten. Fachgebietsübergreifende Projekte seien meist nicht förderbar, da es keine ressortübergreifenden Förderinstrumente gäbe.

Eine zukünftige Entwicklung sollte nach Meinung der Anwesenden auf verschiedenen Ebenen gestaltet werden. Während auf der **örtlichen** Ebene die betroffene Bevölkerung die notwendigen Schritte selbst bestimmen soll, seien Aufgaben auf der **Regionsebene** die Vernetzung von Aktivitäten, politische Lobbyarbeit, Beratung von Projekten und Initiativen, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit. Das Informationsbüro Eigenständige Regionalentwicklung e.V. in Hannover soll die Lobbyarbeit sowie die Vernetzungs- und Bildungsarbeit auf **Landesebene** durchführen.

Wesentlich für eine Arbeit auf der Regionsebene sei, daß sie sich nicht schwerpunktmäßig an ökonomischen Kriterien orientiert, sondern in der Region vorhandene Initiativen und Ideen aufgreift. Sie müsse unabhängig von der Verwaltungsebene organisiert werden.

Zur Durchführung von effektiver Regionalberatung ist die Bereitstellung finanzieller Mittel durch das Land notwendig. Ergänzend dazu sind Gelder zur direkten Projektförderung für Initiativen sowie kleine und mittlere Betriebe erforderlich.

Die Aufgaben von RegionalberaterInnen ist das Zusammenführen von Menschen, Initiativen, Verbänden und Kommunen um gemeinsam zu handeln. Sie sind AnsprechpartnerInnen für die vielfältigen Probleme, die bei der Umsetzung von Ideen in (Wirtschafts-) Betrieben und Initiativen auftreten können.

Die Dorferneuerungspolitik in Niedersachsen ist zu verändern. In der Dorferneuerung sei die Beschränkung auf agrarstrukturelle, infrastrukturelle und baulich-gestalterische Ansätze aufzuheben. »Aktive Dorfentwicklung« soll vielmehr dörfliche Arbeitsplätze, den ÖPNV, die soziale Versorgung und die Unterstützung des ökologischen Landbaus einbeziehen. Ziel seien möglichst weitgehende inneregionale Wirtschafts- und Sozialbeziehungen. Die Instrumente einer integrierten Dorferneuerung sollen eine aktivierende Bürgerbeteiligung und eine projektbezogene Bündelung der Fördermittel sein.

Zum Ende der Tagung zeigte Arnim v. Gleich, Uni Bremen, Entwicklungsmöglichkeiten im Ernährungsgewerbe auf, die mittels einer modernen und sanften Biotechnologie umgesetzt werden können. Am Beispiel von Flachs stellte er eine vielseitige regionale Vernetzung und ganzheitliche Verwertung, von der Produktion über die Verarbeitung bis hin zum »Abfallprodukt« vor. Dies reicht von der Textilherstellung, Papierherstellung bis hin zu Ersatzstoffen im Baubereich. Beispielhaft lassen sich hier ökologische und ökonomische Notwendigkeiten zum gegenseitigen Vorteil miteinander verbinden. ●

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 39 23.09.24 19:56

MIETENEXPLOSION IM KIEZ

WOHNEN

Goldrausch in Berlin!

Was kostet Daimlers Latifundie am Potsdamer Platz? – Milliardengeschenke an Großaktionäre – Bündnis '90, Grüne/AL und UFV fordern Erbbaurecht

Foto: Umbruch-Bildarchiv Berlin

Klaus Schmitt, Redaktion Berlin ● Die Berliner Presse ist voll von Horrormeldungen. »Wohnungen nur noch zu Phantasiepreisen«, im Corbusier-Haus, ehemals sozialer Wohnungsbau, sei eine Wohnung für 3.800 DM vermietet worden, meldete die »Berliner Zeitung« am 30.12.1991. »Die Büromieten explodieren«, schlagzeilte der »Tagesspiegel« bereits im Mai, »bis zu 100 DM pro Quadratmeter in Ost-Berlin mit weiterhin steigender Tendenz«. Und sieben Monate später: »Deutsche Ladenmieten erreichen Weltspitze«. In Berlin lägen die Ladenmieten weltweit bereits an vierter Stelle. In Tokios bester Lage würden (nach deutschem Geld) gegenwärtig 930 DM pro Quadratmeter gezahlt, in New York 615, in München 410 und an der Berliner Tauenzienstraße 400 DM.

Klar: Das kann kein/e DurchschnittsmieterIn, kein Emma- und kein Kinderladen, kein/e HandwerksmeisterIn und kein selbstverwalteter Betrieb bezahlen. Die Folge: Vertreibung der Menschen aus ihrem Kiez und Ausbeutung der besserverdienenden MieterInnen und der KonsumentInnen durch die GrundrentnerInnen.

Boden ist kein Kapital

Von den meisten PolitikerInnen wird diese Entwicklung tatenlos hingenommen. Schließlich wollen wir doch alle die Marktwirtschaft. Doch auf dem Mietenmarkt funktioniert das Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht so, wie wir es gerne hätten: steigende Preise und Gewinne bewirken ein zusätzliches Angebot an Produkten, das wiederum bewirkt fallende Preise und Gewinne. Hier geht es nicht nur um produzierbare Häuser, also Kapital. Hier geht es auch um ein nicht produzierbares Gut: um den Boden, auf dem sie stehen.

Zwar können auf gegebenen Bodenflächen Wolkenkratzer gebaut und dadurch der Preisentwicklung auf dem gesamten regionalen Grundstücksmarkt ein wenig entgegengewirkt werden. Wir können und wollen jedoch nicht in den Himmel bauen und jene GrundeigentümerInnen, die das Privileg besitzen, auf ihrem Boden Hochhäuser bauen zu dürfen, profitieren ganz erheblich von dieser Berechtigung. Dieses Privileg ist jedoch keine persönliche Arbeitsleistung, ebensowenig wie die günstige Lage eines Grundstücks. In Tokio kostet Boden im Zentrum der Stadt mit zahlungskräftigen MieterInnen und KonsumentInnen, auf dem Wolkenkratzer gebaut werden dürfen, bereits eine halbe Millionen DM pro Quadratmeter.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

170 Prozent Kapitalverzinsung!

Auch in Berlin wird es bald Tokioer Verhältnisse geben. Was das für die Ausbeutung der produktiven Menschen durch die parasitären GrundrentnerInnen bedeutet, macht eine Rechnung am Beispiel Daimlers deutlich. Der Daimler-Konzern wird auf seiner 61.710 qm großen Latifundie am Potsdamer Platz 160.000 qm Nutzflächen errichten. Sind sie erstellt, dann verursachen sie pro Quadratmeter schätzungsweise 10 DM Betriebs- und Abschreibungskosten und 25 DM Zinskosten für das investierte Geld, zusammen 35 DM.

Alles, was über diesen Mietanteil von 35 DM hinausgeht, ist Grundrente. Wenn Daimler an dieser Stelle der Stadt also 100 DM Miete pro Quadratmeter für Büroflächen und 400 DM Miete pro Quadratmeter für Ladenflächen erzielen kann, dann sind davon 65 bzw. 365 DM Bodenzins.

Nun soll Daimler auch Wohnungen bereitstellen. Dafür sind 20% der Geschoßflächen vorgesehen. Wohnungen können jedoch nicht für 100 bis 400 DM pro Quadratmeter vermietet werden. Wenn die MieterInnen (unterstützt mit Zuschüssen des Staates) -nur- 35 DM zahlen, dann enthalten die Einnahmen aus den Wohnungsmieten keine Grundrente. Es bleiben jedoch die 65 DM pro Quadratmeter Grundrente aus den Büro- und die 365 DM pro Quadratmeter Rente aus den Ladenmieten. Wenn wir einmal annehmen, daß 10 Prozent, also 16.000 qm als Ladenflächen vermietet werden, dann werden hier 5,84 Millionen im Monat oder 70 Millionen im Jahr an Grundrente eingenommen. Es bleiben 70% bzw. 112.000 qm für Büros etc., macht eine Grundrente von 7,3 Millionen DM im Monat oder 87,4 Millionen im Jahr. Das sind zusammen 157,4 Millionen DM Grundrente, die den Daimler-AktionärInnen – nicht den Daimler-ArbeiterInnen – als Gewinn zufließen. Die Daimler-AktionärInnen erhalten somit den ganzen Kaufpreis für das Grundstück bereits in 7 Monaten aus dem Zins dieses Grundstücks zurückerstattet! Wenn das nicht pervers ist!

Was ist jedoch mit den von Daimler selbst genutzten Flächen? Sie ersparen dem Konzern Zins- und Rentenlasten. Da er diese Ersparnis nicht an seine KundInnen als Preisnachlässe oder an seine ArbeiterInnen als Lohnerhöhungen weitergibt, erscheint sie ebenso als Zins- und Rentengewinn in der Rentabilitätsrechnung, wie die Zinsen und Renten aus den Mieteinnahmen. Sie fließen also ebenfalls den AktionärInnen zu, als arbeitsfreier Gewinn aus den Taschen der AutokäuferInnen.

Wie groß ist nun die Rendite, die die AktionärInnen für ihr in das Gemeindeland angelegte Geld erhalten? Ein Bodenzins von 157,4 Millionen im Jahr, bezogen auf den gezahlten Bodenpreis von 92,87 Millionen DM, ergibt eine Verzinsung von 169,5 Prozent im Jahr!

Das Daimler-Grundstück ist 2 Milliarden wert!

Der ehemalige, SPD-dominierte Senat hat mit knapp 93 Millionen bzw. 1.505 DM/qm offensichtlich zu wenig für die knapp 6,2 Hektar gefordert. Die EG-Kommission, die die Rechtmäßigkeit des geringen Grundstückspreises überprüfen sollte, hat den Gesamtwert des Daimler-Grundstücks fast doppelt so hoch, mit 179,7 Millionen, veranschlagt. Sony hat für ein anderes, privates Grundstück am Potsdamer Platz 13.620 DM für den Quadratmeter gezahlt. Auf unsere 6,2 Hektar bezogen, wäre das ein Preis von 840 Millionen, neun mal so viel wie der Senat gefordert hat. In der nahegelegenen Friedrichstraße wurden im Juli '91 bereits 20.000 DM/qm bezahlt. Bei 6,2 Hektar wären das 1,24 Milliarden.

Wie hoch ist nun der wirkliche Wert dieses Grundstücks? Das ist vor allem eine Frage der Rendite. Bei Spekulationsobjekten spielt zwar auch der zu erwartende Spekulationsgewinn durch den Bodenwertzuwachs eine Rolle, das ist für Daimler jedoch ohne Bedeutung.

Wenn wir davon ausgehen, daß ein/e GeldbesitzerIn ihr/sein Geld gegenwärtig für 8% Zinsen anlegen kann, dann erwartet er/sie, daß er/sie diesen Zinsatz auch dann für sein Geld erhält, wenn er/sie dafür Boden kauft. Bei einem Bodenzins von 157,4 Millionen im Jahr hätte dieses Grundstück dann einen Geldwert von 1,97 Milliarden. Der Quadratmeterpreis beträgt dann 31.774 DM. Bei einem Geldzinsfuß von 6% betrüge der Wert dieses Grundstücks sogar 2,6 Milliarden. Sein Quadratmeterpreis läge dann bei 42.000 DM.

1,97 Milliarden sind 21 mal so viel wie der Berliner Senat erhalten hat und entspricht etwa einem Zehntel des Quadratmeterpreises in der Züricher Bahnhofstraße. Dort wurden bereits 1990 laut »Forbes« zwischen 270.000 und 330.000 DM für einen Quadratmeter geboten. Den gesamten Wert der ebenfalls 6 Hektar großen Fläche an der Bahnhofstraße schätzt dieses Wirtschaftsblatt auf »mindestens 10 Mrd. Franken«, also auf mindestens 11 Milliarden DM. Wenn wir die Quadratmeterpreise in Zürichs City veranschlagen, dann wären die 6,2 Hektar am Potsdamer Platz 17 bis 20 Milliarden wert.

2 Milliarden für das Daimler-Grundstück sind also nicht zu hoch gerechnet. Und das ist nur der gegenwärtige Wert. In wenigen Jahren wird er sich verdoppelt und vervielfacht haben und eines nicht so fernen Tages Züricher Niveau erreichen und eine Rente von mehr als einer Milliarde abwerfen.

Die Bodenpreise explodieren

In der alten Bundesrepublik haben sich die Grundstückspreise von 1965 bis 1989, also in 24 Jahren, versechsfacht, in Zürich bereits in einem Drittel der Zeit, in acht Jahren versechsfacht. In Tokio, wo ein Quadratmeter stellenweise eine halbe Million Mark kostet, haben sie sich zeitweilig in zwei Jahren verdoppelt.

In Berlin, das zehnmal so groß ist wie Zürich und etwa ein Drittel so groß wie Tokio und wo nach dem Anschluß des DDR-Umlandes an die BRD und der Hauptstadtentscheidung für Berlin ein weiterer Bevölkerungszuwachs zu erwarten ist, werden die Bodenpreise ebenfalls rasant steigen.

Auf Grund der galoppierenden Preisentwicklung sind manche GeldanlegerInnen und SpekulantInnen bereit, jetzt schon einen Teil des zu erwartenden Bodenwertzuwachses zu bezahlen. So in Tokio. Dort spekulieren auch die PolitikerInnen auf dem Grundstücksmarkt, treiben die Preise in die Höhe und schaufeln, wie z. B. der Regierungschef Kiichi Miyazawa, Millionen in die eigenen Taschen. Und wenn es dann mal einen Einbruch in der Preisentwicklung gibt, weil zu hoch gepokert worden ist (Ende 1991 fielen in Tokio die Grundstückspreise um 30%) so bleibt doch der Preistrend nach oben langfristig erhalten. Die Grundrenten bleiben davon unberührt. Da verhält es sich wie mit den Dividenden bei den schwankenden, spekulativen Aktienkursen.

Milliardengeschenke an FinanzkapitalistInnen und SpekulantInnen

Der damalige SPD/AL-Senat hat ein Milliardenvermögen der Berliner BürgerInnen verschenkt, nicht an das Daimler-Unternehmen insgesamt, sondern ausschließlich an dessen Aktionäre, die ihre Dividenden und die Kapitalgewinne des Konzerns (Zinsen, Renditen) wieder anlegen wollen. Ein typischer Fall von öffentlich geförderter Zinseszinsakkumulation, von exponentiellem Wachstum einer Kapitalgesellschaft und von Machtkonzentration.

Diesen Schenkungen folgten weitere. Weit unter Wert, für 102 Millionen bzw. 3.240 DM/qm, wurden 1991 vom neuen Berliner CDU/SPD-Senat 31.700 qm, ebenfalls am Potsdamer Platz, an Sony und für 12 Millionen bzw. 5.800 DM/qm 2.100 qm an der zentral gelegenen Kantstraße an eine Vermögensanlagen-Firma verschleudert. Ein französisch-britisches Konsortium hatte – vergeblich – 27 Millionen geboten, also knapp 12.900 DM/qm, mehr als doppelt so viel.

Gemeindeland in Erbpacht!

Der Senat einer hoch verschuldeten Gemeinde zahlt einen hohen Preis, um ein paar Arbeitsplätze an Land zu ziehen. Dabei entsteht auf diese Weise kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz in der Volkswirtschaft. Denn es ist völlig gleichgültig, ob diese Arbeitsplätze in Berlin, Brandenburg, Bayern oder Schleswig-Holstein entstehen, ganz abgesehen davon, daß jetzt viele Firmen affengeil darauf sind, sich hier im Zentrum des »europäischen Hauses« anzusiedeln. Dieser Standortvorteil wird von den Berliner PolitikerInnen nicht genutzt. Statt dessen konkurriert die Gemeinde mit anderen Gemeinden um die Gunst der Konzerne und verschenkt dafür ihren wertvollen Boden und damit eine sichere, ergiebige und wachsende Einnahmequelle.

Würden sich die Gemeinden jedoch darauf einigen, ihren Boden nur in Erbpacht nach dem längst vorhandenen Erbbaurecht zu vergeben, wie das schon einige Gemeinden in der Ex-DDR auf Initiative des Seminars für freiheitliche Ordnung (Bad Boll) hin beschlossen haben, dann könnten sie neben der Gewerbesteuer noch die Grundrente kassieren. In Berlin hat die Fraktion Bündnis '90 / Grüne (AL) / UFV einen vorbildlichen Antrag zum Erbbaurecht ins Abgeordnetenhaus eingebracht. Er wurde zwar von allen anderen Fraktionen unterstützt, jedoch verwässert und mit vielen Schlupflöchern für die Interessen der Kapitalgesellschaften versehen.

Den Bodenzins für die Mütter und Kinder!

Außerdem kommt dieses Vorhaben zu spät, die PolitikerInnen – auch die »Linken« und »Alternativen«, die mehr mit der Traufhöhe und der Veilchenbepflanzung am Potsdamer Platz beschäftigt waren – haben geschlafen: die Goldgruben sind bereits verramscht. Allein die Daimler- und Sony-»Filetstücke« am Potsdamer Platz hätte der Berliner Gemeinde mehr als 200 Millionen im Jahr an Pachtgeld einbringen können – in einem Jahr mehr als den Kaufpreis! Und eines Tages Milliarden. Davon könnten schon einige Kindertagesstätten, Abenteuerspielplätze, Jugendzentren, Kinderläden, Kinderkommunen und Freie Schulen mit den dazugehörigen Arbeitsplätzen finanziert oder ein zusätzliches Kindergeld, wie es der Anarchofeminist Silvio Gesell als Beitrag zur ökonomischen Befreiung der Mütter vorgeschlagen hatte, bezahlt werden.

Die Gemeinden könnten ihre Einnahmen noch erheblich aufstocken, wenn sie auch die Grundrenten privaten Bodens anzapfen könnten: durch eine Bodenwertsteuer, wie sie bereits Adam Smith und später Henry George und Adolf Damaschke gefordert haben und wie sie seit langem in Dänemark praktiziert wird (siehe Beitrag von Ricarda Buch auf Seite 13). In den alten Bundesländern betrug der private Bodenzins (laut Helmut Creutz) bereits 1986 rund 60 Milliarden DM, mehr als der Verteidigungsetat ausmacht. Eine hübsche Goldgrube!

Boden darf nur Gebrauchswert haben!

Die Einführung des Erbbaurechts und einer Bodenwertsteuer würde auch der Bodenspekulation entgegenwirken. Die SpekulantInnen haben es auf den Bodenwertzuwachs abgesehen. Der Wertzuwachs des gesamten privaten Bodens der alten BRD betrug bereits 1986 – in diesem einen Jahr! – 120 Milliarden DM (Creutz). Auch dieser unverdiente Gewinn könnte bei Verkauf des Bodens durch eine Bodenwertzuwachssteuer abgeschöpft werden.

Bei voller Abschöpfung der Grundrente durch eine Bodenwertsteuer würde erst gar kein Wertzuwachs entstehen. Dann würde der Preis des Bodens, weil ein nicht von Menschenhand geschaffenes Gut, auf Null fallen. Er hätte keinen »Tauschwert« mehr, nur noch »Gebrauchswert«. Er würde nicht mehr der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, sondern – wie es die Natur vorgesehen hat – nur noch als Arbeitsmittel, Wohnstatt und Lebensraum dienen.

Um auch in den Innenbezirken der Städte wieder leben zu können, müssen in Stadtteilen, die Milieuschutz verdienen (z.B. Berlin-Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Scheunenviertel), allerdings die Mieten für DurchschnittsbürgerInnen und Emmaläden erschwinglich sein. Dazu müßten dort die Pachtzinsen und Bodenwertsteuern ermäßigt werden mit der Auflage für die PächterInnen und GrundeigentümerInnen, die Mieten entsprechend niedrig zu halten und nur an Kleingewerbe zu vermieten. ●

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 40 23.09.24 19:56

INNENLEBEN VON ALTERNATIVEN PROJEKTEN

WOHNEN

Konfliktarbeit statt Gruppendepression

Konflikte sind menschlich und alltäglich. Wer kennt sie nicht – grade in alternativen Projekten! Doch es sind keine anderen Konflikte, nur werden sie durch typische Faktoren ausgelöst und wegen hohem Identifikationsgrad mit dem Projekt besonders intensiv erlebt. Seien das nun Wohnprojekte wie der Rote Ziegel (vgl. nebenstehende Reportage) oder HandwerkerInnenkollektive. Das ruft nach einem alternativen Umgang mit Konflikten. Nicht vorbeugen oder Konflikte vermeiden ist gefragt, sondern aktive Auseinandersetzung um gegenseitige Ansprüche und gemeinsame Perspektiven setzt den Lebensnerv des Projekts in Bewegung.

Einige Menschen haben es satt, zu leben mit der bloßen Vermutung, daß es bessere Formen menschlicher Gemeinschaft gibt.

(Rolf Niederhauser)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Christina v. Passavent/Stellwerk Aarau ● Immer wieder eindrücklich mitzuerleben: gute Leute, gute Ideen, mutige Projekte. Viel Engagement, Risikobereitschaft, beträchtliche finanzielle Einschränkungen. Kreative, unkonventionelle Gestaltungen – materiell und immateriell.

Konflikte und Enttäuschungen auch da schon. Einige Leute steigen aus. Bedauerlich vielleicht, aber auch richtig: nur wer wirklich mit allen Konsequenzen dabei sein will, hat eine Chance. Lieber frühe Trennungen als dauernde Blockierungen.

Begeisternde Starts dann. Vitalität und Energie. Feste. Bewunderung von denen, die die Ideen teilen, aber den Mut, vielleicht auch die Möglichkeiten nicht haben. Argwohn von den Neidischen. Besorgt beobachtet von all denen, die nahe stehen und doch diesen Schritt für unrealistisch halten.

Und dann leider allzuoft: Ernüchterung, Spaltungen, Konflikte bis zur Selbstzerstörung. Eingeholt vom Gewöhnlichen? Doch dieselben Machtprobleme? Dieselben Verlogenheiten? Dieselbe strukturelle und persönliche Gewalt wie überall?

Es stimmt, alternative Projekte, seien es nun Arbeits- oder Wohnprojekte, haben oft Konflikte, wie wir sie überall sehen. Wenigstens scheint es so. Dennoch glaube ich, daß oft eine andere Dynamik dahintersteht, und daß es auch ganz bestimmte, typische Faktoren gibt, die in alternativen Projekten als Konfliktpotential wirken.

Das besondere Erleben von Konflikten in alternativen Projekten

Wie gesagt – die Konflikte an sich sind gar nicht so besonders: Machtkämpfe, Streit um die Verteilung der verfügbaren Güter, Eifersucht, Probleme mit den Entscheidungsabläufen und schließlich der schwierige Punkt des Uebergangs von der Pioniersituation in einen konsolidierten, etablierten Zustand. Alles eigentlich sehr menschlich und alltäglich.

Besonders scheint mir allerdings die Art der Ausprägung und des Erlebens. Konflikte in alternativen Projekten nehmen oft sehr scharfe, für die Beteiligten existentiell bedrohende und verletzende Dimensionen an, werden mit unerbittlicher Härte ausgetragen. Es kommt zur Ausstoßung von Beteiligten und nicht selten zur Zerstörung des Projektes.

Wie ist diese besondere Heftigkeit zu erklären?

Ganz vordergründig scheint mir hier, daß an Alternativprojekten Beteiligte nicht nüchtern, sondern gewissermaßen mit Haut und Haar in ihren Projekten sind, sich stark mit ihnen identifizieren. Aussteigen aus konventionellen Bedingungen heißt immer auch gesellschaftliche Positionen aufgeben. Besonders in der Pionierphase gibt das alternative Projekt Identität.

Dazu gehört auch das Phänomen der Wertorientierung. Nicht Gefühle zählen, nicht Bedürfnisse, und oft zählen auch die Fakten wenig. Es geht um die Werte: politische, geistige, religiöse – je nach dem. Viele Projekte entspringen der Sehnsucht nach der »reinen Lehre«, nach einer Insel, vielleicht sogar einem kleinen Universum, das nach diesen Werten geordnet ist, in dem alle Beteiligten diese Werte teilen, hochhalten und in den Alltag umsetzen. Damit steht immer auch außerordentlich viel auf dem Spiel: das eigene Selbstverständnis, die eigenen Hoffnungen, das ganze persönliche Sein.

Ein zweiter Aspekt: Menschen, die alternative Projekte aufbauen, sind meist scharf denkende, eigenwillige Persönlichkeiten. Sie haben Visionen von anderen Verhältnissen und den Mut, dies auch zu leben. Persönlichkeiten also, die stark in der Abgrenzung, in der Alternative sind. Vermitteln, konsolidieren, Kompromisse eingehen, das Verbindende suchen ist nicht ihre Stärke. Und andersrum: Menschen, die diese Stärken haben, steigen selten aus den konventionellen Verhältnissen aus. Eher finden sie ihre Nischen. Das Zusammentreffen starker, visionärer und kreativer Persönlichkeiten kann fantastische Synergieeffekte ergeben. Die außerordentliche Heftigkeit und Schärfe von Auseinandersetzungen und Konflikten, die Unmöglichkeit zum Ausstieg aus der Eskalation aber gehört zu den Preisen, die allenfalls bezahlt werden müssen.

Drittens: Alternative Projekte sind bis heute in aller Regel mit großen materiellen Verzichten verbunden. Kleine Löhne, fehlende soziale Sicherheit, enge und unkomfortable räumliche Bedingungen sind fast die Regel. Dazu kommen manchmal geringe Mobilität (Projekte in abgelegenen Gegenden), eine mißtrauische bis feindliche Umgebung und andere Widerwärtigkeiten. Schlechte wirtschaftliche Bedingungen und große persönliche Abhängigkeit verschärfen soziale Probleme – das gilt hier wie anderswo. Wenn Auseinandersetzungen, welchen Inhaltes auch immer sie sein mögen, so unmittelbar an die Existenzbasis gehen, ist es außerordentlich schwierig, mit unterschiedlichen Werthaltungen und Meinungsverschiedenheiten, ja oft schon mit unterschiedlichen Verhaltensweisen souverän umzugehen.

Das besondere Konfliktpotential in alternativen Projekten

Wo nun liegen die besonderen Konfliktrisiken? Hier sehe ich in erster Linie die Gefahr, daß die Werteeichung, die am Anfang eines Projektes steht, oft zu abgehoben, zu sehr auch aus der Abgrenzung heraus erfolgt. Es entsteht eine Gefährtenschaft von Leuten, die gemeinsam Konventionen, Normen, bestimmte Lebensstile ablehnen. Die so entstandene Gruppe ist stark an der Peripherie, stark in der Gegnerschaft. Aber hat sie auch genügend Gemeinsames, genügend Kern? Ist intern genügend geklärt, genügend aufgebaut worden?

Diese Frage läßt sich leicht daran beantworten, wie die Gruppe mit den großen gesellschaftlichen Tabuthemen umgeht: mit dem Thema Macht, dem Thema Besitz und dem Thema Liebe. Da, wo Ganzheitlichkeit, Lebensqualität, politisches Bewußtsein angemahnt werden, geht es nicht ohne Klärung dieser Themen, die jeden Alltag mitprägen. Klärung kann hier allerdings nie als einmaliger Akt verstanden, nie in einem Dogma geregelt, sondern nur durch immer neue Bearbeitung erreicht werden.

Ein Phänomen beschäftigt mich besonders: die Tatsache, daß sich viele Projekte außerordentlich schwer tun mit dem Problemkreis Kompetenzen, Initiative und Autorität. Mit allen Mitteln wird versucht, Macht und Einfluß einzelner zu verhindern, wird Leitung – auch partielle – vermieden, werden Kompetenzen nicht zugesprochen. Besonders augenfällig ist dies in Projekten, die die Pionierphase hinter sich haben. Anstelle der Aufbruchsenergie tritt die Ohn-Macht – ganz wörtlich zu nehmen. Wer immer eine Idee hat wird zurückgepfiffen oder in komplizierten Entscheidungsverfahren lahmgelegt; wer immer herausragt wird zurückgestutzt.

Solche Projekte ziehen Leute an, die ihrerseits wenig profiliert sind, die sich eher den Ansprüchen des konventionellen Lebens entziehen als Neues aufbauen wollen. Aber gemeinsamer Frust und Vermeiden von Anforderungen und Positionierungen genügen nun mal nicht für ein vitales Projekt. Antriebslosigkeit, Langeweile, Kleinkriege und nicht selten auch ein materielles Fiasko sind die bedauerlichen Folgen solcher Nivellierungsprozesse. Es wundert nicht, daß die engagierteren und visionäreren Persönlichkeiten solchen Projekten den Rücken kehren.

Schließlich liegt ein großes Konfliktpotential aber auch in den oft unbefriedigenden materiellen und strukturellen Bedingungen vieler dieser Projekte. Bereits oben habe ich darauf hingewiesen, wie schwierig es oft ist, eine genügende Existenzbasis zu finden, wie widerwärtig die äußeren Umstände manchmal sind. Hilflosigkeit und Sisyphusgefühle verbreiten sich leicht. Weil sie aber gerade von sehnsüchtigen Menschen schlecht ertragen werden, liegt die Gefahr nahe, diese strukturellen Faktoren zu verkennen und auf die Ebene persönlicher Konflikte umzuleiten. Konstante Reibereien innerhalb der Gruppe, aber auch zerfressende Selbstvorwürfe einzelner und totale emotionale Ueberforderungen sind häufige Symptome dafür.

Was dazu kommt, ist die Tatsache, daß in solchen Situationen oft alle Energien durch die Alltagsbewältigung weggefressen werden. Das Visionäre bekommt keine Nahrung mehr, die geistige Arbeit geht verloren. Die daraus folgende Perspektivenlosigkeit kann in eine eigentliche Gruppendepression führen.

Vorbeugen? Was sonst?

Die Frage, wie Konflikte vermieden werden können, scheint mir zu kurz gedacht. Meine Frage lautet: wie könnte ein alternativer Umgang mit Konflikten aussehen? Wie ein Umgang mit Konflikten gefunden werden, der unserem Anspruch nach besseren Formen menschlicher Gemeinschaft gerechter wird?

Ich möchte diese Frage mit vier Thesen beantworten. Thesen, die nicht Dogmen sein sollen, sondern Anregung, Anstoß, Ermutigung, sich mit diesem alltäglichen und doch schwierigen Thema auseinanderzusetzen.

1. Unterschiede – verschiedene Einschätzungen, Werthaltungen, Meinungen, Verhaltensweisen – sind wichtig, Not-wendig.

Einen Unterschied machen, sich abheben vom Konventionellen – darauf beruhen alle alternativen Projekte. Unterschiede bedeuten Farbe, Konturen, Profil. Auseinandersetzung bedeutet Lebendigkeit, Entwicklung; sie ist Voraussetzung für Wachstum. Der Historiker J.R. von Salis hat kürzlich in einem Interview einen ketzerischen Gedanken formuliert: die Gefahr der Demokratie ist die Nivellierung.

Diese Gefahr gilt es zu bannen. Gemeinsamkeit ist nicht durch Verschmelzung, durch Gleichheit zu erreichen; sie setzt die Synergie individueller Profile voraus. Eigenverantwortung, Initiative und visionäre Entwürfe sind nicht kollektivierbar. Sie gilt es zu fördern, denn sie sind die Triebkräfte jedes Projektes und jeder Gemeinschaft.

Die bewußte, respektvolle Auseinandersetzung mit Unterschieden ist eine ausgezeichnete Basis, um auch schwierige Konflikte anzugehen.

2. Die Klärung der gesellschaftlichen Tabuthemen Macht / Liebe und Besitz muß geleistet werden.

Auch hier kann es nicht darum gehen, diese Themen wegzubeschwören, durch Nivellierung zu lösen. Vielmehr müssen die Interessenunterschiede nüchtern wahrgenommen und verhandelt werden. Es sind eigene, den Beteiligten entsprechende Definitionen zu schaffen und immer neu zu erwerben. Definitionen, die dann wohl auch das Besondere, Unverwechselbare gerade dieses Projektes faßbar machen.

Ein Thema sei hier noch erwähnt, das oft ebenfalls zum Tabuthema wird: die Aufnahme neuer Leute und die Trennung von alten Gefährtinnen und Gefährten. Klares Deklarieren der gegenseitigen Ansprüche und Hoffnungen ist eine wichtige Voraussetzung. Der Wunsch, mitzumachen resp. jemanden dabei zu haben, genügt meist nicht, wenn kein realer, für den Alltag verfügbarer Zuwachs an Potential damit verbunden ist. Wenn diese Auseinandersetzungen am Anfang schon nicht geführt werden können: wie sollen sie dann später fruchtbar möglich sein?

Ähnliches gilt für die Trennung: die Motive aller Beteiligten, allfällige Enttäuschungen und Unerledigtes müßten sichtbar und nachvollziehbar gemacht werden. Sich selbst und den andern klarer zu sehen, erleichtert die Entflechtung, auch wenn sie oft schmerzlich bleibt.

3. Die wirtschaftliche Basis eines Projektes muß stimmen – oder geplant und mit Energie gesucht werden.

Projekte können sich der wirtschaftlichen Realität nicht entziehen; im Gegenteil: sie müssen sich angesichts der wirtschaftlichen Realitäten bewußt positionieren. Der persönliche Lebensstandard der Beteiligten kann sehr verschieden geeicht werden. Aber in dem Rahmen muß die Existenz von einem bestimmten Zeitpunkt an gewährleistet sein, soll sich das Projekt nicht verzehren. Opfer, die nicht freiwillig geleistet und nicht auf Dauer ideell wirklich getragen werden, vergiften jede Gemeinschaft.

4. Kontinuierliche geistige Arbeit ist der Lebensnerv jedes alternativen Projektes.

Visionäres Denken darf nicht auf die Pionierphase beschränkt werden; gerade in späteren Phasen, im Alltag, in der Konsolidierung muß die Idee tragen und Maßstab bleiben. Schwere Konflikte gehen oft mit fehlender Perspektive einher; Perspektivenarbeit kann wesentliches zur Bewältigung von Konflikten beitragen. Es ist jedoch außerordentlich aufwendig, in einem schwierig gewordenen Alltag und in belasteten Beziehungen aus dem Stand an Visionen und Perspektiven heranzukommen. Zudem verlangt diese Art des Denkens auch Training und konstante Entwicklung. Geistige Arbeit ist daher unaufschiebbar. Als zentrale Nährquelle sollte sie ihren festen Platz in jeder Phase und in jeder Art von alternativen Projekten haben. ●

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 41 23.09.24 19:56

ZEHN JAHRE SELBSTBESTIMMT WOHNEN IN DER EIGENEN GENOSSENSCHAFT:

WOHNEN

Vom Kollektiv zur Troika

Vor zehn Jahren schien es unmöglich, ein eigenes Haus zu kaufen. Ohne Bank, dafür mit der Unterstützung vieler Leute konnte sich die Wohngenossenschaft »Dach« in Oensingen dann doch eigenen Lebensraum schaffen. Das ursprüngliche Kollektiv veränderte sich im Laufe der Zeit. Ein zweites Haus und mehrere Kinder kamen dazu, die Bedürfnisse veränderten sich. Die gemeinsame Diskussion wurde immer schwieriger und schließlich wurden drei BewohnerInnen beauftragt, überhaupt mal die laufenden Geschäfte zu erledigen. Eine Reportage über ein Wohnkollektiv mitten im Umbruch, über gegenseitige Ansprüche, Gestaltung des eigenen Lebensraums und Grenzen der Selbstverwaltung.

Peter Streiff, Netzwerk Schweiz ● Ein Herbstabend in der Szene- und Kollektivbeiz »Isebähnli« in Olten vor ein paar Monaten: Es ist noch früh, einige Gäste sind beim nachmittäglichen Kaffee wohl noch etwas sitzen geblieben, andere haben sich nach getaner Arbeit soeben ihr wohlverdientes Bier bestellt. Seit gut fünf Jahren wird das »Isebähnli« von einem Kollektiv geführt und hat sich in dieser Zeit zum beliebten Treffpunkt von Olten und Umgebung entwickelt. Zudem treffen sich hier immer mehr Leute gesamtschweizerischer Organisationen für ihre Sitzungen. Trotz Taktfahrplan bin ich deutlich vor den anderen; so habe ich noch Zeit, etwas zu essen.

Am anderen Ende des langen Tisches haben sich drei Maurer oder Dachdecker niedergelassen, die über bestimmte Steine fachsimpeln: »Der 'Rote Ziegel' ist wohl nicht mehr so stabil, wie immer gesagt wird.« Bald stutze ich, denn nun fallen Worte wie »ursprüngliche Konzepte«, »Hausgemeinschaft«, »schwierige Diskussionen« und »Supervision«. Mir wird klar, daß es sich hier nicht um irgendwelche Steine handelt, sondern daß die drei über unterschiedliche kollektive Wohnformen debattieren und daß mich der Name »Roter Ziegel« von Anfang an auf die richtige Fährte hätte locken können. Die bekannte Hausgemeinschaft in Oensingen sorgt offenbar im benachbarten Olten wieder mal für Gesprächsstoff.

Mit dem Schnellzug von Zürich nach Genf nur eine Viertelstunde von Olten entfernt, liegt das 4000 EinwohnerInnen zählende Dorf Oensingen am Ausgang der Klus, einer jener markanten und engen Einschnitte in die Jurahügel, die die solothurnische Landschaft prägen. Vom etwas außerhalb gelegenen Bahnhof sind es nochmals etwa zwanzig Minuten zu Fuß, links am Dorf vorbei bis zum »Roten Ziegel« in der äußeren Klus. Nur wenige Wohnhäuser, meist zwei- oder dreigeschossig und einige Gewerbebetriebe säumen die Straße.

Nun sind wir also angekommen: Trotz der Beschreibung von Pitsch, der mich mitgenommen hat, überrascht mich die Größe des Hauses. Durch einen Kiesplatz von der Straße getrennt, erstrecken sich drei aneinandergebaute Hausteile, wovon jeder für sich bereits respektable Wohnflächen verspricht.

Supervision als Entscheidungshilfe

Die paar Treppenstufen hoch und zur Haustüre rein: Schon stehen wir im gemeinsamen Wohnraum, der offenbar für verschiedene Zwecke benutzt wird. Neben großem Tisch und breiter Liege fallen jetzt die ausgiebig beschrifteten Packpapierstreifen auf, die beinahe zwei Wände bedecken. Sie hängen erst seit kurzer Zeit und wurden während eines Diskussionstages mit Supervision kreuz und quer beschrieben, an der mit Ausnahme eines Hausbewohners alle beteiligt waren. Frust und Wunsch zum gemeinsamen Wohnen sind hier dicht nebeneinander notiert. Pitsch ist froh, daß sich nach langer Unentschlossenheit und faktischer Handlungsunfähigkeit endlich wieder etwas bewegt im »Roten Ziegel«. Doch mußte dafür in einigen Köpfen erst das Dogma von »wir-können-ja-alles-selbst« beiseite geräumt werden, damit Supervision überhaupt möglich wurde.

Ich erinnere mich an den ersten telefonischen Kontakt, als noch nicht feststand, daß diese Reportage über Grenzen des selbstbestimmten Wohnens den »Roten Ziegel« zum Inhalt haben würde: Wie Oli mir damals erläuterte, seien sie alles andere als vorbereitet und schon gar nicht alle gleicher Meinung, was zentrale Fragen des Zusammenlebens angehe. Vieles habe sich seit längerer Zeit bei einzelnen Leuten angesammelt und sei nicht ausdiskutiert oder entschieden worden. Mein Einwand, gerade in Situationen, wo Konflikte offen ausbrechen, sei ein vertiefter Einblick für den Schreibenden zwar schwierig und aufwendig aber interessant, stieß auf offene Ohren. Daß von der Genossenschaft »Dach« als übergeordneter Rechtskörperschaft seit zwei Jahren keine Versammlung mehr durchgeführt wurde, kann als Symptom bezeichnet werden für ungelöste Probleme, persönliche Spannungen, ungeklärte Beziehungen und verschiedene Ansprüche zwischen den fünf Frauen, sechs Männern und neun Kindern. In letzter Zeit seien dadurch gemeinsame Entscheide sozusagen verunmöglicht worden, ergänzt Oli.

Der »Rote Ziegel« mit Garten — Fotos: Hausgemeinschaft »Roter Ziegel«

Farbenfohes Zusammenleben

Gemeinsame Selbsthilfe als Antrieb

Einige Leute leben hier schon seit Jahren in verschiedenen Zusammensetzungen und mit sich wandelnden Wohnformen. Anfangs hatten sie sich »mit der betrüblichen Gemeinsamkeit« gefunden, »kein befriedigendes Dach über dem Kopf zu haben«. Die erfreuliche Gemeinsamkeit der ähnlichen politischen Aktivitäten hat das Ihre dazu beigetragen, daß »rot« als Teil des Hausnamens gewählt wurde. Aus der oben zitierten, älteren Finanzbeschaffungsbroschüre mit dem Titel »Wohnen – selbstbestimmt« entnehme ich als Ausgangslage die folgenden Sätze: »Was sollten wir tun? Ein Haus mieten? Kein Vermieter würde sich finden, der ein derart großes Haus für ein derart subversives Projekt zu einem derart günstigen Preis vermieten würde! Ein Haus besetzen? Dazu waren sowohl wir wie auch die Umgebung zu provinziell!

Also ein Haus kaufen? Welch ein übermütiger Gedanke für ein paar arme Schlucker wie wir! Trotzdem begannen wir uns mit dem Gedanken anzufreunden und informierten uns anhand von ähnlichen bestehenden Projekten.«

Im Oktober 1981 wurde die gedankliche Grenze der finanziellen Knappheit überwunden und die Wohngenossenschaft »Dach« mit folgendem Zweck gegründet: »...für ihre Mitglieder, vor allem für Wohngemeinschaften und Familien mit Kindern, in gemeinsamer Selbsthilfe günstigen Wohnraum zu erwerben oder zu erstellen und dauernd der Spekulation zu entziehen.« Knapp ein Jahr später konnten die 24 Zimmer unter den roten Ziegeln dank privater Darlehen für 130.000 Franken gekauft werden, obwohl das Projekt für keine Bank vertrauenswürdig genug war.

Zurück zum Besuch und meinem mittlerweile entstandenen Begriffsdurcheinander, das mir Oli zu entwirren versucht: »Innerhalb der Wohngenossenschaft 'Dach' gibt es zwei Hausgemeinschaften, denn nach dem 'Roten Ziegel' in Oensingen konnte sechs Jahre später ein Haus in Olten dazu gekauft werden. Die Hausgemeinschaften verwalten ihren Wohnraum grundsätzlich selbst und zwar sowohl finanziell wie auch in bezug auf die MitbewohnerInnen und die Wohnraumgestaltung.« Was bereits im Zweckartikel der Genossenschaftstatuten mit »gemeinsamer Selbsthilfe« bezeichnet wurde, sollte sich wenn immer möglich nicht nur auf den gemeinsamen Hausbesitz und die Benutzung und Verwaltung des Wohnraums beschränken, sondern auch andere Bereiche miteinbeziehen.

Um sich gemeinsam der Spirale von »mehr arbeiten/mehr Geld verdienen/mehr Steuern zahlen« entziehen zu können, wurde die Firma »Malocco« gegründet, deren laufende Geschäfte von Oli bearbeitet werden. Sie tritt als Arbeitgeberin für all die BewohnerInnen auf, die am Umbau des Hauses mithelfen. Statt die geleisteteten Arbeitsstunden nun auszuzahlen, können damit Anteilscheine der Genossenschaft »Dach« gezeichnet werden, allerdings ohne daß davon Zinsen ausbezahlt werden. Am erhöhten Wert der Liegenschaft werden die BewohnerInnen langfristig beteiligt, indem die Mieten nach Umbauten nicht zu steigen brauchen und heute deutlich billiger sind als vergleichbare Wohnmöglichkeiten in der Umgebung. Außerdem spielt »Malocco« auch die Rolle einer Arbeitsvermittlung für temporäre Jobs, was sich für einzelne BewohnerInnen zu einträglichen Nebenbeschäftigungen entwickelt hat.

Im weiteren Verlauf der Gesprächsrunde am Küchentisch in Oensingen erfahre ich, wie sich gemeinsame Selbsthilfe im Bereich der Kindererziehung entwickelt hat: Von Anfang an war klar, daß alle erwachsenen Personen im Haus den gleichen Mietzins zu zahlen haben, somit also auch die Kinder von allen zu gleichen Teilen mitfinanziert werden. Anzumerken gilt, daß im Mietzins neben Kapital- und Umbaukosten auch Energie- und Essenskosten enthalten sind. Zwischenzeitlich war sogar eine Person speziell für Kindererziehung und -betreuung angestellt. Mittlerweile hat sich die Kinderzahl auf neun erhöht und sind insgesamt fünf Küchen entstanden. Somit spielt sich der Alltag für die Kinder viel enger mit ihren direkten Bezugspersonen ab. Die Gründe dieser Veränderung vom großen Kollektiv in mehrere Kleingruppen lassen sich von keinem/keiner Beteiligten genau nachzeichnen oder sind für jeden/jede wieder verschieden.

Undiskutierte Veränderungen bis zum Konflikt

Mit verschiedenen Umbauschritten, Erweiterung der Wohngruppe, Veränderung der persönlichen Beziehungen, gesteigertem Platzbedarf bei zusätzlichen Kindern spielen so viele Faktoren mit, daß es wohl für keinen einzelnen Veränderungsschritt nur eine Begründung gibt. Im Verlaufe des letzten Jahres begann sich die bereits zu Anfang angesprochene Handlungsunfähigkeit zu manifestieren: Gemeinsame Beschlüsse wurden nicht beachtet und eingehalten oder waren schlicht wirkungslos. Ob ein einzelner Konflikt Ursache dafür war, läßt sich wohl nicht wertfrei feststellen. Als Besucher merke ich deutlich, wie schwierig und emotionell belastend es für die Beteiligten immer noch ist, darüber zu reden: Tatsache war, daß drei BewohnerInnen mit ihren Kindern ultimativ Anspruch auf einen bestimmten Hausteil aussprachen, der nur mit Umzug der bisher dort Wohnenden zu befriedigen wäre. Nach verschiedenartigen Diskussionen zeichnete sich aber keine oder keine sofortige und befriedigende Lösung des Konflikts ab. Außerdem begannen gegenseitiges Vertrauen und wohl auch Anerkennung zu schwinden. Schlußendlich gab's für die verbleibenden BewohnerInnen keine andere Lösung, als einem Mann und einer Frau zu kündigen.

Zu erwähnen bleibt, daß dieser Entscheid an einem Tag mit Supervision gefaßt wurde. Dies wiederum führte zur absichtlich überspitzt formulierten Aussage eines Bewohners gegenüber außenstehenden Bekannten aus Olten, »daß im 'Roten Ziegel' nur noch mit Supervision entschieden wird«. Die Verbüffung seiner ZuhörerInnen war ihm sicher. Ich erinnere mich an die drei vermeintlichen Maurer am Beizentisch in Olten, deren Gesprächsthema die neuesten Veränderungen in der Oensinger Hausgemeinschaft war. Daraufhin ergänzen meine GesprächspartnerInnen, daß ein Bild, das sich Aussenstehende vom »Roten Ziegel« machten, in seiner Wirkung auf die BewohnerInnen nicht zu unterschätzen sei. Ähnliche, vielfach ideologiebehaftete Bilder haben sie sich wohl selber gemacht und erst beim Konflikt bemerkt, wie die Realität nicht mehr ihrem eigenen Bild entsprach.

Troika übernimmt Kompetenzen

Wie schon erwähnt, verhinderte die Vorstellung, daß alles selbst geregelt werden kann, die notwenige Klärung der hinausgeschobenen Fragen und Entscheide. So erklärten sich vor einigen Monaten zwei Männer und eine Frau im Rahmen einer Notstandsmaßnahme bereit, die anstehenden Probleme anzugehen. Diese als »Troika« bezeichnete Gruppe verfügt über einige Kompetenzen, die bisher klar im Bereich der kollektiven Haussitzung lagen: So zum Beispiel die Ausarbeitung eines Vorschlags zur Neufestsetzung des Mietzinses, da möglicherweise doch abgestufte Mieten eingefihrt werden, sowie die Vorbereitung eines Hausfestes zum zehnjährigen Jubiläum des »Roten Ziegel«.

Daß es den Leuten im »Roten Ziegel« nicht an einer gesunden Portion Selbstironie, verbunden mit dem Bewußtsein als Subjekt der Geschichte zu leben, fehlt, zeigt die durchaus überzeugende Parallele: In ihrer Hausgemeinschaft hätten sich die Dinge entwickelt wie in der sich auflösenden Sowjetunion. Trotz Perestroika im Kollektiv und der Entwicklung zu einzelnen Wohngruppen (sprich Unions-Republiken) wird nach einigem Durcheinander der jetzige Zusammenhalt untereinander und die gemeinsame Zukunft nicht bezweifelt. Somit würde zur Vollendung der Parallelen in der GUS nur noch die organisierende Troika fehlen!

Konkret höre ich von einigen meiner GesprächspartnerInnen, daß sich in letzter Zeit zwar vieles auseinandergelebt habe und die Wohnräume voneinander getrennter seien als auch schon, aber daß Hoffnung bestehe, auf spontane Art wieder zusammenzufinden. Wird da die geplante rituelle Beerdigung des »Roten Ziegel« den Anfang machen?

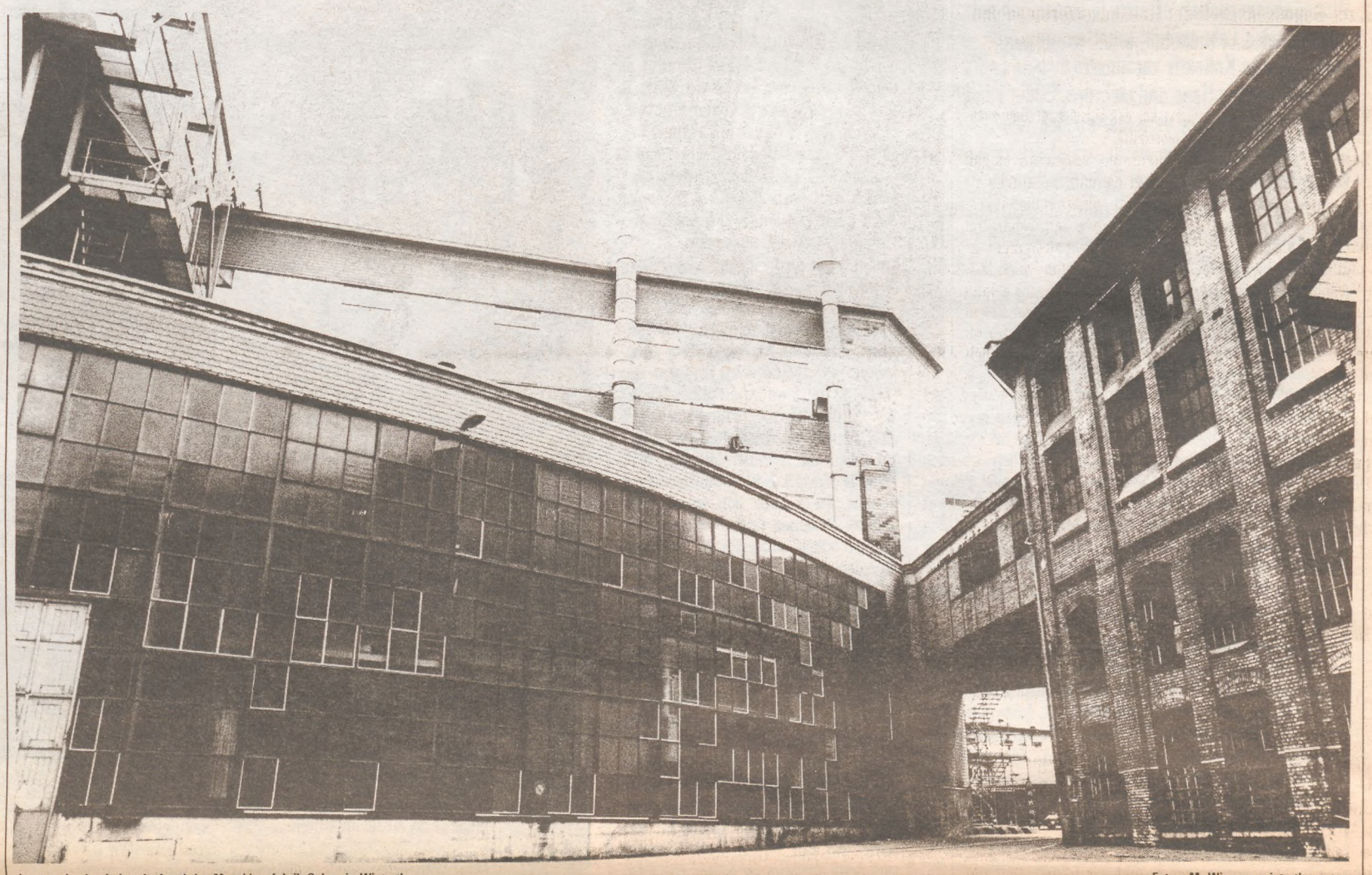
Der Schluss dieser Geschichte kann leider nicht in der Szenebeiz »Isebähnli« in Olten stattfinden, da sie momentan geschlossen ist. Vielleicht wäre diese Geschichte gar nie aufgeschrieben worden, wenn es den gemütlichen Treffpunkt zum Reden weiterhin gegeben hätte. Aus Oltens Gerüchteküche ist jedenfalls zu vernehmen, daß das »Isebähnli« ab Februar wieder abends geöffnet sein wird. ●

BEVORSTEHENDE UMNUTZUNG VON INDUSTRIEAREALEN:

WOHNEN

Neue Entwicklungsmöglichkeiten dank matriarchalem Umbau

Mit dem Zuendegehen der industriellen Produktion in vielen Städten (der Schweiz) stellt sich die Frage nach einer neuen Nutzung der zentralen Standorte. Die offiziellen Planungen wollen in erster Priorität viel Fläche für Dienstleistungsfirmen und nur wenige Wohnungen. Die Bevölkerung soll dazu möglichst nichts zu sagen haben. Doch es regt sich Widerstand: Wir erläutern basisnahe Beispiele aus Schweizer Städten und stellen die Idee eines matriarchalen Umbaus von Ex-Industriearealen vor.



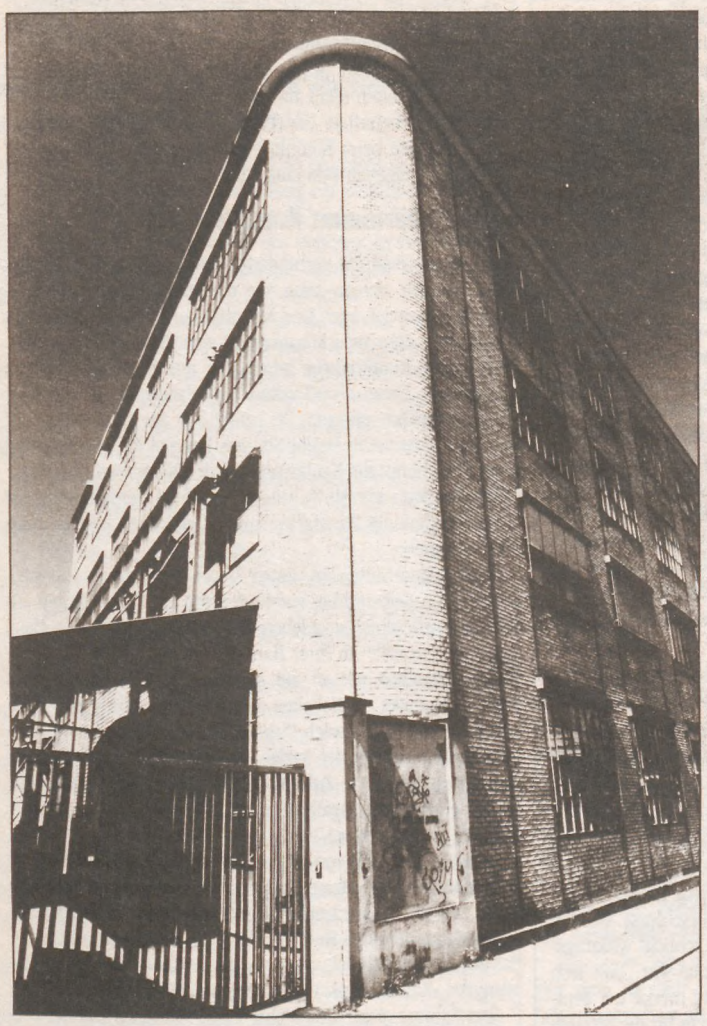
Leerwerdendes Industrie-Areal der Maschinenfabrik Sulzer in Winterthur

Fotos: M. Wiesner, winterthurer az

Peter Streiff, Netzwerk Schweiz ● Viele unserer Städte erhielten ihre auch heute noch erkennbare Struktur im Verlaufe des letzten Jahrhunderts. Die expandierenden Firmen der beginnenden Industrialisierung bauten ihre Fabriken in der Nähe des historischen Stadtkerns und brauchten Platz. Mit der Wegrationalisierung und teilweisen Umstrukturierung von Arbeitsplätzen aus dem industriellen in den Dienstleistungssektor werden alte Werkbänke und ganze Montagehallen nicht mehr benötigt.

Es stellt sich somit vielerorts die Frage, wie solch leer werdende Stadtteile zukünftig genutzt werden sollen. Die offiziellen planerischen Vorschläge stammen scheinbar immer noch aus Träumen von ach so attraktiven Dienstleistungsunternehmen in aufstrebenden Neben-Citys. Dies ist zwar barer Unsinn angesichts der gut einer Million Quadratmeter Bürofläche im Raum Zürich, die leer steht, wird aber wegen der steigenden Bodenpreise noch eine Weile in den Köpfen der Liegenschaftenverwalter von Großfirmen herumspuken.

Was fehlt sowohl bei behördlichen wie auch bei privaten Planern (es gibt kaum Planerinnen) sind städtebauliche Konzepte. Dies hat der Schriftsteller und Architekt Max Frisch bereits 1955 festgestellt und gleichzeitig einen Mangel an gesellschaftlichen Ideen erkannt: »Kann man denn planen, wie heute vielerorts geplant wird, nämlich 'unpolitisch'? Städte werden immer für eine Gesellschaft gebaut, die es gibt oder die es geben soll; Planung ohne politisches Ziel gleicht einem Schneider, der Maßanzüge anfertigt, ohne zu wissen, wer sie tragen soll.« (1) Die Kunsthistorikerin Petra Hagen stellt außerdem den städtebaukritischen Ansatz von Frisch in den gesellschaftlichen Zusammenhang und bemerkt zu Frischs Projekt einer Musterstadt, das damals für Aufregung sorgte: »Die Idee, eine Musterstadt zu bauen, ist also nicht ein reiner Architektentraum, sondern sie beruht in erster Linie auf der Frage, ob es



in der Schweiz überhaupt eine Idee oder ein Konzeption gibt, wie die Nation ihre Zukunft planen will, ja, ob es überhaupt so etwas wie eine schweizerische Lebensart gibt.« Bemerkenswert ist wohl, daß Frischs Forderung nach einem 'politischen Städtebau' heute erneut aktuell ist.

An konkreten Beispielen fehlt es nicht in der Schweiz: Baden, Zürich, Biel, Winterthur, um nur einige zu nennen. Spürbar von der Arbeitsplatzreduktion in der Industrie betroffen ist die Kleinstadt Baden. Von 8.500 Arbeitsplätzen (1989) wurden innert eines Jahres 4.600 wegsaniert bei insgesamt 16.000 Arbeitsplätzen in Baden. Auf rund 30 Hektaren, was ungefähr 35 Fußballfeldern entspricht, ist unklar, wie die zukünftige Nutzung aussehen soll. Die Beteuerung der notorisch rechtskonservativen Stadtbehörden, die große Chance für Baden im Sinne der Bevölkerung zu nutzen, wird vom kürzlich gegründeten Verein »BadeNORDstadt« nicht geglaubt. Dies insbesondere, nachdem bekannt wurde, daß lediglich ein Wohnanteilvon 30 bis 40% geplant ist. Der Verein bezweckt, »den Einbezug der breiten Öffentlichkeit in eine demokratische Stadtentwicklung Badens zu fördern. Dazu veranstaltet er regelmäßig Informationsveranstaltungen und sorgt dafür, daß alle Ideen zur Stadtentwicklung in die Diskussionen eingebracht werden können.«

In Zürich hat Widerstand gegen die Stadtzerstörung eine lange Tradition. Ob mit Hausbesetzungen in den bahnhofsnahen Quartieren (wie momentan die 'Wohlgroth') gegen die wuchernde Bürocity und für selbstbestimmten Lebensraum protestiert wird oder in Volksabstimmungen gegen den Größenwahn der HB-Südwest-Bahnhofsüberdacher argumentiert wird: Das Ziel einer wohnlichen und menschengerechten Stadt bleibt das gleiche.

Biel: Neue Stadtpolitik gefordert

Die anfänglich angeführten Grundsatzüberlegungen von Frisch werden in der ehemaligen Uhrenstadt Biel im Zusammenhang mit dem zentral gelegenen Gaswerkareal (80.000qm) wieder aufgegriffen. Zur Analyse der Stadtentwicklung schreibt die Gruppierung »Öko-City 2001«:

»Tatsache ist, daß die meisten Städte (der Industrienationen) bevölkerungsmäßig schrumpfen oder zumindest stagnieren. Schrumpfung und Stagnation bedeuten, daß weniger Geld für öffentliche Angelegenheiten zur Verfügung gestellt werden. Es herrscht Mängelverwaltung (sehr gut im städtischen Wohnungswesen zu beobachten) und trotzdem wird an der traditionellen Wachstumspolitik festgehalten. 'Harte' Standortfaktoren (Autobahnbau) werden weiter gefördert, obwohl 'weiche' Faktoren wie unverbrauchte Landschaft, städtisches Ambiente und Kulturangebot für moderne Industrien bedeutender sind.«

Daraus wird direkt die politische Folgerung gezogen, wonach Stadtplanung zur »sozialen Entwicklungsplanung« werden soll, »die mehr leisten muß als Infrastrukturen und Bauten zu entwerfen. Will man dem allenthalben prognostizierten Gespenst der Zwei-Drittel-Gesellschaft von gut qualifizierten Beschäftigten und dauerhaft Arbeitslosen entgehen, so muß eine neue Stadtpolitik gefunden werden.«

In letzter Zeit wurde in Biel das Gaswerkareal als Parkplatz und Kulturort (AJZ) genutzt. Laut Öko-City 2001 soll die bevorstehende Nutzung zum Drehpunkt dieser neuen Stadtentwicklung werden, und zwar nicht als 'Heilewelt-Tankstelle' sondern als Motor für eine langfristige und bewußte Neustrukturierung der ganzen Stadt.

Volksinitiative in Winterthur

Ein ähnliches Bekenntnis zu einer basisdemokratischen und von der betroffenen Bevölkerung mitbestimmten Stadtentwicklung würden wohl auch viele Leute in Winterthur unterstützen. Inmitten der traditionellen ArbeiterInnenstadt wird das Industrieareal der Maschinenfabrik Sulzer (etwa gleich groß wie die gesamte Altstadt, ca. 14 Hektaren) leer, da die Produktion drastisch reduziert wird und neue Bürobauten am Stadtrand entstehen. Die von der Stadtverwaltung gepriesene, offene Planung entpuppt sich immer mehr als reine Imagewerbung für die Anliegen der Grundbesitzer. Als erstes sollen (Dienstleistungs-)Arbeitsplätze angesiedelt werden, und obwohl von einer aktiven Wohnungspolitik die Rede ist, wird ein Wohnanteil von lediglich 20% vorgeschlagen.

Schon früh haben sich in Winterthur einige oppositionelle Leute zusammengefunden, die mit eigenen Forderungen den Planungsprozeß beeinflussen wollten. Mit ihrer Volksinitiative für einen öffentlichen Gestaltungsplan, der mindestens 700 meist große Wohnungen vorsieht, wird auf politischer Ebene gegenüber den Stadtbehörden und den Grundeigentümern Druck aufgesetzt. Zudem gibt es gerade in Winterthur neue und erfolgreiche Beispiele, wo genossenschaftliche und ökologische Bauweise mit aktiver Beteiligung der BewohnerInnen realisiert wurde.

Frauengerechte Stadtplanung

An der von Männern dominierten Planung in Winterthur wurde bisher schon deutlich, was auch die deutsche Verkehrsplanerin Petra Rau (Berlin) im 'MieterMagazin' kritisierte: »Der Frauenalltag spielt in den Köpfen der Planer keine Rolle. Die vielfältigen Funktionen einer Stadt sind getrennt – nicht die vielfältige Kombination, das Nebeneinander verschiedener Aktivitäten, bestimmt ihren Aufbau, sondern das Nacheinander.« Grundsätzlich fordert sie frauengerechte und damit auch menschengerechte Stadtplanung und will dabei die spezifische Betroffenheit einzelner BewohnerInnen maßgeblich miteinbeziehen.

Trennung aufgeben

Noch etwas weiter ausgeholt sei stellvertretend für andere Frauen Carola Meier-Seethaler und ihr Buch »Ursprünge und Befreiungen« erwähnt (2). Ihre radikale Kritik an der Entwicklung unserer Gesellschaft beleuchtet aus feministischer Sicht die Rolle des patriarchalen Mannes mit seinem Streben nach Profilierung und Herausstellung des Besonderen. Die damit verbundene Trennung von gesellschaftlich anerkannter (Lohn-)arbeit und lebenserhaltender Beziehungs- und Hausarbeit soll laut Meier-Seethaler aufgegeben werden: »Dies ist aber nur zu verwirklichen, wenn künftig jeder erwachsene Mensch an beiden Sektoren der menschlichen Arbeit in vergleichbarem Maß teilnimmt.« Wir würden uns somit weniger einseitig auf technische Innovationen spezialisieren, sondern vielmehr auf das lange vernachlässigte Gebiet der sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Erneuerung. (vgl. Sapperlot 2/90)

Matriarchaler Umbau

Diese Gedanken hat der Schweizer Autor P.M. (3) aufgegriffen und fordert in einem seiner Texte einen matrarchalen Umbau von Ex-Industriearealen. Er stellt sich Lebensgemeinschaften (Foyers) von ungefähr 500 Personen vor, »die allein ganzheitliche Lebenserhaltungsstrukturen gewährleisten können, also die 'ausgelagerten' Männer in den Haushalt zurückholen. Ein solches Foyer wäre sozusagen ein all-round-Dienstleistungsbetrieb, dessen 'Produkt' das Leben seiner Beteiligten wäre.« Selbstverständlich würden zwischen diesen Gemeinschaften enge Tauschbeziehungen bestehen, was Dienste und Güter betrifft, denn es soll nicht um die Zurücknahme der Arbeitsteilung gehen, sondern um ihre bessere Integration ins Lebensganze.

Detailliertere Überlegungen zu Struktur und Organisation finden sich im Buch »Olten – alles aussteigen!« (vgl. auch CONTRASTE 1/92).

Zur Problematik, daß der Vorschlag für einen matriarchalen Umbau aus der Feder eines Mannes und nicht einer Frau stammt, meint P.M.: »Industrieareale als Höhepunkte, Symbole und Schandmale patriarchalen Wirkens könnten Nischen werden, in denen sich das Neue entwickelt. Das heißt nicht, daß wir Männer den Frauen nun einfach das Aufräumen unseres Drecks überlassen wollen. Matriarchale oder matrilokale Umbauten sind im Gegenteil auch männliche Anliegen, denn auch wir suchen neue Entfaltungsmöglichkeiten. Sicher aber muß es so sein, daß Frauen aus allen Lebensbereichen an solchen Projekten maßgebend beteiligt werden müssen. Ich könnte mir vorstellen, daß wir eine Art Anti-Planungs-Forum mit Hausfrauen, Ethnologinnen, Architektinnen, Krankenschwestern, Ökonominnen, Bäuerinnen und anderen Expertinnen aufbauen könnten, das theoretisch und praktisch Einfluß nimmt auf die Neu-Gestaltung der Industrieareale. Ich glaube, wir haben das Know Why – nun brauchen wir noch das Know How!« ●

Legende:

(1) **Max Frisch** zitiert in: »Städtebau im Kreuzverhör«, **Petra Hagen**, 1986, LIT Verlag Baden(Schweiz).

(2) »Ursprünge und Befreiungen, eine dissidente Kulturtheorie«, **Carola Meier-Seethaler**, 1989, Arche Verlag, 2. Auflage.

(3) »bolo'bolo«, »Olten – alles aussteigen! für eine Welt ohne Schweiz«, **P.M. und Freunde**, 1990, Paranoia City Verlag, Anwandstr. 28, 8004 Zürich.

LUISENSTADT GENOSSENSCHAFT E.G., BERLIN

WOHNEN

Trotz Hauptstadtboom die Kiezidylle?

Die Leute haben den Kiez trocken gewohnt, jetzt werden sie an den Stadtrand vertrieben. Interview mit Gertrud Trisolini von der Luisenstadt e.G. zur Genossenschaft der HausbesetzerInnen und zur Situation auf dem Kreuzberger Wohnungsmarkt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

CONTRASTE: Gertrud, du arbeitest bei der Luisenstadt Genossenschaft. Was ist das für eine Genossenschaft?

Gertrud: Zunächst zur Entstehung und Geschichte: Es gab hier 1981 die Hausbesetzerbewegung, die damals »Enteignet« auf die Transparente schrieb und meinte, dadurch diesen verfallenen Stadtteil wieder zum Leben zu erwecken. Nach drei Jahren Besetzung erkannten wir jedoch, daß wir zu wenige waren und Enteignung so nicht durchsetzen konnten. Nach langen Verhandlungen über einen Blockzusammenhang gelang es uns, 13 Häuser in Erbpacht zu übernehmen, d.h. der Grund und Boden gehört dem Land Berlin und das Haus wird für 60 Jahre gekauft. Die Kaufdauer ist Verhandlungssache. Üblich sind Verträge zwischen 15-30 Jahren. Aufgrund unserer Verhandlungspower haben wir 60 Jahre herausgeschlagen und sind nun für diesen Zeitraum EigentümerInnen der Häuser, aber nicht des Grund und Bodens.

Habt ihr die Häuser instandgesetzt?

Die Verhandlungen liefen auf die Zusammenarbeit mit einem Sanierungsträger hinaus. Der hieß »Stattbau« und sollte nach den Vorstellungen der BewohnerInnen sanieren und die Privatisierung an die BewohnerInnen organisieren. Das ist mit dem Erbbaumodell gelungen. Das Erbbaumodell verhindert Privateigentum und ist eine preisgünstige Möglichkeit die Kapitalzinsen betreffend.

Ihr zahlt statt Miete Erbbauzins?

Unser Prinzip ist das der Bewirtschaftungskostenmiete, d.h. jedes Haus muß die anfallenden Kosten tragen. Wenn eine Gruppe z.B. sehr viel Wasser verbraucht oder Müll produziert, werden die Kosten als Miete errechnet.

Die Genossenschaft hat nicht nur 13 Häuser in Erbpacht, sondern auch gekaufte Häuser. Wir haben beschlossen, daß alle Häuser, die von Anfang an dabei waren, die Kapitalzinsen in einen Topf werfen und so die Kapitalzinsen umverteilt werden. Wir verwalten 13.000 qm und haben einen gemeinsamen Topf für Zinsen. Der Wert beträgt z.Z. 1,45 DM/qm. Mein Wohnhaus mußte gekauft werden und wir hätten 2,40 DM Zins und Tilgung/qm zahlen müssen. Durch die »Umverteilung« zahlen wir alle 1,45 DM/qm. Für die Zinsen kann die einzelne Gruppe nichts. Wir haben diese Ungerechtigkeit durch »Umverteilung« gelöst. Auf die Kapitalzinsen werden die individuellen verbrauchsabhängigen Bewirtschaftungskosten aufgeschlagen.

Wie funktioniert die Kommunikation zwischen den einzelnen Häusern und inwieweit bestimmen sie autonom über Ausbau und Nutzung?

Fast alle Gruppen gründeten Hausvereine, setzten die Häuser instand und rechneten wie normale Firmen den individuellen Ausbau ab. Wenn z.B. ein Haus eine schicke Dachterrasse wollte, konnte das von der ganzen Gruppe abgearbeitet werden. Jede Gruppe hat ihren individuellen Standard selbst festgelegt. Es gab aber bei »Stattbau« einen Mindeststandard, der Doppelfenster, Zentralheizung und Bäder umfaßte und zu sozial verträglichen Mieten erstellt wurde. Die Hausvereine wählten ArchitektInnen ihres Vertrauens und erstellten gemeinsam ein Hauskonzept. Ein Verein hat eine gut funktionierende Großküche für 40 Personen. Alle anderen Gruppen teilen sich mindestens zwei Küchen, manche haben eine Küche pro Etage. Zu Beginn der Besetzungen vor 11 Jahren waren wir 20 Personen. Jetzt sind die Leute über 30 und gründen teilweise Familien.

»Wir bestimmen den Wohnzusammenhang selbst«

Teilweise wollen sie nicht mehr in beliebigen Großgruppen leben, sondern im Freundeskreis. Manche brauchen Ruhe, da sie in einen anstrengenden Arbeitsprozeß eingespannt sind. Der Wunsch, in etwas kleineren Einheiten zu wohnen, ist deshalb verständlich. Trotzdem bestimmen wir den Wohnzusammenhang selbst. Die Urzelle jedes Hauses ist das Hausplenum. Da wird besprochen und beschlossen, was gemacht werden muß. Übergreifend gibt's in der Genossenschaft den Aufsichtsrat. Der trifft sich einmal im Monat und hat eine Tagesordnung, die vorher bekannt gegeben wird. Da treffen sich die gewählten Vertrauenspersonen aus allen Häusern und besprechen, was alle betrifft, z.B. die Miete. Schwierigkeiten werden dort besprochen, so daß der Aufsichtsrat auch als Schlichtungsstelle auftritt. Die Wohnraumknappheit macht sich auch in der Genossenschaft bemerkbar. Wenn Leute ausziehen wollen, finden sie nichts, so daß die Leute immer mehr zusammenrücken müssen. Das schafft Probleme. Daneben treffen wir uns einmal im Jahr zu einer Generalversammlung. Dort erklärt der Vorstand die Bilanz. Nach dreijährigen Verhandlungen konnten wir jetzt erst durchsetzen, auch alle Häuser zu bekommen. Im Dezember 91 wurden die Verträge unterschrieben. Weitere Häuser sind dazu gekommen, die wir verwalten sollen. Es handelt sich entweder um das Erbpachtmodell oder um Kauf. »Stattbau« saniert die Häuser, übergibt sie uns in Erbpacht oder die Genossenschaft kauft Häuser mit einer gut funktionierenden MieterInnengemeinschaft. Beim Erwerb weiterer Häuser müssen alle trotz bestehender Mietpreisbindung freiwillig mehr Miete zahlen. Bei den mietpreisgebundenen Häusern liegt die Miete zur Zeit bei ca. 3 DM. Für die MieterInnen bedeutet der Kauf mindestens eine Verdoppelung des Mietpreises, weil sonst der Kapitalzins nicht gezahlt werden kann. Außerdem haben wir jetzt noch ein Haus von der Stiftung »Umverteilung« zum Verwalten übernommen. Wir wollen ausprobieren, ob wir miteinander klar kommen. Wenn ja, besteht die Möglichkeit, das Haus in Erbpacht zu übernehmen oder es zu kaufen.

GenossInnen sind bei euch nur die BewohnerInnen?

Ja, mit der Ausnahme des Aufsichtsratsvorsitzenden. Da hatten wir am Anfang einen Rechtsanwalt, der uns bei der Eintragung geholfen hat. Jetzt ist der Vorsitzende Werner Orlowski (ehemaliger AL-Baustadtrat). Da er nicht hier wohnt, kann er aus neutraler Sicht Konflikte schlichten.

Wenn jemand auszieht, tritt er aus der Genossenschaft aus?

Laut unserer Mietverträge kann nur austreten, wer auszieht. Wir sind auf diesen Organisationsgrad deshalb angewiesen, weil die Genossenschaft gegründet wurde, um die Mitbestimmung der BewohnerInnen zu garantieren, der Bodenspekulation entgegenzuwirken und weil wir ein dezentrales Versorgungsunternehmen sind. Wir verkaufen Strom und Wärme an die BewohnerInnen. Wer Strom verkauft, hat sofort den Monopolisten BEWAG auf dem Hals. Du mußt ihnen gegenüber durchsetzen, daß du ein Forschungsprojekt bist, das im innerstädtischen Raum bei dieser hochgradigen Luftverschmutzung Solarzellen zur Lichterzeugung ausprobieren darf. Für die BesetzerInnengruppen bestand immer Konsens, eine Genossenschaft zu gründen. Der Beitritt ist natürlich freiwillig und manch ältere/r MieterIn erkennt den Vorteil nicht, zumal der Eintritt in die Genossenschaft 600 DM kostet.

»Kündigungen kommen aufgrund der Wohnraumknappheit nicht mehr vor.«

Die Höhe eures Genossenschaftsanteils beträgt also 600 DM?

Ja, wer auszieht bekommt diese Summe entsprechend der Bilanz zurück. Bei Gewerbe kostet der Eintritt 600 DM pro angefangene 25 qm, d.h. wer 100 qm hat, muß 5 Anteile zeichnen. Kündigungen kommen aufgrund der Wohnraumknappheit nicht mehr vor. Außerdem haben die Leute so schön ausgebaute Häuser in einer günstigen Lage zu einer günstigen Miete.

Welche Projekte oder Betriebe sind in euren Häusern?

Einmal handelt es sich um Gewerbe, das vor der Besetzung schon drin war und übernommen wurde. Das sind hauptsächlich türkische Gewerbetreibende, Reisebüros, Kneipen. In den renovierten Räumen versuchen auch BewohnerInnen ihr Glück mit Kneipen, T-Shirt Läden, Schuhgeschäft, Spielzeugladen.

Kleinbetriebe?

Ja und Tischlereien, Schlossereien und eine italienische Änderungsschneiderei. Vor kurzem ist »Stattauto« eingezogen.

Wieviele Leute wohnen in euren Häusern?

Die Genossenschaft hat zur Zeit 300 Mitglieder. Wir haben 13 Häuser in Erbpacht, 2 gekauft, 1 in Verwaltung und einen Bauplatz in der Oranienstraße und planen Dachausbau zur Schaffung von weiterem Wohnraum. Seit dem Fall der Mauer und dem Druck auf die Bodenpreise kommen Leute mit unterschriebenen Beitrittserklärungen und sind bereit, Mieterhöhungen zuzustimmen, denn wir können immer noch günstige Mieten anbieten. Unsere Kaltmiete beträgt 4,61 DM und die Warmmiete 6,21 DM/qm. Für 100 qm zahlst du 621,- DM warm. Die Genossenschaft will sich um weiteren Wohnraum kümmern. Sie braucht aber auch einen vernünftigen Verwaltungsapparat.

Gibt es Einschränkungen die Mitgliedschaft betreffend z.B. Geringverdienende?

Die Urzelle sind die AltbesetzerInnen, dann haben wir viele AusländerInnen, die sich nicht organisiert haben. Es gibt ein Haus, in dem vorwiegend türkische MitbewohnerInnen wohnen. Sie wollten keinen Hausverein, weil dort viele AnalphabetInnen sind. Für dieses Haus haben wir eine Ausnahme gemacht und verwalten es. Dächer bauen wir in der Regel nach den Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus aus, d.h. nur Personen mit Wohnberechtigungsschein können dort einziehen, also Geringverdienende. Auch die Fördermittel des Senats sind an den Wohnberechtigungsschein gebunden.

»Wir haben keine Wartelisten, sondern die Hausvereine vermieten selber«

Wir wollen nun Neubau und Gewerberaum schaffen. Wer dort einziehen will, muß Einlagen einbringen und in der Lage sein, die Zinsen zu zahlen. Wenn wir die Dächer frei finanzieren müssen, können dort nur besser Verdienende einziehen. Wir haben kein Ausschlußkriterium für Personen, aber für Gewerbe, z.B. für Spielhöllen, Sexshops und Videotheken. Wir haben keine Wartelisten, sondern die Hausvereine vermieten selber.

Sind das Erbpachtmodell und/oder die genossenschaftliche Wohnorganisation Mittel zur Eindämmung der Bodenspekulation?

Der Senat hat die städtischen Träger angewiesen, nicht mehr an privat zu verkaufen, mit Ausnahme von Genossenschaften. Wir haben jetzt gerade 2 Häuser von städtischen Trägern gekauft und sind daran interessiert, weitere Häuser in Erbpacht zu übernehmen. Viele Hausgemeinschaften haben eine funktionierende Selbstverwaltung und könnten von uns übernommen werden. Ist das nicht der Fall, vergeben wir Einzelmietverträge und verwalten.Wir bevorzugen Hausvereine, denn wir wollen nicht der Vermieter sein, der bestimmt, wer wo was tut. Das sollen die HausbewohnerInnen selber regeln. Die Genossenschaft will keine frei werdenden Wohnungen vergeben und es 30 Leuten Recht machen müssen. In diesem Fall mischt sich häufig der Aufsichtsrat ein.

Was ist besser für die NutzerInnen, Erbpacht oder genossenschaftliches Wohneigentum ?

Ich bin gegen Eigentum, denn wenn in Hausvereinen organisierte Gruppen ein Haus zusammen haben, besteht eine 15jährige Mietpreisbindung und die Mitglieder dieses Hausvereins können dann mit einer 2/3 Mehrheit bestimmen, was mit diesem Haus passiert. Manche ziehen weg und jetzt herrscht bei diesem Hauptstadtboom die Vorstellung, sie könnten hier Geld abschöpfen. Dann gibt es Streit. Du mußt das Haus schätzen lassen, die Leute auszahlen. Es können dann nur Leute einziehen, die Geld haben.

»Die Genossenschaft garantiert jedoch eine Bleibesicherheit«

Bei unseren Häusern wurden keine hohen Eigenanteile eingebracht, sondern alle haben mitgearbeitet. Wenn ich als Gertrud für 30.000 DM Eigenleistung erbracht habe und das bei der Bodenpreisexplosion hochrechne und sage, jetzt ist es das Fünffache wert, habe ich hier einen Riesenstreß. Wir wollen diese Auseinandersetzung nicht und versuchen das zu neutralisieren. Aus diesem Grund ist für uns die genossenschaftliche Lösung angebracht. Wer austritt, bekommt eben nur seinen Genossenschaftsanteil zurück. Es war für uns wichtig, daß hier nicht der Spekulationsgewinn einkassiert wird. Man sieht ja auch, was bei Privateigentum passiert, wie Leute, die den Stadtteil mit aufgebaut haben, vertrieben werden. Sie haben den Kiez trocken gewohnt. Beim Gewerbe macht sich der Wechsel besonders bemerkbar. Wenn nun die Mietpreisbindung für Altbauten aufgehoben wird, werden die meisten Bewohner an den Stadtrand vertrieben. Die Genossenschaft garantiert jedoch eine Bleibesicherheit. Natürlich erfordert diese Wohnform Engagement. Du mußt z.B. das Grasdach gießen, die Mülltrennung überwachen, d.h. du achtest ganz anders auf das Grundstück, was du bewirtschaftest. Du kannst andere nicht dazu benutzen, dich zu sonnen. Häuser und Wohnen kann nicht als Ware betrachtet werden, sondern als elementares Grundbedürfnis und es müßte viel mehr Kräfte geben, die sich dafür einsetzen. Die Leute haben schöne Wohnungen, günstige Mieten und eigentumsähnliche Verpflichtungen, aber sie können die Häuser nicht mitnehmen und verschachern.

Was passiert, wenn die Erbpacht ausläuft? Ist langfristig für die BewohnerInnen das genossenschaftliche Eigentum nicht die bessere Lösung?

Ja, das ist richtig. Bei den gekauften Häusern ist eine Dauernutzung gewährleistet, sofern wir nicht Konkurs anmelden müssen. Indirekt nehmen wir an der Spekulation teil, wenn wir die gekauften Häuser beleihen, um die Dachausbauten zu

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

200.000 DM gekauft hast, dann kannst du es jetzt für mindestens 1 Mio DM beleihen und bist in dem Spekulationskreislauf drin.

Ja gut, aber diese Gewinne fließen keinen Privateigentümern zu, die dafür keinen Handschlag tun.

Bei der Erbpacht bist du natürlich immer auf einen vernunftbegabten Senat angewiesen, der hinter diesem Prinzip steht. Das gilt auch für Fördermittel, auf die eine Genossenschaft angewiesen ist, denn die Häuser können nicht frei finanziert werden.

Wie sind eure Zukunftsperspektiven?

Erstens muß sich die Selbstverwaltung bewähren. Dann wollen wir die ökologischen Bausteine ausbauen. Wir haben ein Blockkraftheizwerk installiert, Wassersparmaßnahmen, Regenwassersammlung, Grauwasserrecycling, Grasdächer, Fassadenbegrünung, umweltfreundliche Baustoffe, Mülltrennung und -recycling. Diese umweltfreundlichen Maßnahmen sind als Forschungsprojekte für 5 Jahre angelegt und müssen ausgewertet werden, bevor sie übernommen werden. Wir wollen uns dem Neubau zuwenden und evtl. einen Immobilienfonds organisieren.

Gibt es in Anbetracht der explodierenden Grundstückspreise in dieser Stadt noch weitere Chancen für Projekte, wie ihr es seid?

Uns wurde ein Haus mit Ofenheizung für über eine Million angeboten. Da zählt bei der Errechnung des Verkehrswerts nur noch der zu erzielende Ertrag – egal wie der Standard ist. Das ist für mich erschreckend und jenseits jeder Vernunft. Für ausgebaute Dächer wären 15 DM/qm noch tragbar, aber wenn du dir die Preise ansiehst, dann ist das nur noch die große Nachfrage und die schiere Not der Leute. Das kann ich nicht mehr nachvollziehen.

Wie ist die Genossenschaft zusammengesetzt?

Es gibt Häuser, in denen ausschließlich Frauen wohnen, Häuser mit AusländerInnen, mit Jugendlichen mit Drogenproblemen, die vom Sozialamt leben. Das bedeutet, die Genossenschaft braucht starke tragende Säulen, die den genossenschaftlichen Entwicklungsprozeß mit langem Atem über die Dauer von Jahren mittragen. Das sind bei uns ehemalige BesetzerstudentInnen, mittlerweile AkademikerInnen, die sich aktiv beteiligen. Die Genossenschaft braucht viele konsensfähige Leute. Ich bedauere, daß sich die AusländerInnen nicht auch beteiligen, sondern dem Modell gegenüber mißtrauisch sind. Sie werden mit der Selbstverwaltung mit einer völlig fremden Welt konfrontiert, die sie überfordert.

Vielen Dank für das Interview ●

Das Interview führte Ricarda Buch

WOHNEN

FRAUEN-LESBEN-BAUWAGEN-PLATZ

Ohne Netz und doppelten Boden

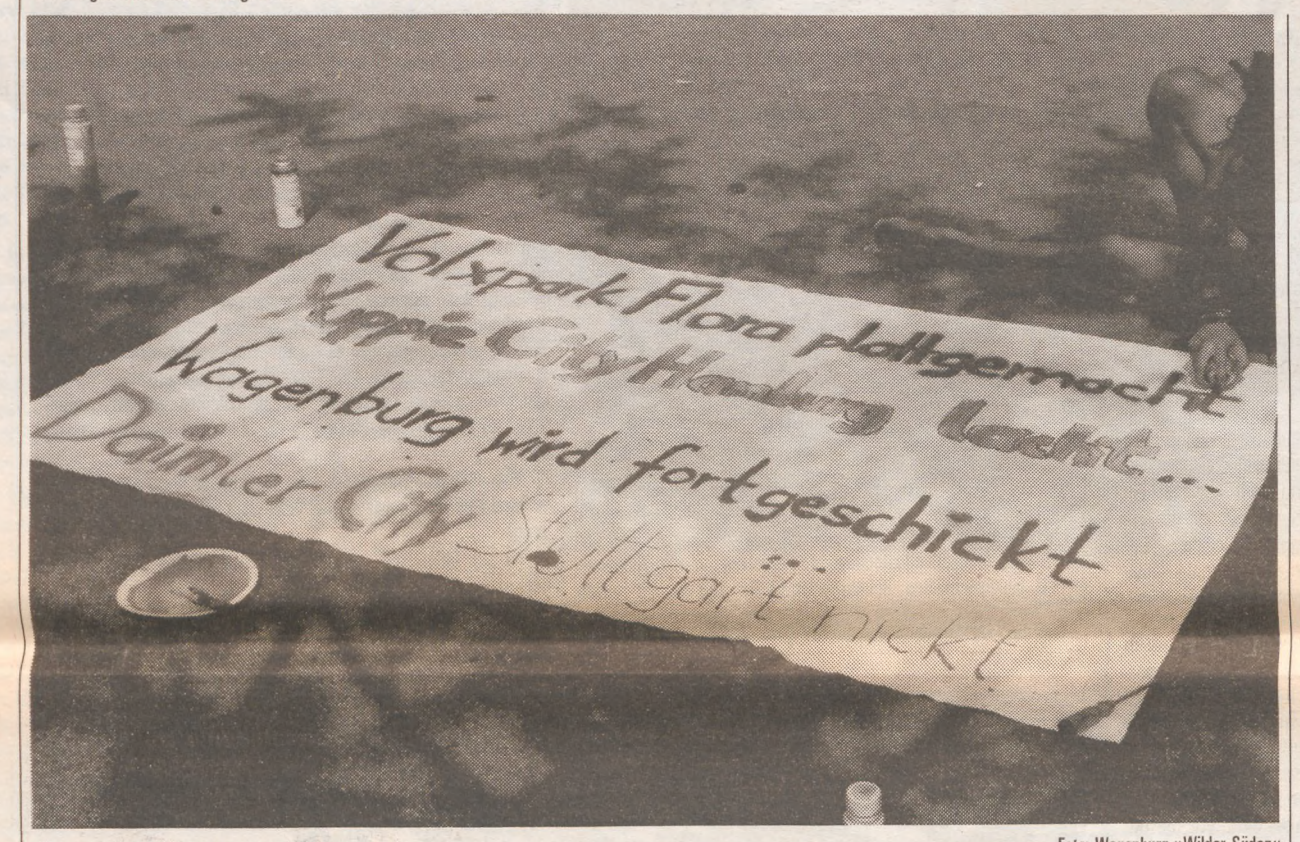
»Wir lehnen es ab, unser Leben damit zu verbringen, immer mehr Geld zu verdienen, um einen möglichst hohen Lebensstandard zu erreichen und dabei das Leben zu vergessen.«
Seit vier Monaten gibt es in Hamburg einen neuen Wagenplatz. Sechs Frauen haben ein zugewachsenes Grundstück bei der Johanniskirche zwischen St. Pauli und Schanzenviertel mit ihren Bau- und Zirkuswagen besetzt. Es ist der zweite Frauenwagenplatz in Hamburg (siehe auch CONTRASTE Nr. 85/91).

»Wirkliches Leben heißt für uns, mit unseren Freundinnen den Alltag zu verbringen, zusammen zu bauen, zu diskutieren, zu streiten und Spaß zu haben, und Schwierigkeiten gemeinsam zu bewältigen. Der Platz, den wir uns genommen haben, liegt in dem Viertel, in dem wir unsere Freundinnen haben, politisch arbeiten und Geld verdienen. Wir brauchen diesen grünen Platz und Zeit, um sie darauf zu verbringen.«

Die Frauen haben sich schon lange vor der Besetzung zusammengefunden. Nach Diskussionen über die Vorstellungen des gemeinsamen Wohnens starteten sie das Projekt: kauften, organisierten, liehen Bau- und Zirkuswagen, suchten einen Platz, bereiteten ihn vor und bezogen ihn mit Hilfe dreier Traktoren und vieler Freundinnen.

»Wir sind im Gespräch mit der Kirche, der das Gelände gehört und die hier Sozialwohnungen und einen Kindergarten bauen will. Wir halten es für wichtig und richtig, daß sich die Kirche für Sozialwohnungen und Kindergärten einsetzt, aber wir halten es nicht für richtig, daß unser Anliegen gegen das der Kirche ausgespielt wird. Zu oft haben wir erlebt, daß autonome Projekte verjagt werden und stattdessen staatliche – oder wie bei uns kirchliche – Sozialpolitik betrieben wird. Wir wollen nicht beweisen, daß das, was wir vorhaben, besser ist als das Vorhaben der Kirche, wollen diese 'mächtige' Institution aber dazu veranlassen, Stellung zu beziehen. Uns geht es nicht nur um die Duldung an diesem Ort, sondern um die Akzeptanz unserer Lebensform.«

Seit 1959 kommt in Hamburg ein Bau- und Wohnwagengesetz zur Anwendung, daß das Leben im Wagen untersagt – vor seinem Inkrafttreten standen zwischen Heiliggeistfeld und Holstenstraße mehrere hundert fahrbare Wohnstätten. Seitdem hält das Gesetz unter dem Vorwand von Feuer- und Hygienebestimmungen für Räumungen und Polizeieinsätze her: so 1989 in der Hafenstraße, wo 20 Bauwagen auf den Mangel an Wohnraum in Hamburg hinwiesen.



Stuttgarter Solidaritätstransparent zu Hamburg

Foto: Wagenburg »Wilder Süden«

»Immer wieder erlebten wir, daß in Hamburg preiswerter Wohnraum und Grünflächen (Lauegelände, Florapark, Quarree, Tegetthoffstraße, August-Lütgens-Park...) vernichtet werden. Wir brauchen einen Platz zum Leben, der nicht an einer Hauptstraße anfängt und an einer Hochhauswand endet. Mit dem Leben im Bauwagen schaffen wir uns selbst eine Lösung gegen die Wohnungsnot und die Isolation in der Großstadt.«

Viele Frauen haben sich lange bemüht, eine Wohnung oder ein Haus zu finden um zusammenzuleben – vergeblich: der Mangel an Wohnraum für gemeinsames Wohnen in Hamburg machte solche Pläne zunichte. Auf dem Platz wird jede Frau ihren eigenen Raum haben, zur Zeit sind noch nicht alle Wagen wohnfertig. Ein Wagen dient als Gemeinschaftsraum, sie haben eine gemeinsame Kasse und Küche. Beim Um- und Ausbau der Wagen helfen sie sich, bringen sich gegenseitig handwerkliche Fertigkeiten bei, um die eigenen Grenzen auszuweiten und dadurch eine neue Realität zu schaffen, in der sich Frauen auf Frauen beziehen können.

Sie haben eine Komposttoilette; Wasser und Strom bekommen sie aus einem Nachbarhaus, doch sie brauchen weit weniger als in einer Wohnung und sehen hierin einen Ansatz zum ökologischen Wohnen.

»Wir wollen in unserem Wagen leben und nicht in einem Haus. Unter anderem, um mit den sonst so selbstverständlichen Dingen wie Müll, Heizung, Strom, fließendem Wasser, Klo und Telefon einen bewußten Umgang zu haben.«

Die NachbarInnen reagierten unterschiedlich: von ablehnen bis dem nicht alltäglichen Experiment gegenüber wohlgesonnen, alle aber mit Neugier. Die Besuche der AnwohnerInnen auf dem Platz werden häufiger. Die Frauen vermuten, daß die Berührungsängste geringer sind, weil sie Frauen sind und sie wollen den Kontakt. Über einer Informations-Stellwand steht »FrauenLesben-Bauwagenplatz Hester Jonas«.(1) Der Traum vom Wagen-Leben endet für die Frauen nicht bei der Gestaltung der eigenen vier Wände: sie wollen Freiräume schaffen – auch für andere Frauen. Sie werden versuchen, die Grenzen von Besitz und Eigentum hinter sich zu lassen.

»Wir wünschen uns einen regen Austausch mit den unterschiedlichsten Frauen und freuen uns über jede, die vorbeikommt und etwas zum Platzleben beitragen oder nur mal gucken will. Daß dieser Platz ein Frauenplatz ist, heißt nicht, daß Männer ausgeschlossen sind, aber sie sollten sich bewußt sein, daß sie sich in einem Frauenraum befinden. Wir kämpfen nicht gegen Männer, sondern gegen Sexismus und Männergewalt.«

Auch in anderen Städten gibt es Bauwagenplätze. Um in Kontakt zu bleiben, organisierten die BewohnerInnen der fahrenden Häuser ein internationales Bauwagentreffen, das alle drei Monate in wechselnden Städten stattfindet. Bisher nahmen Menschen aus der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz daran teil. Nahezu alle Bauwagenplätze sind räumungsbedroht, häufig mit der Begründung, daß an jenen Orten Sozialwohnungen oder Projekte entstehen sollen. Die genehmigten Plätze für fahrendes Gewerbe und SchaustellerInnen liegen meistens an den Stadträndern oder außerhalb, in Hamburg pikanter Weise in unmittelbarer Nähe der Müllverbrennungsanlage in Stellingen.

»Entscheidend ist für uns nicht, in einem trockenen oder warmen Wagen zu wohnen, sondern sich auch damit bewegen zu können. Das Fahren ist genauso ein Teil des Wagenlebens, wie das Durchsetzen von festen Plätzen.«

Der Wagenplatz bei der Johanniskirche soll Ausgangspunkt für das Fahren sein. Die Frauen verstehen ihre Lebensform als Verbindung von Häuser- und Wagenkampf, wollen das Leben nicht aufteilen in Arbeit und private Freizeit, wollen beweglich sein. Sie verdienen ihren Lebensunterhalt durch zeitlich begrenzte Tätigkeiten, andere studieren – alle sparen für die Zeit des Fahrens. Davor liegt die Instandsetzung der Wagen, die Auseinandersetzung mit Kirche und AnwohnerInnen um den Platz – und der Winter.

»Wir stehen unter einer ziemlichen Anspannung. Zwei Wagen sind nicht bewohnbar und wir bauen täglich. Das Platzleben zu organisieren kostet Zeit und Mühe. Bei der Gemeindeversammlung rückte eine 30-köpfige Front an, die sich massiv und bedrohlich gegen uns aussprach. Wenn die Kirche nicht dafür sorge, daß wir verschwänden, würden sie es selbst tun. Wir nehmen die Bedrohung sehr ernst, die sich zum einen in unberechenbaren nächtlichen Aktionen wie Böllern äußert, die wir morgens auf dem Platz finden, zum anderen in 'organisierter' Form wie Unterschriftenlisten. Im benachbarten Haus brach der Kleinkrieg aus über die Frage, wer dafür ist, wer dagegen. MieterInnen haben sich zusammengefunden und klagen gegen ihre Vermieter auf Mietpreisminderung, weil wir die 'gute Adresse' (Original-Ton) beeinträchtigten. Wir haben in nächster Zeit also nicht nur mit dem Ordnungsamt, sondern auch mit Spitzeln von Vermietern und Wohnungsgesellschaften zu rechnen, die uns auskundschaften sollen. Ganz abgesehen von den Zivis, die sich nächstens an unserer Einfahrt im Jogginganzug tummeln.«

Die Frauen haben viele Pläne: wenn der Gemeinschaftswagen ausgebaut ist, wollen sie Frauen zwischen Schanze und St. Pauli die Möglichkeit zum Treffen geben, eine Volxküche und Veranstaltungen organisieren, vielleicht ergänzt durch Filmvorführungen...

»Weil FrauenLesben in Hamburg und überall zuwenig Platz haben, weil das Leben im Wagen als gleichberechtigte Wohnform gelten soll, weil wir nicht wollen, daß jedes grüne Fleckchen mit Häusern zugepflastert wird, und und und... Wir müssen darüber diskutieren, wie wir wehrhaft bleiben, ohne uns verbarrikadieren zu müssen. Doch gerade die Reaktionen, die wir hervorgerufen haben, zeigen uns auch, wie wichtig es ist, daß es einen Ort gibt, wo sich FrauenLesben außerhalb der 'Normalität' und der damit verbundenen Gewalt bewegen können.«

Auf den vor einigen Wochen an den Kirchenvorstand gerichteten Brief haben die Frauen bisher keine Antwort erhalten. ●

Claudia Siewert

Die » « Passagen entstammen den beiden Flugblättern, die die Frauen herausgegeben und im Viertel verteilt haben.

Anmerkung:
(1) Hester Jonas wurde als Hexe verbrannt, weil sie öffentlich von einer »gerechten« Welt träumte.

Aus: Hamburger Frauenzeitung Nr. 32, Dez./März 91/92

BEGINENWERK

Feminisierung der kommunalen Wohnungswirtschaft

Die Frauen vom Beginenwerk, einem Verein in Gründung haben sich viel vorgenommen. Sie wollen in die von Männern dominierte kommunale Wohnungswirtschaft, um Frauen den Zugang zu Wohn- und Gewerberaum zu sichern. Der Aufbau einer Wohnungsbaugesellschaft von und für Frauen erfordert sicherlich viel Zeit und Arbeit. Ricarda Buch für CONTRASTE im Gespräch mit Barbara Köppe und Stefanie Hömberg vom Beginenwerk.

CONTRASTE: Barbara und Stefanie, ihr seid an der Gründung des Beginenwerks beteiligt. Welche Ziele hat das Beginenwerk?
Stefanie: Wir beabsichtigen die Gründung einer Frauenwohnungsbaugesellschaft, die die Trägerschaft einer großen Zahl von Wohnungen anstrebt. Über diese Wohnungen sollen Frauen das alleinige Verfügungsrecht haben.
Wie wollt ihr an die Wohnungen herankommen?
Stefanie: Wir erhoffen uns eine breite Unterstützung der Frauenbewegung, die uns soviel Gewicht verschafft, daß wir Häuser vom Senat und den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften einfordern können.
Wer soll in die Wohnungen einziehen?
Stefanie: Dort sollen nicht nur Frauen, sondern auch Familien oder Lebensgemeinschaften einziehen. Das Mietrecht sollen allerdings die Frauen bekommen, so daß sie im Konfliktfall nicht vom Mann herausgedrängt werden können.
Habt ihr dabei eine besondere Zielgruppe im Auge?
Stefanie: Ja, diejenigen, die auf dem Wohnungsmarkt besonders schlecht dastehen: sozial benachteiligte Frauen, einkommensschwache Frauen, alleinerziehende Mütter, Rentnerinnen, behinderte Frauen.
Barbara: Studentinnen. Das heißt aber nicht, daß nicht auch Wohnmöglichkeiten für besser verdienende Frauen geschaffen werden. Auch diese sollten zu unserer Klientel gehören, um so eine soziale Vielfalt zu gewährleisten.
Welche Notwendigkeit besteht für Frauen, sich in der Wohnungswirtschaft zu engagieren?
Barbara: Es handelt sich dabei um einen von Männern dominierten Bereich, in dem Frauen Einfluß bekommen müssen, um ihre Vorstellungen von Wohnen zu verwirklichen und auch quantitativ über Wohnraum zu verfügen.
Haben Frauen es besonders schwer, an Wohnraum heranzukommen?
Barbara: Ja, denn sie verdienen im Durchschnitt weniger als Männer.
Stefanie: Darüberhinaus trauen die Vermieter den Männern mehr wirtschaftliche Mobilität zu.
Inwiefern ist der Wohnungsmarkt von Männern dominiert?
Stefanie: Die Wohnungsbaugesellschaften, städtischen Träger und auch die Senatsverwaltung sind in Männerhand. Die politische Zielsetzung und Realisierung in diesem Bereich wird von Männern vorgegeben.
Der Verein will nun das Konzept für die Frauenwohnungsbaugesellschaft entwickeln?
Stefanie: Es soll nicht nur ein Konzept erstellt, sondern auch die Gründung vorbereitet werden. Wir wollen Häuser erwerben oder in Erbpacht übernehmen. Wir hoffen auch, daß uns Häuser von Privatpersonen ohne Angehörige geschenkt werden. Auch Möglichkeiten wie Sponsoring, Fund-Raising oder einen Immobilienfonds erwägen wir. Ob wir Häuser von den Wohnungsbaugesellschaften oder vom Senat so übernehmen können oder selber Mittel aufbringen müssen, wird sich zeigen.
In welchen Bereichen soll die Wohnungsbaugesellschaft tätig werden?
Stefanie: Sie soll Wohnraum verwalten, Altbau sanieren und sich im Neubau betätigen.
Barbara: Wir wollen ein großes Kontingent landeseigener Häuser einfordern. Es muß zuerst ein wirtschaftlicher Fundus geschaffen werden, bevor wir uns dem Neubau zuwenden. Zunächst sollen in den von uns übernommenen Häusern konventionelle Wohnformen weitergeführt werden. Erst nach und nach bei Neubelegung wollen wir unsere Vorstellungen von Wohnen realisieren.
Wie sehen die aus?
Barbara: Die Förderung von innovativem Wohnen ist ein zentrales Anliegen unseres Vereins. Im Neubau könnten Wohnformen geschaffen werden, die ein Zusammenleben von jung und alt ermöglichen, Einküchenhäuser, Gemeinschaftsräume zur Förderung der Kommunikation, Förderung der Nachbarschaftshilfe. Wir wollen nicht die üblichen abgeschlossenen Mietparteien, sondern Miteinanderwohnen.
Stefanie: Zum Stichwort frauenfreundliches Wohnen: Darunter verstehen wir, daß bei der Gestaltung der Wohnungen und des Wohnumfelds die spezifischen Bedürfnisse von Frauen in größerem Maße berücksichtigt werden als bisher. Dazu gehört, daß die Unterstützung Alleinerziehender erleichtert wird. Ältere können die Kinder hüten, für die dann wiederum eingekauft wird.
Barbara: Der Grundriß einer Wohnung kann so konzipiert werden, daß Frauen mit Kindern dort einen angemessenen Standard vorfinden. Die üblichen 8 qm für das Kinderzimmer reichen nicht aus.
Stefanie: Der Hof muß kinderfreundlich gestaltet werden z.B. mit Spielgeräten. Ferner sollte im Wohnumfeld der Sicherheitsaspekt stärker berücksichtigt werden: beleuchtete Aufgänge und Treppenhäuser, beim Neubau keine dunklen Nischen, so daß sich die Frauen sicherer fühlen.
Ihr seid auf Lobbyarbeit angewiesen, wen wollt ihr ansprechen?
Barbara: Initiativen, Projekte, Einzelpersonen, eine möglichst breite Basis. Wir brauchen finanzielle und ideelle Unterstützung, um uns Gehör bei den PolitikerInnen zu verschaffen. Vernetzung ist eines der Ziele des Vereins. Ohne eine breite Basis läßt sich unser Vorhaben nicht verwirklichen. Wir brauchen die Mitarbeit von vielen Personen aus allen gesellschaftlichen Gruppen und sind auf deren Anregung angewiesen.
Stefanie: Am 27.2. um 19.30 Uhr (in der »Begine«, Potsdamerstr. 139, 1000 Berlin 30) wollen wir unser Vorhaben zum ersten Mal öffentlich vorstellen und laden alle interessierten Frauen hiermit in die Begine ein.
Vielen Dank für das Gespräch. ●

Anschrift:
Beginenwerk · c/o Baufachfrauen
Tempelhofer Damm 2 · W-1000 Berlin 42
☎ (0 30) 785 68 65

WEGE AUS DER BODENSPEKULATION

WOHNEN

Das Modell Dänemark

Wie der Grundstücksspekulation im Interesse einer bewohnerorientierten und sozial verträglichen Wohnungsbaupolitik entgegengewirkt werden kann, läßt sich am Beispiel Dänemarks besonders gut nachvollziehen.

Ricarda Buch, Redaktion Berlin ● 1988 waren in Dänemark lediglich 20% des Wohnungsbestands private Mietwohnungen, 33% jedoch sozialgebundener oder genossenschaftlicher Wohnungsbestand und 47% privates Wohneigentum. In Anbetracht des Ausverkaufs von Immobilien in den neuen Bundesländern an kapitalstarke westliche Miethaie, steigender Grundstückspreise und Mieten und in der Folge Vertreibung kleiner Gewerbetreibender, steigender Obdachlosigkeit und Kostenexplosion im sozialen Sektor, scheint es dringend an der Zeit den Diskurs über politische und rechtliche Rahmenbedingungen zur Eindämmung der Grundstücksspekulation und Reformalternativen im sozial gebundenen Wohnungsbau aufzunehmen. In diesem Zusammenhang können wir von Dänemark nur lernen. Offensichtlich gibt es in Dänemark jenseits der jeweiligen Regierungsparteien eine lange demokratische Tradition wie einerseits mit dem Faktor Boden und andererseits innerhalb der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft zu verfahren ist, um auch einkommensschwachen und sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten den Zugang zu bezahlbarem und Gestaltungsrechte von Wohn- und Gewerberaum zu ermöglichen.

Die dänische Bodenwertsteuer

Bereits 1902 forderten die dänischen Kleinbauern in der Resolution von Köge die getrennte Besteuerung von Bau und Boden. Nach erfolgreichen Versuchsbewertungen zwischen 1911-1917 wurde schließlich mit Unterstützung der Regierung 1922 die getrennte Bewertung und Besteuerung von Bau und Boden für staatliche und 1926 für kommunale Bodenwertsteuern eingeführt. Seit 1924 wurden die gesamtwirtschaftlich erzeugten und stetigeren Bodenwerte in Dänemark höher besteuert als die einzelwirtschaftlich erzeugten und u ungenauer feststellbaren Gebäudewerte. Heute werden nach dem Kommunalgrundsteuergesetz von 1961 überhaupt nur noch Steuern auf den Bodenwert erhoben. Es handelt sich um eine Gemeindesteuer, die von allen in der Gemeinde liegenden Grundstücken ausgenommen bestimmter öffentlicher und spezieller Grundstücke für soziale Zwecke erhoben wird. Steuerbefreiungen für landwirtschaftliche Grundstücke, für Einfamilienhäuser und Reihenhäuser gemeinnütziger Träger sind ganz oder teilweise möglich. Berechnungsgrundlage der Steuer ist der reine Bodenwert nach Abzug des Wertes der Investitionen. Die Gemeinde legt dann die Höhe des vom Bodenwert zu zahlenden Promillesatzes fest. Hierbei wird unterschieden, ob es sich um dichtbesiedelte städtische Gebiete, um Bauerwartungsland in städtischen Randgebieten oder um ländliche Regionen handelt. In den städtischen Regionen beträgt die Gemeindesteuer zwischen 36-50 Promille des jeweiligen Bodenwertes und in den übrigen zwischen 5-17 Promille. In Landgemeinden ist die Steuer am niedrigsten. Neben der Gemeindesteuer gibt es eine Kreisbodensteuer. Ihre Höhe wird gesetzlich festgelegt und beträgt zwischen 10-15 Promille des Bodenwerts. Die Kreise sollen ihren Steuerbedarf jeweils zur Hälfte über die Einkommenssteuer und die Bodenwertsteuer decken. Auf diese Weise werden neben den Lohn- und Gehaltsempfängern auch die Grundeigentümer zur Kasse gebeten. Steuerbefreiungen sind auch hier wie bei der Gemeindesteuer möglich.

Da der Boden bekanntlich nicht vermehrbar ist, sinkt sein Wert bei einer allgemeinen Bodenwertsteuer. Deshalb genügt auch die Einführung einer marktgerechten Bodenwertsteuer, um die Bodenpreise niedrig und die Bodenmärkte offen zu halten. Dadurch wird dem Grundstückspekulanten der Gewinn weggesteuert. Tatsächlich sind in Dänemark die Bodenpreise viel niedriger als bei uns (30% unserer Preise). Das Horten von Grundstücken ist weitgehend unbekannt, die Gebäude werden saniert und instandgehalten und Bauland gibt es kaum. Diesem Umstand verdankt Dänemark letzlich den Erhalt bäuerlicher Kleinbetriebe und des städtischen Kleineigentums, da die Vertreibung von kleinen Gewerbetreibenden durch Miethaie und Grundstückspekulanten durch Besteuern des Bodenwertzuwachses eingedämmt wird.

Dänemarks soziales Wohnungswesen

Während in der Bundesrepublik neue Initiativen im Bereich der non-profit Wohnungswirtschaft in Richtung auf mehr Nutzermitbestimmung, Selbstverwaltung und Nachbarschaftlichkeit nur gegen erhebliche Widerstände durchsetzbar sind, zielen die dänischen Reformen im sozial gebundenen Wohnungswesen seit Beginn der 70iger Jahre auf eine größtmögliche Einbeziehung der NutzerInnen bei der Verwaltung und Gestaltung ihres Lebens- und Arbeitsraums.

Alle Träger im sozialen Wohnungsbau wie lokale Genossenschaften, gemeinnützige Kapitalgesellschaften und die für sie tätigen Betreuungsorganisationen sind in Dänemark in dem Verband "boligselskabernes Landsforening" zusammengeschlossen. Für diese Gesellschaften bestehen die auch in Deutschland üblichen Auflagen der Überschußbindung, der Reinvestitionspflicht, das Kostendeckungsprinzip und darüberhinaus das Verbot einer Privatisierung von Wohnungsbeständen durch Umwandlung in Eigentumswohnungen oder priate Mietwohnungen.

Nutzerselbstverwaltung durch Abteilungen

Anfang der 70iger Jahre entwickelten sich zunächst unabhängig von den in der "boligselskabernes landsforening" zusammengeschlossenen gemeinnützigen Trägern sogenannte Abteilungen (Afdeling), d.h. Interessensvertretungen der Nutzer einer bestimmten Anzahl von Häusern gemeinnütziger Träger. Diesen Abteilungen ging es um Mitspracherechte bei der Instandhaltung und Modernisierung, bei technischen Verbesserungen, bei der Anlage und Nutzung von gemeinsamen Außen- und Innenräumen. Die Trägerorganisationen standen diesen Nutzerzusammenschlüssen wohlwollend gegenüber und 1984 wurde den Abteilungen als Interessensorganisation der Nutzer von 40-100 Haushalten das Budgetrecht für die Bewirtschaftung ihrer Wohnungen rechtlich zuerkannt. Die Abteilungen wurden somit Selbstverwaltungorganisationen der NutzerInnen von Häusern gemeinnütziger Träger. Die NutzerInnen können seither in der Abteilung über Ein- und Ausgaben sowie die Miethöhe innerhalb bestimmter Grenzen selbst entscheiden. Die Anerkennung von Abteilungen im Sinne von Verwaltungsgenossenschaften hat einen doppelten positiven Effekt: Einerseits werden durch die Abteilungen die alten Träger von der Verwaltung ihrer Bestände entlastet, andererseits federn sie den Gegensatz zwischen Bewohnerinteressen und der bedarfsorientierten Wirtschaftstätigkeit der Träger ab.

Mietergemeinschaften in städtischen Altbauwohnungen

Die Reform der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft und Einführung der BewohnerInnenselbstverwaltung durch Abteilungen wirkte sich auch positiv auf den privaten Wohnungssektor aus. In städtischen Altbauten entwickelten sich zahlreiche MieterInnengemeinschaften mit dem Ziel ihre Häuser zu übernehmen. 1984 wurde gesetzlich festgelegt, daß private Miethäuser bei Veräußerung zunächst der MieterInnengemeinschaft angeboten werden müssen. Hinzu kommt, daß Einzeleigentum von Altbauwohnungen bereits in den 60iger Jahren verboten wurde. Die Mietergemeinschaft ist inzwischen als eigene Rechtform ähnlich unserer Verwaltungsgenossenschaft anerkannt.

Kollektive Haus- und Wohnprojekte in ländlichen Regionen

Auch auf dem Lande und in den Vorstädten entstehen zahlreiche Neubausiedlungen mit kollektiven Wohnformen, ökologischer Architektur und Bewohnermitbestimmung. Die NutzerInnen können sich auch hier zu kleinen eigenständigen Verwaltungsgenossenschaften oder zu Selbstverwaltungsorganisationen (Abteilungen) unter dem Dach gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften zusammenschließen, die auch als Bauträger für kollektive Haus- und Wohnprojekte fungieren. Die Offenheit der dänischen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften gegenüber neuen Wohnformen erlaubt auch einkommensschwachen Bevölkerungsschichten an der Gestaltung von kollektiven Wohnformen mitzuwirken. Die Mitbestimmung der NutzerInnen bezieht sich auch auf das soziale und kulturelle Angebot in ihrem Wohnumfeld. So können leerstehende Wohnungen auf Beschluß der BewohnerInnen an soziale oder kulturelle Projekte oder als Gewerberaum für Kleinbetriebe oder Infrastruktureinrichtungen wie Kindergärten genutzt werden. Auf diese Weise entstehen zahlreiche dezentrale Einrichtungen, die von den NutzerInnenn selber initiiert und kontrolliert werden und wesentlich zur Erhöhung der Kommunikation und Verbesserung des Wohnumfelds beitragen. ●

Literaturliste:
Cornelia Cremer/Hans Joachim Kujath, Wohnreform als Reform des Alltagslebens, in: Die neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte Nr.2, Bonn 1988
Beate Dieterich-Buchwald, Das Dänische Beispiel der Bodenwertsteuer, in Fragen der Freiheit Folge 208, Bad Boll Jan/Febr.1991
Martin Pfannschmidt, Vergessener Faktor Boden, 2. Aufl., 1991
Martin Pfannschmidt, Die Bodenrente, 1953

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anzeige

Die WochenZeitung

WoZ

WEIL'S IN DER GANZEN BRD NICHTS VERGLEICHBARES GIBT.

☐ Ich will die schweizerische WochenZeitung WoZ kennenlernen und vergleichen, bitte senden Sie mir vier Nummern gratis.

Vorname: _____

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden an:
WoZ, Postfach, CH-8059 Zürich

REISEN

working for free? you must be jokin'!

Workcamps 1992

Freiwillig arbeiten? Das kann doch nicht unser Ernst sein! Ist es aber.

Der Service Civil International (SCI) veranstaltet Workcamps in aller Welt. Workcamps sind Projekte, in denen eine Gruppe meist junger Menschen aus verschiedenen Ländern zwei bis vier Wochen ein sinnvolles soziales oder ökologisches Projekt mit tatkräftiger Arbeit unterstützt. Nach der Arbeit beschäftigt sich diese Gruppe mit Problemen der jeweiligen Region oder grenzüberschreitenden Fragen zu folgenden Bereichen: Ökologie, Frieden, Frauen, Antirassismus/Antifaschismus, Solidarität mit Afrika, Asien oder Lateinamerika, Behinderte, Kinderfreizeiten.

In unserem Sommerprogramm 1992 bieten wir über 600 Workcamps in West- und Ost-Europa sowie Nordamerika an. Darüber hinaus gibt es einen Austausch mit asiatischen und afrikanischen Ländern. Die Teilnahme an einem Workcamp gibt nicht nur die Möglichkeit, ein Land, seine BewohnerInnen sowie seine Probleme kennenzulernen, sondern ist auch eine gute Gelegenheit, neue Freundschaften zu schließen und im Urlaub etwas sinnvolles zu tun.

Workcamps werden von uns als aktiver Beitrag zur Völkerverständigung verstanden. Während der Arbeit findet automatisch eine Auseinandersetzung mit den anderen TeilnehmerInnen statt und fördert dadurch Toleranz gegenüber anderen Ansichten. Gerade Workcamps in Ost-Europa bieten einen direkten Einblick in die Nationalitätenkonflikte und die Probleme der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen.

Für die Teilnahme an einem Workcamp entrichten die TeilnehmerInnen eine Anmeldegebühr und organisieren die Anreise selbständig. Unterkunft und Verpflegung sowie Aktivitäten mit der Gruppe sind frei. Mindestalter: 16 für Workcamps im Inland, im Ausland 18.

Das SCI-Sommerprogramm 1992 erscheint im April 1992 und kann ab sofort in unserer Bundesgeschäftsstelle gegen 3,50 DM in Briefmarken angefordert werden:
Service Civil International
Blücherstr. 14 · W-5300 Bonn 1

Nützliche Reisetips

Urlaub in Deutschland

Warum in die Ferne schweifen ...? Ob im hohen Norden auf den ostfriesischen Inseln, im Süden am größten See Deutschlands oder in einem unserer vulkanischen Mittelgebirge: Deutschland bietet eine Vielfalt an reizvollen Urlaubsmöglichkeiten nicht nur für die warmen Sommermonate. Der Hayit Verlag stellt in seinen drei neuesten Titeln der Reihe **Nützliche Reisetips von A-Z** (Jeweils ca. 140 Seiten, 12,80 DM, Hayit Verlag, Köln 1991) die Reiseziele mit ihren kulturellen und landschaftlichen Attraktionen dar. Zu jedem Ort gibt es Hinweise auf die Sehenswürdigkeiten, die Sport- und Freizeitaktivitäten und weitere praktische Reiseinformationen. Auch die Hintergrundinformationen kommen in keinem der handlichen Bände zu kurz.

In der Eifel trifft der Reisende überall auf Spuren der vulkanischen Entstehungsgeschichte dieses abwechslungsreichen Mittelgebirges: Oftmals mit Augen verglichen, geben die Eifelmaare – mit Wasser gefüllte Krater – der Landschaft ihr typisches Gepräge. Die Häuser bekommen durch die verwendeten Baumaterialien wie Bims, Tuff oder Schiefer ihren besonderen Charakter, und auch die Mineralquellen gehen auf den Vulkanismus zurück. Wo man beispielsweise auf Lehrpfaden mehr über die Geologie dieser faszinierenden Landschaft erfahren kann, wie man die Natur zu Fuß oder mit dem Rad erwandern kann oder welche Orte und Schlösser sich für eine Besichtigung anbieten – dies und vieles mehr erfährt man in dem Reiseführer Nützliche Reisetips von A-Z: Eifel.

Der Bodensee, im Drei-Länder-Eck von Schweiz, Österreich und Deutschland gelegen, nimmt durch sein mildes Klima eine Sonderstellung in der deutschen Urlaubslandschaft ein. Im Frühjahr bezaubert das Obstanbaugebiet mit seiner Blütenpracht, und noch weit in den Herbst hinein eignen sich die hohen Temperaturen für einen Wander- oder Kururlaub. Für Blütenpracht steht auch der größte Publikums-Magnet, die Blumeninsel Mainau, die jährlich rund zwei Millionen Besucher anlockt. Zum Glück gibt es da auch ruhigere Orte, die nicht minder malerisch sind, wie man in dem Reiseführer. Nützliche Reisetips von A-Z: Bodensee erfahren kann.

Auch im hohen Norden auf den nordfriesischen Inseln ist nicht nur im Sommer Reisezeit. Wer allerdings im Winter nach Föhr oder Amrum reisen und die dann im Winterschlaf liegenden Inseln erkunden möchte, sollte schon wetterfest sein, denn Stürme sind angesagt. Ganz auf den Tourismus eingestellt sind die Inseln hingegen in der sommerlichen Hauptsaison: Dann ist der Veranstaltungskalender voll, und jeder kann auf seine Kosten kommen. Besonders aber Natur und Umwelt werden auf den Inseln großgeschrieben – und so informiert der Reiseführer Nützliche Reisetips von A-Z: Föhr/Amrum neben den Ortsbeschreibungen etwa auch über die Naturparks und die Bemühungen, den Balanceakt zwischen ökologischen Schutzmaßnahmen und touristischen Erfordernissen durchzuhalten.

ANTROPOSOPHIE & ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Das Leben, die Arbeit, der Beruf und sein Sinn

In der Berufsfortbildungsreihe »Individualität und Soziale Verantwortung – Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus« des Instituts für soziale Gegenwartsfragen, Stuttgart, fand im April '91 in Berlin eine Wochenendtagung statt unter dem Titel »Individuelles Schicksal und soziale Beziehungen«. Der folgende Beitrag ist der Versuch einer Aufarbeitung unter notwendig subjektiven Vorzeichen, inspiriert insbesondere durch die Referenten Udo Herrmannstorfer (Basel) und Georg Kühlewind (Budapest), durch Rudolf Steiner wie auch durch die lebhaften Diskussionsbeiträge der etwa 80 TeilnehmerInnen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Titus Bahner, Redaktion Heidelberg ● Die Berufswelt verliert spätestens seit Beginn der Industrialisierung ihre Einbindung in begreifbare menschliche Dimensionen, die sie vorher gekennzeichnet hat. Diese Entwicklung ist ein Ergebnis der Befreiung der Menschen von den Fesseln der Religion, der ständischen Gesellschaftsordnung und der bloß »empfindungsmäßig-sinnlichen« Technologie und ist daher nicht rückgängig zu machen. Sie bedingt einen allgemeinen Niedergang der alten, inhaltlich und gleichzeitig sozial definierten Berufe: Sie verlieren ihre Identität in immer spezialisierteren, dem Menschen entfremdeten Teiltätigkeiten im Rahmen der (meist industriellen) Arbeitsteilung.

Doch damit gewinnt die Berufsarbeit eine wichtige Eigenschaft: Sie spielt sich nicht mehr in vorgegebenen, kleinteiligen sozialen Strukturen ab, sondern wird »objektiviert«, indem sie sich ausrichtet an gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen. Nicht mehr überlieferte Technologie, unantastbare soziale Einbindung und sittlich-religiös gefesseltes Geistesleben bestimmen ganzheitlich ihr Umfeld und ihren Inhalt; die Einbindung löst sich auf. Die emotionale Beziehung zur Berufsarbeit wird unmöglich; ich kann keine inhaltliche Erfüllung, keine soziale Definition, keine geistigen Anstöße in der Arbeit mehr finden, wenn sie sich in solcherart anonymisierten und atomisierten Zusammenhängen abspielt. Die Beziehung der Menschen zu ihrer Berufsarbeit gelangt an einen Totpunkt. Kann dieser Totpunkt heute auch als Durchgang verstanden werden? Wenn ja, wohin?

An dieser Stelle ein Wort zur Verständigung. Im vollen Bewußtsein der Schwierigkeit, Arbeit zu definieren, soll sie im folgenden alle Tätigkeit bezeichnen, die Konzentration und Wachheit erfordert: also neben Erwerbs- und Hausarbeit z.B. politische und soziale Arbeit, Beziehungsarbeit, Kultur, Bildung. Beruf ist dann der kennzeichnende Inhalt »meiner« Arbeit; nach einem neuen Verständnis von Beruf geht die Suche. Die alte Identität von Beruf und Erwerbsarbeit in der Berufsarbeit ist dahin, weil der Inhalt von Erwerbsarbeit sich wie oben skizziert aufgelöst hat; damit hat sich auch der alte Berufsbegriff aufgelöst.

Um eine solche Entwicklung in eine neue Qualität weiterzuführen, ist es nicht genug, zur Erwerbsarbeit einen emotionalen Ausgleich zu schaffen. Denn damit bleibt der immer noch größte Teil des Alltags tot und aus dem Leben bewußt ausgegliedert. Die beliebte Variante »nervtötende Büroarbeit, nebenher Schauspielausbildung« bedeutet eine unterschwellige Schizophrenie, worüber sich die Betroffenen meist auch im klaren sind: denn wenn überhaupt, dann will das ganze Leben bewußt gestaltet sein.

Auch in der ökologisch motivierten »Autarkieszene« findet sich das Bestreben, den Niedergang der Erwerbsarbeit nicht qualitativ zu verwandeln, sondern emotional auszugleichen – diesmal nicht auf privater, sondern auf gesellschaftlicher Ebene. Projekte, die auf Selbstversorgung zurückgehen, leugnen in diesem Punkt den gesellschaftlichen Stand der Dinge. Die Arbeitsteilung und mit ihr die Loslösung des Arbeitsprozesses von sozialer Identität – die »Objektivierung« der Arbeit – war ein Befreiungsprozeß und kann daher nicht rückgängig gemacht werden. Autarkieansätze können somit zur Weiterentwicklung der Berufs- und Arbeitswelt keine Beiträge liefern. (Ich weiß, das ist ein Hammer, aber ich laß es trotzdem so stehen.)

Lebenssinn durch Arbeit

Notwendig ist nicht ein Ausgleich, der die seelische Waage wieder geradestellt (Arbeit nervt, Freizeit baut auf), sondern vielmehr ein Gegengewicht zur Arbeit, das diese in einen bewußt durchdrungenen geistigen, politisch-sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhang stellt. Das entscheidende ist die bewußte Durchdringung. War die Arbeit früher gefühlsmäßig (seelisch) tragend, was nur durch ihre feste soziale und religiöse Einbindung möglich war, so ist sie heute inhaltsleer und muß als Gegengewicht bewußt, wach-fühlend, geistig in einen gesellschaftlichen Zusammenhang gestellt werden durch den, der sie leistet.

Der Unterschied ist fein, aber entscheidend. Nicht mehr in der Arbeit finde ich Befriedigung und Sinn, sondern in meiner Beziehung zur Welt, die ich durch die Arbeit habe. Mein Lebensinhalt ergibt sich nicht mehr qualitativ aus dem Beruf; sondern ich bin frei und gezwungen, ihn mir selbst zu definieren und der Arbeit darin ihren Platz zu gebe.

Hier wird deutlich, daß mein Umgang mit Arbeit in einem solchen Zusammenhang entscheidend davon abhängt, was ich eigentlich unter Leben verstehe (...!!), nach welchen Zielen oder Bildern ich es gestalte, und was für eine Funktion der Arbeit in diesem Zusammenhang zukommt.

Wenn ich Leben als Weg zur Selbstverwirklichung auffasse, stellt sich sofort die Frage, was mein Selbst ist; je nachdem wird die Konsequenz eine andere sein. Wer z.B. sich essentiell als VerbraucherIn definiert, wird sich zu erträglichen Bedingungen verkaufen und vom Erlös in der Freizeit dem ungezügelten Konsum frönen. Wer auf Erfolg aus ist, wird als Macher(-in?) viel Anerkennung sammeln, doch schon die Römer wußten um die Leere des Ruhms... Will ich mich selbst entfalten, so wie ich bin – dann kann mich die Welt eigentlich nicht interessieren; denn wozu soll ich dann solidarisch sein, wozu von mir ablenkendes tun, wozu »objektiviert« arbeiten? Will ich in Gemeinschaft und Solidarität mich entfalten, muß ich mich immer noch fragen, wo eigentlich meine Identität ist über die Identität einer sich entfaltenden und wieder verwelkenden Blume hinaus, die eigentlich nur Verschiedenheit ist.

Bewußte Gestaltung durch Arbeit

Diese Fragen sind entscheidend für den gesellschaftlichen Umgang mit Beruf und Arbeit. Das geforderte Gegengewicht der bewußten Gestaltung der Arbeitszusammenhänge gegen die objektivierte Inhaltsleere der Arbeit selbst macht es nötig, Arbeit in eine unmittelbare Beziehung zu der Gesamtbedeutung meines Lebens zu setzen. Einen lebenswirklichen Sinn kann Arbeit dann haben, wenn sie nicht beliebig irgendwo, sondern an »meinem« Platz stattfindet, den ich finden kann (sich für den Berufsweg entscheidende Jugendliche können ein Lied davon singen); und wenn zweitens am Ende des Lebens etwas übrigbleibt, das nicht durch den Tod zerstört wird, – wenn sie in Beziehung zu etwas Dauerndem geschieht. Mit anderen Worten: wenn der Mensch seinen Lebenslauf, den »roten Faden« seines Lebens, nicht als unbeschriebenes Blatt beginnt, und ihn nicht beendet, indem das beschriebene Blatt wieder ausgelöscht wird. Sonst arbeite (und lebe) ich im luftleeren Raum.

Wenn wir wüßten um eine vorgeburtliche und nachtodliche Kontinuität des individuellen Menschenlebens, dann hätte diese Erkenntnis für die Gestaltung der Arbeitswelt fundamentale Bedeutung.

Mit einem alten indischen Ausdruck wird der individuelle Weg des Menschen, sein Schicksal, als Karma bezeichnet. Rudolf Steiner hat Anfang des Jahrhunderts die Lehre von Karma und damit notwendig verbunden von Reinkarnation (Wiedergeburt) für den westlichen Kulturkreis in einer gedanklich klar greifbaren Form zugänglich gemacht (1) und viele Hinweise gegeben, wie sie in einer zukünftigen Kulturentwicklung fruchtbar gemacht werden kann. Der von ihm entwickelte Erkenntnisweg ermöglicht durch langes Üben einen (im Gegensatz zu östlichen Techniken) vollbewußten, denkerisch hinterfragbaren Zugang zu dem geistigen Hintergrund der Welt und damit auch eine Erkenntnis von Reinkarnation und Karma ohne Hokuspokus. Durch unbefangene Beobachtung kann man aber auch ein Gefühl für die Wirklichkeit des Karmawirkens bekommen, ohne es schon geistig zu schauen.

Fortsetzung nächste Seite

Agentur BILWET
Bewegungslehre
Botschaften aus einer autonomen Wirklichkeit

Während die Theoretiker der Neuen Sozialen Bewegungen den einschläfernden Duft von Weihrauch, Tinte und abgewetzten Schreibtisch-stühlen verbreiten, stinken die Botschaften der Bewegungslehre nach Haschisch, Molotow-Cocktails und durchgelegenen Matrazen.
Bewegung, Masse und Medien sind die drei zentralen Elemente der illegalen Wissenschaft mit der die Amsterdamer Agentur Bilwet gegen die tägliche Langeweile, das Selbstmitleid und die Polit-Strategien vorgeht.
Die Botschaften aus einer autonomen Wirklichkeit handeln von Hausbesetzungen, Antifaschismus, Anti-Olympia-Aktivitäten sowie den inneren Strukturen und Mechanismen der Bewegung.
Die Bewegungslehre produziert Lärm, wie er in besten Hausbesetzerzeiten auf den Straßen, in Kneipen und Konzerten zu hören war. Ein Lärm, der nach wie vor durch Ruhestörung gegen die Ordnung verstoßen kann.
Bewegungslehre ist eine Übersetzung aus dem Niederländischen und gerade die "undeutsche" Untersuchung der Agentur Bilwet kann die Diskussionen hier nur befruchten, denn die Personen und Orte der Ereignisse deutschen sich beim Lesen von selbst ein.

200 Seiten, 25,-DM ISBN: 3.89408-012-4
Edition ID-Archiv, c/o AurorA Verlagsauslieferung,
Knobelsdorffstr.8, W-1000 Berlin 19, Tel.:030/3227117

FORTSETZUNG ANTROPOSOPHIE & ALTERNATIVE ÖKONOMIE...

In aller Kürze geht Karma aus von einer Kette von Wiederverkörperungen, in denen jeweils die Ergebnisse der letzten Verkörperung aufgegriffen und weitergeführt werden. Entscheidend sind dabei die Begegnungen und Beziehungen zu anderen Menschen und die Ausbildung von geistigen Fähigkeiten. Zwischen Tod und neuer Geburt verarbeitet der geistige Kern des Menschen, das Ich, die Erlebnisse des Lebens und bereitet im Austausch mit seiner Umgebung die nächste Inkarnation vor. Die Inkarnationen ermöglichen dem Menschen, Erfahrungen in jeweils aufeinanderfolgenden Kulturzusammenhängen zu machen und sich so kontinuierlich mit der ganzen Menschheit weiterzuentwickeln. Zwischen ihnen liegen im Regelfall mehrere hundert Jahre. Karma stellt den Menschen einerseits vor die Ergebnisse der Vergangenheit, die damit Zwang sind; andererseits fordert es ihn auf, von dieser Situation aus frei das neue zu ergreifen, das alte zu verwandeln und somit sein Schicksal zu gestalten. Die Entwicklung des individuellen Bewußtseins und der freien Verantwortlichkeit ist Sinn der Erdenleben; das kann nur geschehen in der Beziehung des Menschen zu seiner Umgebung.

Es kann sich hier nicht darum drehen, Karma zu beweisen; man kann darüber geteilter Meinung sein, und vor allem sollte man nicht daran **glauben**, denn dann wird man es nicht **erkennen** können. Es dreht sich darum, Karma zu **denken**: denn was sind/wären die Konsequenzen für die Gestaltung der Arbeitswelt?

Die Arbeit – wie oben umfassend definiert – ist der Bereich, in dem sich der Mensch mit seiner Umgebung auf verschiedenster Ebene verbindet; das heißt was ein Mensch in seine Arbeit einbringt, wie sie ihn prägt, wie sie seine Entwicklung hemmt oder fördert, das hat entscheidenden Einfluß auf seine schicksalsmäßige Entwicklung. Vor dem Hintergund von Karma wird klar, daß der Mensch nie ein fertiger, sondern immer nur ein werdender sein kann, und daß er sich nicht nur entfaltet, sondern auch gänzlich Neues beginnen kann als Keim für die Zukunft.

»Was wir schon können, führt uns nicht weiter«

Rudolf Steiner führt dazu aus, daß in der Entwicklung des Kindes, die in Sieben-Jahres-Abschnitten gesehen wird, im zweiten Jahrsiebt (7-14) sich die aus dem vergangenen Berufsleben mitgebrachten Fähigkeiten wie als Erinnerung wieder entfalten. Die in diesem Alter sich zeigenden Begabungen sind also Hinweise auf die **vergangene** Inkarnation, nicht auf die aktuelle; hieraus einen Beruf machen zu wollen hieße ein Stück weit das vergangene Leben wiederholen. Demgegenüber zeigt sich im dritten Jahrsiebt (14-21) eine hochsensible Offenheit für das, was in der Welt vorgeht; es werden Ideale hochgehalten, die oft genug in krassem Gegensatz zu den eigenen Fähigkeiten stehen, aber nichtsdestotrotz leidenschaftlich verteidigt werden. Die Jugendliche sucht, wo sie sich an der Welt entzünden kann, und zwar in **diesem** Leben. Mit Glück entsteht daraus in der nachfolgenden Suchphase der Kern ihrer Arbeit.

Unsere auf Erfolg und Leistung genormte Arbeitswelt dagegen tendiert dazu, die Menschen bei dem festzuhalten, was sie eh schon können – das heißt genau das Üben neuer (z.B. sozialer) Fähigkeiten zu verhindern, die aber eigentlich ihre karmische Aufgabe ist! Neues kann bei uns nur im Belanglosen, sozial Unverbindlichen des Hobbys gelernt werden. Demgegenüber müßten wir in der Arbeitswelt geradezu »Unfähigkeitsräume« schaffen, in denen bis zu einem gewissen Grade dilettiert und geübt werden kann, und zwar lebenslang. Denn was wir schon können, führt uns nicht weiter, da es das Ergebnis vergangener Arbeit ist – Frucht, nicht Keim. Rudolf Steiner führt das Beispiel des Mystikers Jakob Böhme an, gelernter Schuhmacher, dessen großartige Schriften einen Endpunkt seines Schaffens darstellen, Resultat vergangener Inkarnationen, während für seine zukünftigen Inkarnationen seine Tätigkeit als Schuster das viel Entscheidendere war!

Vor diesem Hintergrund zeichnet sich vorsichtig ein neuer Inhalt von Arbeit und damit eine neue Definition von Beruf ab. Arbeit erhält Sinn und Inhalt dadurch, daß ich sie, vielleicht nach dem Kriterium der »Richtigkeit«, auf mein Leben und damit die mich betreffenden sozialen Zusammenhänge beziehe – das sind neben meinem bekannten Menschenkreis auch z.B. die Menschen, für die ich produziere, weiter alle, deren Schicksal mich betroffen macht, z.B. in Afrika. Auch die Natur, wenn ich sie wesenhaft begreife, gehört dazu. Mein Beruf ist dann sozusagen Ausdruck meiner karmischen Spezialisierung; das Profil meiner Arbeit oder meiner zahlreichen Arbeiten gestalte ich selbst, der Beruf ist individualisiert und definiert durch **mein Anliegen an die Welt**. Alles andere ist isolierte Tätigkeit.

So wie Erfolg nicht mehr das einzige Kriterium einer solchen Arbeit sein kann, sondern eher die Richtigkeit des Versuchs, so kann ihre Motivation eigentlich nicht mehr im Geld liegen, sondern nur in der persönlichen Initiative. Das ist die inhaltliche Trennung von Arbeit und Einkommen. Damit dürfte auch die äußere Trennung, etwa im Bedürfnislohn, nicht mehr das entscheidende Problem sein.

Bewußtsein und Umstände müssen sich ändern

Aus diesem Arbeits- und Berufsverständnis ergeben sich zwei grundsätzliche Folgerungen: Das Bewußtsein muß sich ändern, und die Umstände müssen sich ändern. (Welch uralte Kombination...) Ohne das erste wird das zweite nicht passieren. Die individuell zu leistende Bewußtseinsarbeit muß die Menschen in die Lage versetzen, ihr Leben mit der Welt in eine sinnvolle Beziehung zu bringen und ihre Vereinzelung zu überwinden durch umfassendes, waches Wahrnehmen. Nur so läßt sich die Brücke schlagen, durch die Arbeit ein Teil des eigenen Lebens wird. Von den Umständen her muß das soziale Umfeld der Arbeit, das im Mittelalter tragend war und heute durch Märkte anonymisiert ist, in Zukunft so gestaltet sein, daß es persönliche Initiative möglich macht und vom ganzen Bewußtsein (nicht nur vom Kopf) durchdrungen werden kann. In der informellen Arbeit finden sich heute schon viele Ansätze: Umweltgruppen, Eine-Welt-Arbeit usw; im materiell produktiven Bereich gibt es z.B. Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften. Auch in der »normalen« Wirtschaft ist die Tendenz unverkennbar, die Arbeitenden durch mehr Transparenz und

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Mitwirkungsmöglichkeiten zu motivieren. Das steht aber stets unter dem Vorzeichen des Firmeninteresses und ist daher eine Freiheit am Gängelband. Die Strukturen und Spielregeln des Wirtschaftsystems verhindern bislang massiv eine lebensfördernde Gestaltung der Arbeitszusammenhänge, – sind sie doch auf das Menschenbild des Homo oeconomicus consumentissimus ausgerichtet, der dann auch in breiter Mehrheit das Ergebnis ist.

Das Geschilderte läßt jede Menge Fragen offen, insbesondere nach den praktischen Konsequenzen. Wichtig scheint mir, daß das Ganze kein automatisch ablaufender Prozeß ist. Die Objektivierung der Arbeit, das Zerfallen der alten Zusammenhänge, die Auflösung der alten Berufe geschehen, als gesellschaftlicher Prozeß gesehen, quasi von allein; es ist Zerstörung von Altem. Neues jedoch »will« nur entstehen aus den Bedürfnissen der zur Individualität erwachenden Menschen heraus, die ihre Lebenszusammenhänge gestalten wollen; es braucht aber die Erfindergabe und konsequente Umsetzung durch eben diese Menschen, um sich zu verwirklichen. Ein gesellschaftlicher Impuls kann auch abgelenkt werden, mißbraucht, in falschen Kompromissen gefesselt oder in inselhafte Vereinzelung getrieben; die Gefahren am Weg sind in der Szene sattsam bekannt. Die gesellschaftliche Zukunft muß aktiv erkämpft werden.

»Arbeit zu meinem Anliegen machen«

Offen und noch nirgends beantwortet ist die Frage, ob die meinen Beruf definierenden sozialen Beziehungen **in** der Erwerbsarbeit stattfinden müssen oder **außer** ihr in der informellen Arbeit, mit anderen Worten: ob die mir inhaltlich wichtigste Arbeit von der Einkommenserzielung getrennt sein **muß** oder ob im Gegenteil gerade **mit** ihr das Einkommen als Existenzgrundlage erwirtschaftet werden soll; ob ich denn doch arbeite, um davon zu leben (z.B. in der Industrie), und mich dort weiter nicht kümmere und dafür meine Umweltgruppe habe, oder ob ich im (z.B. selbstverwalteten) Betrieb meine sozialen Ambitionen auslebe und dafür zu Hause privat bin? Diese unterschiedlichen Modelle stehen wohl auch im Hintergrund der Verständigungsschwierigkeiten zwischen Gewerkschaften und SV-Szene. Ich denke, entscheidend ist, die jeweilige Erwerbsarbeit wie auch alle andere Arbeit zu **meinem** Anliegen machen zu können. Das ist nicht zuletzt eine ganz persönliche Frage der Reichweite und Intention des Bewußtseins: der eine hat's gern etwas näher, die andere schafft mühelos den Sprung in politische Dimensionen. Eine Radmanufaktur z.B. erfordert schon einigen Horizont, um **für** bundesweite Kunden zu arbeiten.

Die neuen Berufe werden ein kunstvolles Mix aus verschiedenen Tätigkeiten unterschiedlicher sozialer Intensität und Reichweite sein. Es ist von daher auch eine Chance, daß die sozial am schwersten zu durchdringenden Prozesse der industriellen Massenproduktion zunehmend automatisiert werden. Sie befriedigen entsprechend standardisierte Bedürfnisse und geben wenig (oder sehr hochstehenden) Stoff für soziale Beziehungen ab. Der sich ausweitende informelle Sektor dagegen ist konkret und durchschaubar. Vor dem Hintergrund dieses sich derzeit abspielenden, aber völlig unkoordinierten Wandels ist eine radikale Umverteilung und Neudefinition der gesellschaftlichen Arbeit fällig (2) mit den entsprechenden Konsequenzen für das Wirtschaftssystem und die Organisation des Arbeits-marktes«; das ergibt sich neben vielem anderen auch aus dem skizzierten neuen Arbeits- und Berufsverständnis.

Zugegeben, es fällt schwer, sich für das Fließband bei VW eine persönliche Durchdringung der Arbeit mit dem individuellen Anliegen des Arbeiters vorzustellen. Aber das entkräftigt mich nicht. Weder aus der Fortschreibung des Vergangenen noch aus der Beobachtung des Gegenwärtigen läßt sich heute die Zukunft folgern. *Wenn die oben entwickelte Einschätzung der Rolle der Arbeit für* das menschliche Leben zutrifft, dann werden sich die Verhältnisse entsprechend ändern müssen, um überhaupt noch zu funktionieren; denn die Menschen werden ihren Beruf, ihr individuelles Anliegen leben wollen. Es ist eine Perspektive für eine heute schon überall erkennbare Zukunft, die wir erfinden und gestalten müssen. ●

Anmerkungen:
(1) z.B. in **Steiner, R.**: Theosophie. Dornach 1980, S.49-70.
(2) dazu z.B. **Biswanger, H.C. et al.**: Arbeit ohne Umweltzerstörung. Frankfurt/M. 1988.

MEDIENTIP

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen analysiert soziale Bewegungen des ländlichen Raumes

Power in der Provinz...

Neue soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen und alternative Milieus sind nicht nur Phänomene großstädtischer politischer Kultur. Auch im ländlichen Raum sind sie seit Jahren aktiv. Schon in den siebziger Jahren sind Alternativprojekte aufs Land gezogen und haben dort mit mehr oder weniger großem Erfolg gearbeitet; die Umweltschutzbewegung hatte stets aktive Gruppen auf dem Land; die Friedensbewegung war und ist immer noch in der sogenannten Provinz präsent. Die Erfahrungen und Probleme dieser Gruppen und Projekte, die Ausbildung alternativer Infrastruktur oder auch die Art und Weise der Anknüpfung an Traditionsbestände im ländlichen Raum sind Themen der Ausgabe.

In einem Einführungsteil werden die Grundlinien der bisherigen Regionalismusdiskussion bilanziert und die Erfordernisse einer eigenständigen Regionalentwicklung diskutiert. Renommierte Provinzforscher skizzieren in einem historischen Überblick die Geschichte politischer Emanzipationsbewegungen in der Provinz von 1968 bis heute und stellen dabei fest, daß kulturelle Pluralisierung und politische Aktionsbündnisse quer zur Parteienlandschaft die Entwicklung der Provinzbewegung seit Mitte der achtziger Jahre kennzeichnen.

In empirischen Fallanalysen werden dann u.a. die Entwicklung des Kampfes gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage und die Endlagerung von Atommüll in Gorleben im Längsschnitt nachgezeichnet, die Ausprägung eines ländlichen Protestmilieus am Beispiel der Odenwaldregion gezeigt, der Bürgerprotest gegen militärische Tiefflüge untersucht und der Widerstand gegen den Rhein-Main-Donau-Kanal vergleichend dargestellt. Erfahrungsberichte verschiedener Initiativen und Projekte (u.a. über Landkommunen, ländliche Bildungsarbeit, Frauenbewegung in Baden-Württemberg), die in einem interessanten Kontrast zu den Erfahrungen städtischer Bewegungen stehen, runden das 120 seitige Heft ab. Im Rubrikteil findet der/die LeserIn wie immer zahlreiche Materialhinweise, Adressen, Termine und eine aktuelle Zusammenstellung von Bewegungsliteratur.

»Power in der Provinz – Ländlicher Raum und neue soziale Bewegungen«, Heft 4/1991 des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen, hrsg. von der Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen, 120 Seiten, Einzelheft 12,50 DM.
ISSN 0933-9361; ISBN 3-924800-18-9

Rechte bedrohter Völker weltweit durchsetzen

damit Krieg und Flucht aufhören!

Ob in Kroatien oder Kurdistan, in Osteuropa, Afrika oder Asien – Millionen Angehörige von Minderheitenvölkern sind auf der Flucht vor Massenvernichtung und Kriegsverbrechen.

Wir müssen endlich handeln

Wer Flucht und Vertreibung wirksam beenden will, muß konsequent gegen die Verantwortlichen vorgehen. Die Gesellschaft für bedrohte Völker gilt seit Jahren als Anwalt unterdrückter Minderheiten **auf allen Kontinenten und in allen politischen Systemen.** Auch in Deutschland nennen wir Verantwortliche und fordern als unbequeme Mahner von unseren Politikern ein entschiedenes Eintreten für Nationalitätenrechte.

Foto: Ralf Eilers

Helfen Sie uns

Zur Fortsetzung unserer Aktionen zugunsten ethnischer und religiöser Minderheiten sind wir dringend auf Ihre Hilfe angewiesen. Bitte unterstützen Sie uns durch Ihre Mitgliedschaft oder Spende, damit wir uns noch wirksamer weltweit für die Rechte bedrohter Völker einsetzen können.

Damit Krieg und Flucht aufhören!

✂ ----------

Gesellschaft für bedrohte Völker

Spendenkto. 935–200 PostgiroA. Hmb. (BLZ 20010020). Spenden steuerlich absetzbar. Bitte informieren Sie mich über die Arbeit der **Gesellschaft für bedrohte Völker.**

Vorname, Name _____

Straße, Nr. _____ PLZ/Ort _____

Den Coupon ausschneiden und einsenden an
Gesellschaft für bedrohte Völker · Postfach 2024 · 3400 Göttingen

MISSLUNGENE UMSTRUKTURIERUNG DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFTEN (LPGen)

»Großkapitalist übernehmen Sie«

Die katastrophale Entwicklung der Landwirtschaft in Ostdeutschland straft die größten Skeptiker Lügen. Schlimmer hätte es nicht mehr kommen können: Sich bereichernde ehemalige LPG-Vorsitzende, Auspressen und Zerschlagen funktionsfähiger Genossenschaften, chancenlose bäuerliche Selbständige und eine Agrargroßindustrie, die goldenen Zeiten entgegensieht.

Harald Schuhmann, Redaktion Genossenschaften ● Kurt Heinrich, Erbe und Eigentümer von drei Hektar Acker- und Grünland in der Gemarkung Trehmsdorf bei Potsdam, wollte es »zunächst gar nicht glauben«. Ohne ihn auch nur zu benachrichtigen, so stellte er eines Abends im Juni fest, hatte jemand seinen Acker bestellt. Und der Feldweg zur dahinterliegenden Wiese war verschwunden. Ein westdeutscher Landwirt, der sich im Nachbarort niedergelassen hat, hatte offenbar an den Eigentümern vorbei im vermeintlichen Landtausch mit der örtlichen LPG die Fläche unter den Pflug genommen – für Heinrich ein schreiendes Unrecht: »Hier beten wir, daß wir mit dem Geld rumkommen, und jetzt wollen sie uns auch noch das bißchen Land wegnehmen«, klagt er und hat nun einen Anwalt verpflichtet, um sich gegen die »Gangstermethoden« zu wehren.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Nur noch per Anwalt verkehren auch Peter Stelzig, der Vorsitzende der LPG-Pflanzenproduktion aus dem benachbarten Saarmund, und sein ehemaliger Kollege Jürgen Krebs von der zugehörigen LPG-Tierproduktion. Stelzig wirft Krebs vor, er habe alte Verträge gebrochen und schulde seinem Unternehmen mehrere hunderttausend Mark. Krebs hält dagegen, daß die Geldforderungen auf unrealistischen Preisen aus DDR-Zeiten beruhen und seine LPG-Tierproduktion nach der Wende ohnehin völlig überschuldet war. Folglich habe er gar nicht mehr bezahlen können. Daß Stelzig ihn bei der Kripo wegen Veruntreuung anzeigte, hat ihn tief verletzt. Mit einem offenen Brief an seine Mitbürger mußte er nun um seinen guten Ruf kämpfen.

Seinen Leumund sieht auch Hartmut Seibel in Gefahr. Der Landwirt aus Hameln hat die Milchviehanlage der in Liquidation befindlichen Tier-LPG gepachtet und sieht sich nun ungerechtfertigten Anfeindungen derer ausgesetzt, die nicht verstehen, warum ein Westdeutscher die Landwirtschaft weiterbetreiben kann, während seine ostdeutschen Vorgänger aufgeben mußten. Dies, obwohl er fünfzehn Leuten Lohn und Brot verschafft, die ohne ihn arbeitslos wären. Seibel wehrt sich mit Strafanzeigen wegen Verleumdung.

Verworrene Rechtslage

Für viele Bewohner der Region ist all das »nur noch furchtbar«, berichtet eine ehemalige LPG-Mitarbeiterin: NachbarInnen grüßen nicht mehr; LandeigentümerInnen und LPG-Mitglieder fühlen sich um ihren gerechten Anteil am Vermögen geprellt; Mahnbescheide, einstweilige Verfügungen und Strafanzeigen sind der Stoff, um den sich Tagesgespräche ranken. In Saarmund und Umgebung, sagen viele Beteiligte, ist der Streit um das Erbe der LPGs zum »Krieg« geworden.

Das gilt nicht nur für Saarmund. Streit und Empörung gehören derzeit in vielen tausend Dörfern der ehemaligen DDR zum Alltag. Wie in keiner anderen Branche hinterläßt die Auflösung der alten Strukturen und die Anpassung an das neue System ein schier unentwirrbares Knäuel von Ansprüchen, ungeklärten Rechtslagen und vermeintlichen oder tatsächlichen Betrügereien.

Die AgrarpolitikerInnen stehen vor kaum lösbaren Aufgaben: Ausscheidende LPG-Mitglieder streiten um die Auszahlung ihres Anteils; ostdeutsche Bauern, die einen eigenen Betrieb aufziehen wollen, fühlen sich von westdeutschen Agrarunternehmen verdrängt; Genossenschaften im neuen Gewand einer GmbH bekriegen sich untereinander, um an die Pacht der besten Böden zu kommen; und alle sehen sich von der Nahrungsmittelindustrie um den gerechten Preis für ihre Produkte betrogen. »Die Lage in unserer Landwirtschaft«, sagt Edwin Zimmermann, Bauernminister in Brandenburg, »ist katastrophal.«

Die Agrarpolitik für den Osten wurde in den vergangenen anderthalb Jahren vor allem im Amt des glücklosen Bonner Bauernministers Ignaz Kiechle und in den Lobbyistenkreisen seiner Christen-Union konzipiert. Und die, klagt Zimmermann, »haben die Struktur hier bei uns bis heute überhaupt nicht verstanden.«

Westdeutsche Bauernlobby

Zuallererst hatte man dort die Interessen der eigenen Klientel im Auge, nämlich der westdeutschen Bauernschaft. Und diese trieb von Anfang an die Furcht, ihr könnte nach einer Anpassungsphase aus den ehemaligen LPGs eine bedrohliche, weil effektivere Konkurrenz erwachsen, die den ohnehin schon großen Druck im Überschußmarkt der Europäischen Gemeinschaft noch verschärfen würde.

Dementsprechend reichte die Phantasie Kiechles anfänglich nur bis zu der Vorstellung, daß »gigantische Größen und industrieähnliche Landwirtschafts-Unternehmen« nun mal »keine Zukunft« hätten. Statt dessen brauche man bäuerliche Familienbetriebe also, »die sich bisher noch stets bewährt« hätten. So erwartete er »denn auch eine kraftvolle Bewegung, heraus aus dem Trott vergangener Gleichmacherei, hin zu mehr Vielfalt in der Landwirtschaft«. Mit seiner Vision hätte Kiechle kaum weiter neben der Wirklichkeit liegen können. Seine »Bewegung« zählt derzeit, ein Jahr nach der Einheit, gerade mal knapp 10.000 Mitglieder, die den Schritt in die private Landwirtschaft gewagt haben, ein Hundertstel der früher 800.000 Beschäftigten der DDR-Landwirtschaft. Gemeinsam bewirtschaften sie wenig mehr als ein Prozent der LPG-Flächen.

Daß der Weg in die Selbständigkeit für die meisten nicht in Frage kam, hat wenig mit mangelndem Mut, dafür um so mehr mit der Einsicht in die Realität zu tun. Um als Landwirt im westlichen Agrarmarkt überleben zu können, braucht es mehr als Land und Hof. Unerläßlich ist auch eine Universalqualifikation, die von der Betriebswirtschaft über alle Zweige der Agrartechnik bis hin zu tiefen Kenntnissen über den verworrenen Dschungel der Subventions- und Marktgesetze der europäischen Gemeinschaft reicht. An allem mangelt es im Beitrittsgebiet.

Unzulängliche Starthilfen

Vor allem aber fehlt es den meisten an Kapital. So rechnen Agrarexperten für die Einrichtung eines neuen Betriebes mit einem Investitionsaufwand zwischen 700.000 und einer Million Mark. Als Starthilfe gewährt die Bundesregierung den »Wiedereinrichtern« aber gerade mal 23.500 Mark, verbilligte Kredite gibt's nur bis maximal 600.000 Mark. Damit und mit der Aussicht, sich für den Rest des Lebens verschulden zu müssen, konnten nur wenige zum Aufbruch in ein freies Bauernleben bewegt werden.

Deshalb muß die übergroße Mehrheit der Landbevölkerung sich nach wie vor in den zerfallenen Strukturen der Kollektivlandwirtschaft zurecht finden. Anders als die Industrieunternehmen waren und sind die LPGs keine Staatsunternehmen, sondern, zumindest formalrechtlich, Eigentum ihrer Mitglieder. Folglich können sie nicht per Treuhand-Beschluß kurzerhand privatisiert und verkauft werden. Statt dessen empfahl das reichlich unausgegorene erste »Landwirtschaftsanpassungsgesetz« der Regierung de Maizère nur die Umwandlung in eine »eingetragene Genossenschaft« nach westdeutschem Recht.

Doch was mit den Ansprüchen ausscheidender Mitglieder geschehen sollte, blieb weitgehend unklar, ebenso, wie sie für jene abgegolten werden sollten, aus deren Höfen die Großgebiete einst zusammengewürfelt wurden. Wieviel ist die dreißigjährige Zwangsnutzung eines Ackers wert, wieviel ein heute halb verfallener Stall? Was bekommen jene, deren verstorbene Eltern einst ihren Hof an die LPG verloren haben, die aber selbst gar nicht mehr Mitglied sind? Was geschieht, wenn Tier- und Pflanzen-Genossenschaften nicht wieder fusionieren, welcher Betrieb muß dann die alten InventareinbringerInnen auszahlen?

Angesichts solcher Unsicherheiten und von Staat und Justiz im Stich gelassen, hatten die alten Leitungskader der ländlichen Großwirtschaft fast anderthalb Jahre weitgehend freie Hand. Eingekeilt zwischen dem plötzlich zusammenbrechenden Markt für ihre Produkte und steigenden Betriebs- und Lohnkosten, kümmerten sich dann viele erst dann einmal um die Rechte ihrer Mitglieder oder LandeigentümerInnen, sondern um ihr eigenes Überleben und das ihres Betriebes. Warum auch, so klagt ein jetzt von seinen einstigen MitarbeiterInnen abgesetzter LPG-Chef, »sollte plötzlich alles Unrecht sein, was wir dreißig Jahre gemacht haben?«

So drückte etwa der Vorsitzende der LPG »Bördeland« im Kreis Wanzleben seinen Mitgliedern eines Tages einen Zettel zur Unterschrift in die Hand, auf dem er die Anteile am Gesamtvermögen auf Dauer der Zugehörigkeit ausgerechnet hatte. Doch wer austreten und ausgezahlt werden wollte, so lasen die überraschten Mitglieder, dessen Anteile sollten nur noch ein Fünftel wert sein. Wer dabeiblieb, sollte KommanditistIn einer GmbH & Co KG werden und seinen Anteil zu einen niedrigen Zinssatz der neuen Gesellschaft überlassen. Zur Belohnung bekamen sie sofort einen Scheck über hundert Mark. »Das war«, empört sich eine ehemalige Mitarbeiterin, »reine Erpressung.« Unaufgeklärt über ihre Rechte, leisten dennoch die meisten brav ihre Unterschrift.

Bekämpfte Neugründungen

In solchem sozialen Umfeld erscheinen die wenigen GründerInnen von neuen Betrieben eher als Störenfriede. Drastisch erfahren hat das Gebhard Scheel aus Groß Leppin im Kreis Kyritz. Als er mit den 45 Hektar Land seines Vaters und weiteren 200 Hektar Pachtland den Neuanfang wagte, schlug ihm krasse Ablehnung entgegen. Bei Rückgabe des Stalls mußte er feststellen, daß ein Bautrupp der LPG vorher alle Installationen demontiert hatte. Maschinen, obwohl überzählig, wollte der LPG-Vorstand ihm nicht verkaufen, einem Nachbarn wurde gar vor Rückgabe des Kuhstalls die ganze Melkanlage herausgerissen. Die Stimmung in vielen Dörfern, meint Scheel, gleiche zur Zeit der »vor 1960, als sie meinen Vater in die LPG zwangen, wir WiedereinrichterInnen werden wie Aussätzige behandelt«.

Gemeinsam mit LeidensgenossInnen gründete Scheel deshalb den privaten »Verband der Landwirte Priegnitz«, der nun seinerseits gegen LPG-Vorstände und deren Verzögerungstaktik gegenüber den Neubauern Front macht. Es drohte die Gefahr, warnte der Agrarpolitiker wider Willen, »daß sich hier eine kleine elitäre Schicht von alten Kadern alles aneignet«.

Genau das wollten Bonns AgrarpolitikerInnen eigentlich verhindern. Um den sozialen Brandherd auf dem Land einzudämmen, kämpfte das Kiechle-Ministerium im Frühjahr ein neues Landwirtschaftsgesetz durch Bundestag und Bundesrat. Seit Juni ist nun, zumindest in der Theorie, genau vorgeschrieben, wer welche Ansprüche zu stellen hat. Demnach bekommen LPG-AussteigerInnen je nach Vermögensstand nacheinander zuerst den Wert der früher eingebrachten Anlagen, Tiere und Feldfrüchte (Inventarbeiträge), dann eine rückwirkende Verzinsung dieser Beiträge sowie ebenso rückwirkend für diese Zeit eine kleine Pacht auf die eingebrachten Böden. Wenn dann noch etwas übrig ist, kommen die dran, die nur durch ihre Arbeit zum Vermögen beigetragen haben.

Ausgepreßte LPGen

Doch der technokratische Versuch, altes Unrecht mit neuen Gesetzen zu tilgen, ist gründlich mißlungen. Recht und Gerechtigkeit, so empfindet die große Mehrheit des Landvolks von Mecklenburg bis Thüringen, liegen weiter auseinander denn je. Nun spalten sich die Dörfer in jene, die unter dem Dach der alten Genossenschaften ihre Arbeitsplätze erhalten wollen, und jene, die nicht minder berechtigt, nun endlich ihre gerechte Entschädigung fordern. Beides ist mangels Kapital häufig gar nicht vereinbar. Das Paragraphenwerk, geißelte deshalb der Sprecher des Mecklenburger Bauernverbandes, sei in erster Linie ein »Kapitalabflußgesetz, das Geld geht weg und nutzt der Landwirtschaft gar nichts«.

Vielfach sind die LPG-Leitungen versucht, sich ihr Unternehmen arm zu rechnen, damit genügend Geld in der Kasse bleibt. Zu Hunderten reichen deshalb alte GenossenschaftlerInnen in den Ministerien bittere Klage über Betrug und Veruntreuung ein. »Es gibt kaum ein Dorf, wo die Bauern mit der Umstrukturierung zufrieden sind«, sagt Brandenburgs Minister Zimmermann. In Gefahr, jeden Rückhalt beim Landvolk zu verlieren, hat er deshalb die Aktion »Gläserne LPG« verordnet, die mittels behördlicher Kontrolle der Bücher Licht ins Dunkel aller umstrittenen »Vermögensauseinandersetzungen« bringen soll.

Für viele tausend einstige LPG-GenossInnen werden die vorgeblichen Auszahlungsansprüche, die ihnen die Bonner AgrarbürokratInnen per Gesetz verheißen, gleichwohl ein leeres Versprechen bleiben. Vor alle Entschädigungen setzen nämlich die Bauernfreunde der CDU, ohne zu zögern, erst einmal den Ausgleich der Altschulden aus DDR-Zeiten. Und die sind gewaltig. Mit fast sieben Milliarden Mark stehen die Genossenschaften und LPG-Nachfolgeunternehmen nach wie vor bei den Banken in der Kreide. Diese wurden kurzerhand zum »Fremdkapital« dekretiert, dem gegenüber das »Eigenkapital«, sprich die Beiträge und Anteile der Mitglieder zurückzustehen haben.

Haftung für Altlasten

Faktisch wird damit die Gesamtheit der Bauern und LPG-MitarbeiterInnen Ostdeutschlands in die Haftung genommen für Hunderte mehr oder weniger erzwungener Investitionen, für die ihre Zustimmung niemals erfragt wurden. Straßen, Schulen, Gesundheitseinrichtungen, aber auch aus heutiger Sicht völlig überteuerte landwirtschaftliche Anlagen wurden damit finanziert. Ihr Gegenwert ist längst nicht mehr zu realisieren. »Wo Altschulden auf den Betrieben liegen, werden die Bauern jetzt ein zweites Mal enteignet«, empört sich deshalb, stellvertretend für viele, Bauernkämpfer Scheel – »diesmal durch die Banken.«

Das ist in erster Linie die Deutsche Genossenschaftsbank (DG Bank), die im vergangenen Oktober das Kreditgeschäft der ehemaligen Bank für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft übernahm, einst Hauptkreditgeberin für die LPGs. Daß die Frankfurter Zentrale des westdeutschen Raiffeisen-Imperiums damit den großen Schnitt gemacht haben soll, wie viele der SchuldnerInnen vermuten, will deren Chef für das Ost-Geschäft, Gerd Schemmann, dennoch nicht gelten lassen. Schließlich stehe man der gleichen Summe, die es jetzt einzutreiben gilt, gegenüber dem Staat und den Einlegerbanken selbst als Schuldner da, die Marge der unterschiedlichen Zinsen auf der Aktiv- und Passivseite sei minimal. Auch ein genereller Schuldenerlaß, wie vielfach gefordert, sei nicht gerecht, »das ginge ja nur wieder auf Kosten der SteuerzahlerInnen«, schließlich habe die neue Bundesrepublik den gesamten Finanzhaushalt der DDR übernommen, damit auch alle Schulden. »Im übrigen«, ergänzt sein ostdeutscher Kollege Gerd Beck, der das Übernahmegeschäft mit aushandelte, »haben die DDR-BürgerInnen auf dem Land meistens besser gelebt als die StädterInnen, viele Dörfer sind gut in Schuß, die Löhne waren höher«, ganz umsonst sei das Geld schließlich nicht geflossen.

Für jene vor allem ältere, ausgeschiedene GenossenschaftlerInnen, die jetzt von ihren kargen Renten leben müssen, erst recht aber für diejenigen, die dringend mehr Kapital für ihre neuen Höfe brauchen, ist das jedoch ein schwacher Trost. Als Hohn muß ihnen zudem erscheinen, daß jetzt ausgerechnet eine westdeutsche Großbank mit den LPG-VorsteherInnen für das Überleben der Großbetriebe zusammenarbeitet. Denn Zins und Tilgung können auf Antrag bei Vorlage eines Sanierungskonzeptes sehr wohl gestundet werden, auf Kosten der Bundeskasse. Als »Merkposten« (Schemmann) bleibt die Schuld trotzdem in den Büchern. »Der Staat«, so Schemmann, »entlastet nicht, um Mitglieder auszuzahlen, sondern um Betriebe überleben zu lassen« – und der Bank langfristig ihre Kunden zu sichern.

Fortsetzung nächste Seite

Contraste_Korrekturen_FuenfteWelle_1992.indd 46 23.09.24 19:56

FORTSETZUNG »GROSSKAPITALIST ÜBERNEHMEN SIE«

Drohende Zwangsliquidation

Allzu viele werden das jedoch vermutlich nicht sein. Gerade mal fünfzehn Prozent aller Betriebsleiter in den neuen Ländern, so ergab eine Befragung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, schätzen ihre finanzielle Situation als stabil ein. In Brandenburg erwartete das Ministerium bei drei Vierteln aller LPG-Nachfolgebetriebe noch 1991 den Konkurs. Verschärft wird die Situation zudem durch die strikte Forderung des Bonner Gesetzgebers, daß die Umwandlung aller LPGs in Unternehmen nach bundesdeutschem Recht bis Ende des gerade vergangenen Jahres abgeschlossen sein sollte. Danach, so bestimmt das Gesetz, müssen die Vorstände ihre Genossenschaften auflösen, auch wenn die Mehrheit der Mitglieder gar nicht will. Wegen der vielen Verzögerungen durch die oft unklare Rechtslage droht die Zwangsliquidation nun auch vielen Betrieben, die eigentlich weiterarbeiten könnten. Trotzdem erteilte Kiechle der von Bauernverbänden und dem Brandenburger Minister Zimmermann erhobenen Forderung nach einer Fristverlängerung eine klare Absage.

Den Vorteil aus dieser Entwicklung, so müssen viele ostdeutsche Landbewohner zu ihrer Verbitterung beobachten, werden in erster Linie westdeutsche UnternehmerlandwirtInnen und Agrarindustrielle ziehen. Denn für Hunderte altbundesdeutscher LandwirtInnen tut sich nun im Osten die Chance für ihr Leben auf.

Zu Hause wirtschaften viele am Rande der Rentabilität. Zwar stützen die EG-Regierungen mit einem aberwitzigen Subventionsregime die Preise, indem sie überschüssiges Getreide oder Fleisch teuer aufkaufen und billig in alle Welt wieder verscherbeln. Doch im Zuge der atemberaubenden Erfolge der Agrartechnik und folglich steigender Produktion sinken Jahr für Jahr die Weltmarktpreise. Auch mit Milliardensubventionen sind die EG-Preise auf Dauer nicht haltbar, mit der Folge, daß mit einiger Verzögerung Amerikas GroßfarmerInnen und Hollands High-Tech-LandwirtInnen letzlich doch die Maßstäbe setzen, an denen sich alle Bauern messen müssen. Der einzige Ausweg, selbst einen Großbetrieb zu führen, ist im Westen aber meist durch hohe Pachtzinsen verbaut. Nun, wo die LPGs im Gezänk und in ihren Schulden untergehen, lassen sich dagegen traumhaft billig Ländereien im 500- bis 1000-Hektar-Maßstab pachten. Besonders in den Regionen der ehemaligen Grenze und nahe den großen Märkten der Städte versuchen Bauern aus dem Westen ihr Glück zu machen. »Hier«, frohlockt etwa ein Übersiedler aus Niedersachsen, der bei Berlin eine Milchviehanlage für 500 Kühe aufbaut, könne man »in ganz neue Größenordnungen reinwachsen, das sind amerikanische Verhältnisse.«

Übernahme durch Agrarindustrie

Zum neuen »Mekka« der westdeutschen Landwirtschaft (so das Fachblatt **Top-Agrar**) wurde insbesondere die Magdeburger Börde, deren Böden zu den fruchtbarsten in ganz Deutschland zählen. Für Unmut sorgen dort vor allem jene schon über hundert sogenannten »Tieflader-Bauern«, die nur zur Saat, zur Ernte und gelegentlichen Pestizideinsätzen mit ihren Maschinen anreisen und allenfalls ein oder zwei einheimische Arbeitskräfte mit der Aufsicht über ihr neues Reich beschäftigen.

Beim Run auf die besten Böden dabei sind auch große westdeutsche Agrarindustrielle. So sicherte sich etwa Reinhold Stöver aus dem niedersächsischen Aldrup, Deutschlands führender Pommes-frites-Hersteller, gleich 2.000 Hektar bestes Bördeland. Ähnliches berichtet der Bauernverband aus Mecklenburg von den Hochertragsböden nahe der Grenze zu Schleswig-Holstein.

Massive Kritik muß sich in diesem Zusammenhang einmal mehr die Berliner Treuhandanstalt gefallen lassen. Aus dem Erbe der volkseigenen Güter und den während der Bodenreform enteigneten Flächen untersteht ihrer Abteilung Land- und Forstwirtschaft immerhin ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in Ostdeutschland. Die staatlichen Treuhand-Manager sind aber gemäß ihrem Auftrag zuerst an möglichst hohen Erlösen und der Einrichtung von krisensicheren Arbeitsplätzen interessiert.

Leer gingen deshalb zum Beispiel die beiden Wiedereinrichter Hertel und Trümmer aus dem Kreis Lübz in Mecklenburg aus, als sie rund dreihundert Hektar Land des benachbarten volkseigenen Gutes pachten wollten. Den Zuschlag bekam ein kapitalkräftiger Landwirt aus dem Westen, der gleich das ganze Gut samt Vieh und dreißig Angestellten übernahm – eine nach Meinung von Mecklenburgs Bauernverbandspräsident Harald Röpke »demütigende Diskriminierung der Ortsansässigen«. Und Fälle wie diesen, ergänzt sein Geschäftsführer, »haben wir hier jede Woche«.

Einheimische als Zaungäste

In Gegenden mit ertragreichen Böden oder marktnaher Verkehrslage sei der Konflikt zwischen LPG und Einzelbauern »gar nicht mehr das Entscheidende«, beklagt deshalb Jochen Dettmer, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, die in Opposition zum CDU-nahen Bauernverband die Interessen kleiner und mittlerer Bauern vertritt. »Wirklich schlimm« sei vielmehr, »daß die Einheimischen überhaupt nur noch Zaungäste der Entwicklung sind«, weil ihnen gar keine Zeit bleibe, sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen und das nötige Eigenkapital aufzubringen.

Und genau das, unterstellen ostdeutsche Bauernfunktionäre, sei von der Bundesregierung gar nicht gewollt. Zum Beleg verweisen sie auf den Paragraphen 53 des alten Landwirtschaftgesetzes. Darin hatte die demokratisch gewählte Mehrheit der letzten DDR-Volkskammer für alle Flächen ihres Landes ein Vorkaufs-und Vorpachtrecht für Ortsansässige verankert, um die Invasion aus dem Westen zu verhindern. Bei den Verhandlungen zum Vereinigungsvertrag bestanden die westdeutschen Agrarier jedoch auf der Aufhebung des Absatzes.

Ironischerweise, resümiert Dettmer, bereite die solcherart »konzeptlose Agrarpolitik der Bundesregierung« nun den Weg für eine Entwicklung, die sie nach dem Bekunden ihres Ministers Kiechle gerade hatte verhindern wollen: »Am Ende werden hier fast nur noch Großbetriebe übrigbleiben, die entweder von westlichen Unternehmer-Landwirten oder den wenigen überlebensfähigen LPG-Nachfolgern bewirtschaftet werden.« Die größten und gefährlichsten Konkurrenten für die vielen westdeutschen Klein- und Mittelbauern, so Dettmer, »sitzen bald nicht mehr in Holland, sondern in Ostdeutschland«. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

KURZMELDUNGEN

Betriebswirtschaftliche Branchenkooperation (BBK)

Die Branche der Friseurgenossenschaften ist mit 12 Mitgliedsbetrieben im Verband Deutscher Produktivgenossenschaften (vdp) recht zahlreich vertreten. Mit Frau Hörold, Neue Linie e.G. Roßlau und Herrn Jensch, Labelle e.G. Delitzsch, hat der vdp kompetente Fachleute im Vorstand und Verbandsrat.

Eine erste Aktion des vdp im Rahmen der betriebswirtschaftlichen Branchenkooperation fand Anfang Dezember 1991 statt. Es gelang gemeinsam mit unserem europäischen Dachverband CECOP, Herrn Ghislein d'Amour, einen versierten Fachberater im Friseur- und Kosmetik-Markt, für einen ersten Besuch in Dessau zu gewinnen.

Es fanden über beide Tage sehr fruchtbare Gespräche mit ihm und zwischen den anwesenden Mitgliedsgenossenschaften statt. Dabei ging es um die mittlerweile gemachten Erfahrungen im Bezug auf Großunternehmen als Anbieter von Waren und Dienstleistungen sowie im Bezug auf sich verändernde Märkte. Es wurden Diskussionen geführt zu den Themen Preisbildung, Lohnentwicklung und Gewerberaumproblematik sowie gemeinsame Aktivitäten wie z.B. Materialeinkauf, MitarbeiterInnenqualifizierung erörtert. Angestrebt wird eine verstärkte Zusammenarbeit bis hin zum eigenem »Pool«.

In weiteren, regelmäßigen Arbeitstreffen, sollen die bisher erarbeiteten Ideen zu vertieft und umgesetzt werden, um schon kurzfristig mögliche wirtschaftliche Vorteile der an der BBK beteiligten Betriebe zu erreichen.

Der vdp will branchenbezogen weiter arbeiten und die gemachten Erfahrungen auch auf andere Branchen wie z.B. Malerbetriebe und Baugewerbe übertragen.

Besuch in Südtirol

Auf Einladung ihres Präsidenten, Alberto Stenico besuchten 17 Mitglieder des vdp vom 10.-12. Januar 1992 den »Lega«-Bund der Genossenschaften in Bozen.

Vom vdp waren Genossenschaften aus den Bereichen Baugewerbe, Friseure und Schuhmacherei vertreten.

Der Genossenschaftsverband »Lega« ist in ganz Italien vertreten. Die dort angeschlossenen Betriebe sind nicht nur im Bereich der Produktions- und Arbeitsgenossenschaften angesiedelt, sondern ebenso im kulturellen Bereich, im Dienstleistungs- und Konsumsektor, sowie im Sektor der Wohnbau- und Solidaritätsgenossenschaften zu finden.
Im Verlauf des Aufenthaltes erfolgte die Besichtigung der Genossenschaft KOLIBRI (einer Buchhandlung), der Genossenschaft ZELIG (einer Filmschule) sowie einer Bauarbeitergenossenschaft und eines Handwerker-Consortiums.

Zudem bestand Gelegenheit, die Genossenschaft PRISMA kennenzulernen, die audiovisuelle Programme erarbeitet.

Der Besuch des vdp stieß auf Interesse sowohl bei der Südtiroler Landesregierung (Treffen mit Regionalrat für Genossenschaftswesen) wie auch bei der lokalen Presse.

»Als Fazit dieses ersten Arbeitsbesuches von Genossenschaften der neuen Bundesländer in einem Land, in dem Genossenschaften einen beträchtlichen Erfolg in der Marktwirtschaft haben, war es für alle TeilnehmerInnen eine Motivation, ihre eigenen Genossenschaften zu stärken, damit auch dem Genossenschaftswesen in den neuen Bundesländern eine ihm angemessene Beachtung geschenkt wird.«

Ost-Netz bereits in Mache

Als Reaktion auf unsere Kurzmeldung über VerNETZungsagenturen (CONTRASTE 1/91) und ihre bislang unerfüllte Sehnsucht nach überregionaler Kooperation kabelte CONTRASTE-Dessau postwendend: »Das Ost-Netz steht bereits!«. Gemeint ist das Projekt ProRegio, eine Verbundvernetzung von sieben in Gründung befindlichen Regionalagenturen, die der Verband der Produktivgenossenschaften und Arbeitslosenverband Sachsen-Anhalt (ALV) gemeinsam mit europäischen PartnerInnen von CECOP, insbesondere den BritInnen und ItalienerInnen gebildet haben. Kontakte bestehen auch zu den Beratungsbüros »Südschiene« und einem Frauennetz. Näheres Info über CONTRASTE Dessau...

Auch Euro-Netz entsteht

Auch europaweit stehen die Zeichen auf Vernetzung der regionalen Netze. VertreterInnen alternativer Netze aus Belgien, Portugal, Italien, England, Frankreich und Deutschland gründeten unlängst in Brüssel eine »Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung« (EWIV). Die EWIV soll neben dem eher pragmatisch und fallbezogen verabredeten Konsortien (zur Bereitstellung von Strukturfonds-Kohle) und neben dem eher auf politischer Ebene handelnden »Europäischen Netzwerk der Alternativ- und Solidarwirtschaft« alternative Finanzierungsstrategien eröffnen. Nähres in den Berichten und Protokollen der Gründungsveranstaltung des Europäischen Netzwerks... Zur derzeit tagenden Versammlung in Brüssel haben sich ca. 100 TeilnehmerInnen aus zahlreichen Ländern innerhalb und außerhalb Europas angesagt.

Anzeige

„Nur wer sich ändert, bleibt sich treu."

Wolf Biermann

Wir nehmen Sie beim Wort, Herr Biermann. Getreu Ihrem Grundsatz hat die tageszeitung sich zu einem entscheidenden Schritt entschlossen: Wir gründen die 'taz-Verlagsgenossenschaft', die den taz-LeserInnen gehören soll. Ab jetzt können Sie Anteile zwischen 1.000 und 50.000 Mark zeichnen und so dafür sorgen, daß wir die Zeitung machen können, die Sie schätzen.
Wer sich für eine Mitgliedschaft in der 'taz-Verlagsgenossenschaft' interessiert, bekommt Informationsmaterial unter der Anschrift: die tageszeitung, -Genossenschaft-, Kochstraße 18, 1000 Berlin 61.

Ich bin interessiert an der 'taz-Verlagsgenossenschaft'.

Name: .....

Straße: .....

Plz./Ort: .....

Bitte ankreuzen:

☐ Ich weiß schon jetzt, daß ich Mitglied werden will.

☐ Ich möchte einen Anteil in Höhe von

DM .....

zeichnen, sobald die Genossenschaft gegründet wurde und der Vorstand meine Aufnahme als Mitglied beschlossen hat.

taz, die tageszeitung.

SERIE »AUF DER SUCHE NACH ALTERNATIVEN GELDANLAGEN UND FINANZIERUNGEN«, TEIL V

Sauberes Geld für saubere Geschäfte

Um Ideen zu verwirklichen, ist fast immer Geld notwendig. Doch woher nehmen, wenn das eigene Portemonnaie nicht gut genug gefüllt ist? Diese Frage dürften sich vor allem Leute stellen, die im alternativen Bereich tätig werden wollen. Soziale, umweltorientierte oder demokratische Prinzipien und Ziele werden bei der Kreditvergabe durch Banken in der Regel nicht entsprechend honoriert. Bis vor kurzem schreckten solche Unternehmensziele die Banken sogar ab.

Redaktion Heidelberg ● »Alternativ« wurde mit einem fragwürdigen Lebensstil verknüpft und galt als kreditunwürdig. Inzwischen haben sich aber viele Alternativbetriebe am Markt behaupten können, und auch die Banken haben erkannt, daß alternative Ziele und ökonomisches Handeln keineswegs Widersprüche sein müssen. Die ersten Fragen der meisten Banken dürften heute so lauten: »Welche Sicherheiten haben Sie zu bieten? Wie sind die ökonomischen Erfolgsaussichten?« Besonders honoriert werden die sozialen, umweltorientierten oder demokratischen Ziele jedoch nicht. Nur wenige Banken bilden hier eine Ausnahme.

Das Problem der Finanzierungsmöglichkeiten alternativer Projekte und moralisch anspruchsvoller Privatleute reicht aber noch tiefer. Wie sauber ist die Quelle, von der ich Geld bekomme?

Wer möchte schon der Geldwäscherei dubioser Geschäftemacher dienlich sein? Auch Kredite von Banken, die große Rüstungsfirmen zu ihren Kunden zählen, dürften reichlich Bauchschmerzen bereiten.

Doch nicht nur bei Banken sind Kredite erhältlich. Es gibt auch noch den Direktkredit, bei dem Geldanleger und Kreditnehmer in direktem Kontakt stehen. Speziell für alternative nichtkommerzielle Projekte kann man auch Zuschüsse erhalten.

Vielleicht können wir ein wenig bei der Suche nach der »richtigen« Geldquelle behilflich sein.

Kredite

Kredite sind von **jeder Bank** zu bekommen, sofern Sicherheiten und ökonomische(!) Ertragsaussichten stimmen. Es gibt von der Commerzbank spezielle Kredite für Umweltschutzmaßnahmen. Doch sind sie mit der Auflage verbunden, öffentliche Umweltförderkredite ebenfalls über die Commerzbank aufzunehmen. Diese **öffentlichen Förderkredite** sind auch für Energiesparmaßnahmen oder zur Ausbildungsförderung erhältlich. Für selbstverwaltete, soziale oder sonstige alternative Betriebe ist keine spezielle Förderung vorgesehen. Die öffentlichen Förderkredite sind grundsätzlich von den herkömmlichen Banken zu vermitteln und zu verwalten. Sie sind in der Regel etwas günstiger als die normalen Bankkredite, doch auch bei diesen Krediten kommt man von seiner Hausbank nicht weg, und die ökonomischen Daten und Sicherheiten müssen auch hier im rechten Lot sein.

Daß das Geld, welches man eventuell bekommt, aus ethisch akzeptablen Quellen sprudelt, ist nicht zu erwarten. Alle Großbanken sind entweder über Beteiligungen oder durch intensive Geschäftsbeziehungen mit Rüstungs-, Kernkraft- oder naturzerstörenden Unternehmen verbunden. In dieser Hinsicht sind sie also zu meiden. Die kleinen Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken sind über ihre Spitzeninstitute mit derartigen Unternehmen verflochten. Direkte Geschäftsbeziehungen dürften nur bestehen, wenn diese Firmen Niederlassungen im Geschäftsgebiet der jeweiligen Volksbank, Raiffeisenbank oder Sparkasse unterhalten. Das bedeutet jedoch nicht, daß diese kleinen Banken ethisch orientiert wären, auch sie achten genauso wie die Großbanken in erster Linie auf die ökonomischen Daten.

Eine in den letzten Jahren bekannt gewordene Alternative zu den oben genannten Banken ist die **Ökobank**.

Sie bietet Förderkredite auf den Gebieten Umweltschutz, Frauenförderung, Selbstverwaltung, Kultur, Dritte Welt, Bildung und Psychiatrie an. Eines der bekanntesten geförderten Projekte dürfte der Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland e.V. (VCD) sein. Diese Förderkredite sind ca. 1-2% billiger als normale Bankkredite. Da auch die Ökobank kein Geld verschenkt, muß die Rückzahlung der Kredite sichergestellt sein, somit sind auch die banküblichen Sicherheiten zu stellen.

Projekte, die zwar ideologisch förderwürdig sind, ökonomisch jedoch nicht auf festen Beinen stehen, können unter Umständen trotzdem in den Genuß eines Förderkredites kommen, wenn sich GeldanlegerInnen bereit erklären, das Ausfallrisiko zu übernehmen. In einer Art Direktkreditvermittlung legt die Bank einen speziellen Projektsparbrief auf, dessen KäuferInnen sich zur Verpfändung des Briefes als Kreditsicherheit verpflichten. Die Ökobank verwaltet dann nur noch den Kredit und verzichtet auf einen Teil der Provision und der Zinsmarge. Der Zinsverzicht der GeldanlegerInnen kommt nicht der Bank sondern den KreditnehmerInnen zugute. Je höher der freiwillige Zinsverzicht der GeldanlegerInnen ist, desto günstiger wird der Kredit für die KreditnehmerInnen.

Über die Förderungswürdigkeit eines Projektes entscheidet der »Frankfurter Beirat«. Dieser Beirat setzt sich aus Sachverständigen zusammen, die haupt- oder ehrenamtlich in den Bereichen arbeiten, welche von der Ökobank gefördert werden. Die Einrichtung dieses Beirates ermöglicht nach Ansicht der BankgründerInnen die bestmögliche Prüfung der Förderungswürdigkeit einer KreditnehmerIn, hat jedoch den Nachteil, daß Kreditentscheidungen häufig sehr viel Zeit benötigen.

Öffentliche Förderkredite, die über die herkömmlichen Banken vermittelt werden, können auch über die Ökobank beantragt werden. Die Konditionen werden hierbei vom Staat weitgehend vorgeschrieben.

Doch nicht nur Förderkredite sind bei der Ökobank erhältlich. Sind die Förderbedingungen nicht erfüllt, werden Kredite mit marktüblichen Zinssätzen vergeben, sofern der/die KreditnehmerIn den Satzungszielen der Ökobank nicht zuwiderläuft.

Bei der Ökobank kann man sicher sein, daß keine direkten Beziehungen zu Daimler, Nestle, RWE, Esso etc. bestehen. Die nicht als Kredite gebundenen Einlagen werden vor allem in Wertpapieren anderer Kreditinstitute (Kreditinstitute mit Sonderaufgaben und Landesbanken der verschiedenen Bundesländer) und auf Konten bei der Südwestdeutschen Genossenschaftsbank und bei der Bank für Sozialwirtschaft, der Fachbank der freien Wohlfahrtspflege, angelegt; keine Bank kann alle Einlagen als Kredite wieder ausleihen.

Für die Allgemeinheit weniger bekannt ist vielleicht die **GLS Gemeinschaftsbank** in Bochum, die anthroposophisch ausgerichtet ist. Gefördert werden vor allem Waldorfschulen, die 1974 den Gründungsanlaß für die GLS bildeten. In letzter Zeit werden aber auch Projekte aus den Bereichen Selbstverwaltung und Ökologie unterstützt.

Die GLS-Kredite bis maximal 200.000 DM werden nicht dinglich (durch Grundschulden oder Verpfändung) gesichert, sondern sind durch persönliche Bürgschaften (Leihgemeinschaften) zu sichern. Die BürgInnen sollen so besonders motiviert werden, sich für ihr Projekt einzusetzen. In erster Linie stehen also der Mensch und seine Motivation im Vordergrund. Die GLS-Kredite sind extrem günstig, da sich die Bank ausschließlich mit niedrig verzinslichen Spareinlagen und unverzinslichen Genossenschaftsanteilen refinanziert. Leider dürften Laufzeiten von höchstens 4 Jahren für viele Projekte zu kurz sein. Die an die geförderten Projekte gestellten Bedingungen sind eng an den anthroposophischen Ideen ausgerichtet, so daß wohl nur wenige in den Genuß eines Kredites kommen. Der Bank-Projekt-Kontakt ist stark ausgeprägt, so daß diese Beziehung als wohltuende Hilfe, vielleicht aber auch als unerwünschte Einmischung empfunden werden kann.

Von der GLS-Bank erhaltene Gelder können als sauber betrachtet werden. Die niedrige Verzinsung der Einlagen bei der GLS dürfte keine Großkonzerne reizen, auch die Bank selbst würde solche Kunden abweisen.

Die **Integra Spar- und Kreditgenossenschaft eG**, eine kleine Bank der katholischen integrierten Gemeinde in München, unterstützt die Mitglieder der Gemeinde sowie kleine und mittlere Gewerbebetriebe, ökologisch orientierte Unternehmen und gemeinnützige Initiativen.

Auch von den **Netzwerken e.V.** der verschiedenen Regionen können Projekte und Initiativen – keine Einzelpersonen – Kredite bekommen. Das erste Netzwerk in der Bundesrepublik entstand 1978 in Berlin nach dem Vorbild einer Londoner Einrichtung und war der erste Versuch, Geld für alternative Projekte zu organisieren. Rasch entstanden über 30 Netzwerke in den verschiedenen Regionen, doch heute verfügt nur noch der Berliner Verein über ein nennenswertes Beitrags- und Spendenaufkommen, mit dem Projekte unterstützt werden. Doch auch die Berliner vergeben weniger als eine halbe Millionen DM an Krediten und Zuschüssen pro Jahr.

Kredite und Zuschüsse bekommen nur Projekte, die keine Kredite von den Banken erhalten und folgende Anforderungen erfüllen:

- demokratische Selbstverwaltung,
- modellhaft alternative Arbeits- oder Lebensform bzw. sozialer, aufklärerischer oder emanzipatorischer Charakter,
- nicht auf individuellen Profit gerichtet,
- Bereitschaft zur Kooperation mit gleichgerichteten Projekten,
- personelle Kontinuität und organisatorische Funktionsfähigkeit,
- längerfristige Perspektive zur wirtschaftlichen Selbständigkeit (nicht bei pädagogischen, sozialtherapeutischen und künstlerischen Projekten).

Je nachdem ob aus dem Projekt das Geld voraussichtlich zurückgezahlt werden kann oder ob es sich um eine einmalige Aktion handelt (z.B. eine Informationsveranstaltung), wird ein Kredit oder ein Zuschuß vergeben. Insgesamt ist der Erfolg der Netzwerke allerdings bescheiden, so daß im ökonomischen Bereich die Ökobank die Führung der Alternativbewegung übernommen hat.

Auch die **Ökofonds** einiger Bundesländer vergeben Kredite. Die Ökofonds gehören rechtlich zum Parteivermögen der GRÜNEN. Bundesweit wurden damit seit 1983 über 4.000 Projekte mit insgesamt 12 Mio. DM gefördert. Die für eine Kreditvergabe zu erfüllenden Kriterien entsprechen weitgehend denen der Netzwerke, über die auch die meisten Mittel vergeben werden. Teilweise werden die Kredite auch über die GLS-Gemeinschaftsbank vergeben; in diesem Fall sind die Richtlinien der GLS ausschlaggebend. Die vergebenen Kredite sind zinslos.

Der Vergabeausschuß, der die Förderungswürdigkeit der Projekte beurteilt, besteht je zur Hälfte aus Parteimitgliedern der GRÜNEN und aus Vertretern der Initiativ- und Projektbereiche (z.B. B.U.N.D., Netzwerk, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft u.a.). Das Problem der Ökofonds liegt in der langwierigen Entscheidungsfindung; zwei Monate Bearbeitungszeit sind üblich. Seit der mißglückten Bundestagswahl 1990 leiden die Ökofonds an Geldknappheit, was die Projektförderung stark eingeschränkt hat. Zu den bekanntesten geförderten Projekten gehören der Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland e.V., die Zeitschrift Ökotest und »Das bessere Müllkonzept«, eine bayrische Bürgerinitiative.

Die **Bank für Sozialwirtschaft GmbH** vergibt Kredite an soziale und gemeinnützige Einrichtungen.

Direktkredit

Auch der Direktkredit soll hier genannt werden. Der Vorteil des Direktkredites liegt in der persönlichen Beziehung von Kreditgeber und Kreditnehmer. Allerdings ist das Risiko für den Kreditgeber bedeutend größer als bei einer konventionellen Geldanlage bei einer Bank. Dafür wissen beide Partner, woher das Geld kommt, und wohin es geht. Freunde, Bekannte oder Verwandte sind oft bereit, gute Ideen mit Krediten zu unterstützen.

Doch sind Direktkredite auch auf anderen Wegen und von anderen Geldgebern zu erhalten. Bei der Suche helfen die **GLS-Gemeinschaftsbank, Die Paritätische Geldberatung, das Kreditnetz für Frieden, Ökologie und Selbstverwaltung e.V. , die Trion Geldberatungsgenossenschaft eG.** und die **Netzwerke**. Wie diese Vermittler arbeiten und ihre Schwerpunkte wurde schon im vorangegangenen Bericht über die Direktkredite aus Sicht der GeldanlegerInnen genauer beschrieben. Die Konditionen (Zinsen, Sicherheiten ...) sind frei zwischen KreditgeberIn und KreditnehmerIn zu vereinbaren, und die Verdienstspanne der Banken (Zinsmarge) fällt weg. Die Vermittler übernehmen gegen Gebühr eventuell die Verwaltung der Kredite, haben ansonsten jedoch nichts mit dem Kredit zu tun, insbesondere übernehmen sie nicht das Ausfallrisiko.

Von der **Ökobank** wird neben der bereits oben beschriebenen Sonderform der Direktkreditvermittlung kein Direktkredit vermittelt.

Bürgschaften

Häufig werden Kreditwünsche mit dem Hinweis auf mangelnde oder gar fehlende Sicherheiten abgelehnt. Aushelfen können hier Bürgschaften. Als BürgInnen kommen nicht nur Freunde, Verwandte und Bekannte in Frage, sondern auch spezielle Institutionen.

Die **Gemeinnützige Kredit-Garantiegenossenschaft e.G, Bochum**, die zusammen mit der GLS Gemeinschaftsbank eG und der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V. zu den anthroposophischen Instituten zählt, übernimmt Bügschaften, sofern die an die Projekte gestellten (anthroposophischen) Ansprüche erfüllt werden. Die Bedingungen der GLS Gemeinschaftsbank gelten auch für die Kredit-Garantiegenossenschaft.

Die **Berliner Bürgschaftsbank für kleine und mittlere Betriebe** (ehemals Haftungsassoziation) übernimmt für kleine und mittelgroße Betriebe und kooperative Unternehmen Bürgschaften, sofern diese ein ökonomisch tragfähiges Konzept vorweisen können und die Banken den Kredit nur wegen mangelnder Sicherheiten verweigern. Damit die Hausbank nicht das volle Kreditrisiko auf die Bürgschaftsbank abwälzt, werden maximal 80% des Kreditbetrages verbürgt. Für die Bürgschaft fallen einmalig 1% Bearbeitungsgebühr und jährlich 0,75% Provision auf den noch nicht getilgten Bürgschaftsbetrag an. Außerdem sind die Kreditzinsen an die Hausbank zu zahlen. Die wichtigsten Geldgeber der Bürgschaftsbank sind die Evangelische Landeskirche von Berlin und Brandenburg (1 Mio. DM) und das Land Berlin (10 Mio. DM).

Auch von einigen **Netzwerken** werden Bürgschaften für Kredite gegeben. Die Kriterien hierfür sind die gleichen wie schon bei den Krediten beschrieben wurde.

Bei der Suche nach Bürgen helfen auch die Direktkreditvermittler.

Zuschüsse

Zuschüsse sind verständlicherweise weder von herkömmlichen Banken noch von Banken des alternativen Sektors zu erwarten. Unternehmensgründungen werden häufig vom Staat oder durch die für die Branche zuständige Kammer oder Innung bezuschußt. Doch auch hier gilt: Das ökonomische Konzept muß stimmen. Selbstverwaltung oder ähnlich »suspekte« Ziele finden keine besondere Beachtung. Genauere Informationen sind bei den Banken, Kammern und Innungen zu bekommen. Der Anspruch auf sauberes Geld kann dann aber nicht aufrecht erhalten werden.

Außer von den öffentlichen oder quasi öffentlichen Institutionen sind speziell für den alternativen Bereich unter Umständen Zuschüsse von den Netzwerken oder von den Ökofonds erhältlich. Diese Zuschüsse sind für nicht-kommerzielle Aktionen gedacht. Dazu gehören die Erstellung von Flugblättern, die Durchführung von Informationsveranstaltungen und sonstige soziale oder künstlerische Projekte. Große Geldbeträge dürfen hierbei natürlich nicht erwartet werden. Die Vergabekriterien entsprechen den Bedingungen der Netzwerke bzw. der **Ökofonds**, die bereits oben unter dem Stichwort »Kredite« genannt wurden. Die anthroposophische Gemeinschaftsbank vergibt unter bestimmten Bedingungen »Zweckzuwendungen«.

Wer suchet, wird finden?

Die Suche nach der richtigen Geldquelle hat sich als äußerst schwierig erwiesen. Keine der vorgestellten Banken oder sonstigen Institutionen kann sowohl die ethischen Ansprüche als auch eine umfassende Unternehmensfinanzierung und -beratung leisten.

An der altbewährten (?) Hausbank geht immer noch kein Weg vorbei. Doch zumindest teilweise können alternative Banken und andere Einrichtungen beim Aufbau eines ethisch orientierten Unternehmens helfen und somit die anfangs erwähnten Bauchschmerzen lindern. ●

Autorenteam:
Dr. Arnd Kluge
Dipl.-Volkswirt Walter Müller
Martin Wiekert
und Olaf Voß

In unserer November-Ausgabe veröffentlichten wir eine Übersicht der Anbieter alternativer Finanzdienstleistungen, die wir am Ende dieser Serie noch einmal in überarbeiteter Form abdrucken werden, da die nachfolgenden Texte (ein paar) Aktualisierungen enthalten.

Anzeige

LEGEN SIE SICH AN MIT UNS

Wir suchen **AnlegerInnen**, die sich in Form der **Stillen Gesellschaft** an unserem selbstverwalteten Großhandel beteiligen wollen.

12 Jahre eigensinniges Beharren auf kollektiven Eigentums- und Arbeitsbedingungen

= 12 Jahre SELBSTVERWALTUNG

Großhandel mit Produkten (Nicaragua-Kaffee, Tee, Kräuter, Säfte,...), die bestimmten Kriterien genügen, wie - ökologische Verträglichkeit
- möglichst direkter Bezug von ProduzentInnen und AnbauerInnen

Aufklärung über Strukturen und Abhängigkeiten des Handelns mit "Kolonialwaren"
Unterstützung von sozialen und politischen Projekten mittels Spenden hier und anderswo.

ökOTOPiA

Gneisenaustr. 2a · 1000 Berlin 61 ·

JOBS

Wir 4 w, 2 m suchen für unser Cafékollektiv Männer, die Lust haben, mit uns selbstverwaltet weiterzukommen. Bitte meldet Euch schriftlich oder telefonisch:
Nepomuk
Café · Kultur · Politik
in Selbstverwaltung
Burgstr. 9
W-7410 Reutlingen
☎ (0 71 21) 33 48 28

Selbstverwaltetes Sozio-kulturell-öko-spirituelles Landprojekt in Thüringen (Nähe Jena) sucht MitmacherInnen, die hier und jetzt und mit ganzer Kraft neu anfangen wollen.
Infos oder vorbeikommen bei:
SPORE e.V.
Papiermühle Nausnitz
O-6521 Nausnitz

Wir arbeiten selbstverwaltet und suchen dauerhafte Verstärkung für unser Kollektiv:
- ○ Kommst Du aus der KFZ-Branche und bist **MeisterIn** oder **KFZ-GeselIIn** – dann könntest Du gut bei uns aufgehoben sein...
- ○ Oder bist Du **Rundfunk- und FernsehtechnikerIn** oder evtl. ein für diesen Beruf umschulungsberechtigter technisch versierter Mensch, dann melde Dich doch einfach mal bei uns.
- ○ Oder hast Du (Frau) Spaß und bereits Erfahrung mit **Fahrradtechnik** und KundInnenbetreuung? Dann brauchen wir Dich sofort.

Werkhof Bremen
Hohentorsheerstr. 160
2800 Bremen 1
☎ (04 21) 50 05 71

»DRITTE«-WELT

Für die Zeit vom 20.5. bis 28.6.1992 organisieren wir eine Rundreise einer 8-10köpfigen Indio-Delegation aus Lateinamerika aus Anlaß der »500 Jahre Kolonisierung und Widerstand« nach Deutschland.
Eine Anfrage an die »alternativen Fair-Sicherungsleute«: Wer hat günstige Angebote zu machen für eine Krankenversicherung für diesen Monat für 8-10 Personen (z.B. evtl. Notwendigkeit zum Zahnarzt, Arztbesuche...)
Angebote an:
AK Päd. Freire-3.-Welt-Päd.
c/o AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

JOBS

Gute/r HandwerkerIn gesucht! Wir, selbstverwaltet, knapp zehn Frauen und Männer führen ökol. orientierte Bauarbeiten (Renovierung, Aus- und Umbau) aus.
4. Welt Koop e.V. München
☎ (0 89) 260 33 83 o. 16 61 78

Die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. (ASW) ist eine kleine entwicklungspolitische Organisation, selbstverwaltet und ohne hierarchische Arbeitsteilung.
Wir suchen zum 1.7.92 eine/n **ReferentIn** für den Bereich Verwaltung (3/4 Stelle/BAT Vb).
Ihre Aufgaben:
- ○ Buchhaltung, Bilanzierung, Budgetplanung;
- ○ Drittmittel-Beantragung – Abrechnung;
- ○ Betreuung der EDV-Anlage (Netzwerk)

Ihre Voraussetzungen:
- ○ mehrjährige praktische Verwaltungs- und EDV-Erfahrung;
- ○ nach Möglichkeit Kenntnis der Arbeit freier Träger und der Entwicklungszusammenarbeit;
- ○ englische Sprachkenntnisse.

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n **BuchhalterIn** für unsere Kinderzeitschrift SAMSOLIDAM (25 Wochenstunden, ausbaufähig, BAT Vb).
Ihre Aufgaben:
- ○ Buchführung, allgemeine Verwaltungsarbeit, Abo-Verwaltung;
- ○ EDV-Kenntnisse, Kenntnis im Steuerrecht, Selbständiges Arbeiten; Eigeninitiative;

Ihre Bewerbung richten Sie bitte mit den üblichen Unterlagen an:
ASW e.V.
Hedemannstr. 14
W-1000 Berlin 61
☎ (0 30) 251 02 65

JOBSUCHE

Tischler sucht Zivistelle. Am besten in Teamarbeit!
Tim Wehmeyer
Westerschauer Weg 22
W-2331 Barkelsby
☎ (0 43 51) 8 69 07

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Grünanlage! Wir wollen über die Möglichkeit sauberer Geldanlage informieren. Wer hat Interesse? Freundeskreis ökologisches Investment e.V., Kirchfeldstr. 11
4000 Düsseldorf 1

ÜBERSETZUNGEN

Erledige Übersetzungen in Englisch und Spanisch für die Bereiche: Entwicklungsh., EDV, Verwaltung u. allg. Korresp. mit mod. Textverarbeitung.
☎ (0 64 34) 58 88 von 9 bis 14 Uhr

SOMMER-AKADEMIE

Europäische Sommer-Akademie
Die holländische »Stiftung Union« organisiert vom 26. Juli bis 22. August 1992 in den süd-fanzösischen Cevennen für progressive Menschen aus der BRD, GB, F, B, NL die Europäische Sommer-Akademie. Eine ausgezeichnete Möglichkeit, über die eigenen Grenzen zu gehen.
Programm: 26. Juli bis 1. August 1992:
»Woche der kreativen Alternativen«
2. bis 8. August 1992:
»Gleichheit – aber wie?«
9. bis 15. August 1992:
»Frauen, verlegt die Grenzen!«
16. bis 22. August 1992:
»Ökologie und Ökonomie«
Die Broschüre der Stiftung zur Sommer-Akademie ist erhältlich über:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
W-6900 Heidelberg 1
☎ (0 62 21) 16 24 67
Fax (0 62 21) 16 44 89

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald
Weilstr. 2
6292 Weilmünster
☎ (06472) 70 31-34
Fax: (06472) 27 98

Die Spendenkampagne geht weiter!

Waffenstillstand in El Salvador: eine große Chance, aber auch ein enormes Risiko für das Befreiungsprojekt. Die FMLN braucht jetzt noch mehr unsere Unterstützung – jeden Pfennig, jede Mark: Flugblätter und Lautsprecher sind genauso Waffen für die Befreiung wie Gewehre und Verbandsmaterial!

Neue Waffen für El Salvador!
Unterstützt die FMLN!

Neues Konto: BfG Heidelberg
Nr.1088 787 700 (BLZ 672 101 11)
Informationsstelle El Salvador e.V.

Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark

Heft 1/1992
Schwerpunkt:
Neue Kriminal(isierungs)politik
- Das Gespenst der organisierten Kriminalität
- Bonner Drogenpolitik weiter in der Sackgasse
- Waffenexporte und Verbotsnormen

Weitere Themen:
- Strafrechtliche Abwicklung des SED-Apparates
- § 218: Neues aus Bonn und Karlsruhe

Probe-Abo (ohne Verlängerung): 3 Hefte für 10 Mark Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 6 76 96

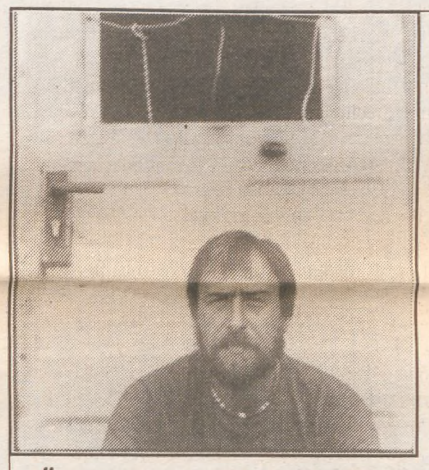


FOTO: PETER PEITSCH

Peter Paul Zahl

»Übernehmt die Patenschaft für Zeitungsabonnements! Schickt Bücher in den Knast – und kämpft zusammen mit den Gefangenen gegen jeden einzelnen Fall von Zensur!« P.P. Zahl (1977/1989)

»In Gefängnissen sind Zeitungen noch wichtiger als draußen.«

Jede Zeitungsspende ist steuerlich absetzbar!
Spenden Sie bitte auf das Konto:

Freiabonnements für Gefangene e.V. (gemeinnützig)
Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00,
Konto-Nummer 26 011 604

Wenn Sie eine bestimmte Zeitung spenden wollen, nennen Sie bitte ein Kennwort. Bitte Absender nicht vergessen (für die Spenden-Quittung).

FREIABONNEMENTS FÜR GEFANGENE E.V., DOMINICUSSTR. 3, 1000 BERLIN 62, TEL. 0 30/784 75 96

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Kennwort/Zeitung _____
KontoinhaberIn (Adresse) _____
_____
_____
Bank _____
Konto-Nummer _____
Bankleitzahl _____

Ich gestatte dem Verein Freiabonnements für Gefangene e.V., DM ..... monatlich von meinem Konto abzubuchen. Diese Erklärung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

_____
Datum, Unterschrift

Podium Progressiv

Andreas Malycha / Wladislaw Hedeler
Die Stalinisierung der SED
100 S., Br., DM 9.-

Peter Bierl
Rosa Luxemburg - Die rote Demokratie
112 S., Br., DM 9.-

Richard Schwarz
Aspekte einer neuen Machttheorie. Michel Foucault
44 S., Br., DM 4.-

Sebastian Reinfeldt
Rassismus: Die unsichtbare Gewalt
3. erweiterte Auflage
128 S., Br., DM 9.-

Manon Tuckfeld / Jens Christian Müller
Kritik der Theorie eines ökologischen Kapitalismus
2. Auflage
72 S., Br., DM 5.-

PDS/Linke Liste
Postfach 3346, 6500 Mainz

Wir suchen
freie Mitarbeiter/Innen

Wir sind eine Initiative, die es sich zur Aufgabe gemacht hat **Fälschungen** jeder Art zu archivieren und sie dem ID-Archiv in Amsterdam zur Verfügung zu stellen. Dort sind dann unter den Stichworten **Fälschung**, Spaßguerillia, subversive Medienkritik (...) die gesammelten Plagiate für alle einsichtig. Aber vorsichtig! **Fälschen** steckt an und kann sich schnell verbreiten. Es soll daher eine Literaturliste geben mit Tips, Tricks & Theorie, um nichts **falsch** zu machen.

Eine Wanderausstellung mit den schönsten **Fälschungen** ist in Planung und vielleicht bald in eurer Stadt zu sehen.

Angesprochen fühlen sollen sich nicht nur Leute, die in ihrem Leben schon einiges **falsch** gemacht haben, sondern auch die verwirrten Leser, die "Opfer" dieser **Fälschungen**. Auch von Symphatisanten, die irgendwo eine solche Fälschung in die Finger bekommen haben, wünschen wir uns Mitarbeit.

Schickt uns also keinen tabellarischen Lebenslauf, sondern von jeder Fälschung 3 Exemplare oder Kopien vom Feinsten und Zeitungsartikel über die Aktion.

G. Fälscht
Archiv für ungewöhnliche Maßnahmen
-Eine Initiative für's ID-Archiv-
c/o ID, Postfach 104522 D-2800 Bremen 1

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 615 15 64; **3400 Göttingen**, Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1, ☎ (0551) 5 10 35; **4700 Hamm**, Redaktion Ruhrgebiet, c/o Chaos-Zentrum Hamm, Götz Paschen, Postfach 18 44, ☎(02381) 1 36 69; **6900 Heidelberg 1**, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 18 34 02; **7053 Stetten**, Redaktion Südwest, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76, Fax: 47536; **8500 Nürnberg**, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; **Österreich, 1020 Wien**, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; **O-4500 Dessau**, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (003747) 37 93 (auch Fax); **O-8060 Dresden**, Rothenburger Str. 43, ☎ (003751) 57 09 14 (auch Fax) **Niederlande, 1019AT Amsterdam**, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; **Alternative Energie/Technik: 1000 Berlin 36**, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; **Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36**, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Kultur: 7400 Tübingen**, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; **Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Sozialpolitik: 8000 München 2**, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; **Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach**, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; **Naturkost: 4500 Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19**, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

HAMBURG

Staatliche Gelder abrechnen
Termine: 21.2.92, 16 bis 19 Uhr
22.2.92, 15 bis 18 Uhr
Gebühr: 30,– DM
Ort: KISS-Altona, Gaußstr. 25

Gleichberechtigtes Arbeiten im Verein – wie geht das? Organisationsmodelle selbstverwalteter Vereine
Termin: 22.2.92, 13 bis 18 Uhr
Ort: Netzwerk Hamburg

Entscheidungsstrukturen
Termine: 28.2.92, 18 bis 21 Uhr
29.2.92, 10 bis 16 Uhr
7.3.92, 18 bis 21 Uhr
8.3.92, 10 bis 16 Uhr
Gebühr: 376,20 DM
Ort: Netzwerk Hamburg

Workshop: »Wege zum Ziel«
Termine: 29.2.92, 10 bis 17 Uhr
1.3.92, 10 bis 17 Uhr
Gebühr: 250,– DM
Ort: »Zone«, Gaußstr. 25

Konflikte
Entstehung – Verlauf – Lösungsmöglichkeiten
Termin: 27. bis 29.3.92
Gebühr: 200 DM/100 DM
Ort: Netzwerk Hamburg

Anmeldung & Information:
Bildungs-Netzwerk e.V.
Gaußstr. 17
W-2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 39 51 51

RAT & PLAN

GeschäftsführerInneneminar
Termine: ab dem 24.3.92, jeweils Dienstag,
9 bis 13 Uhr, insgesamt 40 Stunden
Gebühr: 960 DM, zzgl. MWSt.

PC-Kauf
– Was vorher bedacht sein will
Termin: 27.3.92, 18 Uhr
Gebühr: 159 DM, zzgl. MWSt.

Der Schritt in die Selbständigkeit – Praxis der Betriebsgründung
Termine: 21.2.92, 18 bis 21 Uhr
22.2.92, 10 bis 17 Uhr
Gebühr: 150 DM, zzgl. MWSt.

Grundlagen der Buchhaltung
Termine: 6.3.92, 18 bis 21 Uhr
7.3.92, 10 bis 17 Uhr
Gebühr: 150 DM, zzgl. MWSt.

Information & Anmeldung:
Rat & Plan
Betriebsberatungs GbR
Eimsbütteler Str. 16
W-2000 Hamburg 50
☎ (040) 439 91 22
Fax (040) 430 21 40

WDÖFF

Moderationstechniken in Gruppen
Termin: 23. bis 27.3.92
Gebühr: 1.180 DM

Nur für Frauen:
Werbung & Marketing
Termin: 13. bis 15.3.92
Gebühr: 470 DM
Zeitmanagement für Frauen
Termin: 13. bis 15.3.92
Gebühr: 470 DM
Kreative Ideenfindung und Problemlösung
Termin: 20. bis 22.3.92
Gebühr: 470 DM
Anmeldung & Information:
Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit
Estermannstr. 204
W-5300 Bonn 1

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten Leben in der Kommune
An diesem Wochenende soll es um die Vorstellungen vom zusammen Leben und Arbeiten der Kommune Niederkaufungen gehen. Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen der Kommune mit gemeinsamer Ökonomie, Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip, gemeinsame Verantwortung füreinander und dem Alltagleben/Alltagsorganisation mit 50 Menschen.
Es wird Gelegenheit sein, zu diskutieren, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen.
Termin: 20. bis 22.3.92
Gebühr: 50,– DM
Anmeldung:
Verein für Ökologie,
Gesundheit und Bildung e.V.
Kirchweg 1 · W-3504 Niederkaufungen
☎ (0 56 05) 30 15

NETZ

Das neue Seminarprogramm des NETZES für Selbstverwaltung und Selbstorganisation ist da:
Beispiele: Kaufmännische EDV-Programmpakete für Kleinbetriebe, Die DATEV-Buchführung als betriebliches Analyse-, Kontroll- und Planungsinstrument, Gute Ideen besser verkaufen, Ökologisches Marketing, Betriebliche Finanzplanung, Corporate Identity, Teamentwicklung, Verkaufstraining. Spezielle Angebote für MitarbeiterInnen in Bildungswerken bzw. Buchläden.
NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Börnestr. 10
W-4000 Düsseldorf 1
☎ (02 11) 164 95 83

BODENSEE

Wie erkennen und gestalten wir unsere rechtlichen Beziehungen?
Fängt das Recht nicht schon mit jeder menschlichen Übereinkunft an? Auch wen wir neue Wege des Finanzumgangs suchen, sind klare Vereinbarungen nötig. Und wie soll es bei selbstverwalteten Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen ablaufen, wo ganze Kreise von Menschen sich immer wieder abzustimmen haben? Brauchen wir da feste Verträge oder existieren noch andere Möglichkeiten? Des weiteren wäre das Verhältnis von Frau und Mann, auch zu Kindern und Älteren unter solchen Gesichtspunkten anzuschauen.
Schriftliche Anmeldung bitte an die unten angegebene Adresse. Bei frühzeitiger Anmeldung ist eine Unterkunft in unserem Holzhaus möglich (für 10 DM pro Nacht und bei Selbstversorgung. Schlafsack bitte nicht vergessen). Wir können auch Unterkünfte im Ort besorgen.
Der Kostenbeitrag für die Tagung beträgt 50 DM.
Termin: 6.-8. März 1992
Anmeldung:
Modell Wasserburg
Gasthof Eulenspiegel
Hauptstr. 99
W-8992 Wasserburg
☎ (0 83 82) 88 78 75

FRAU & ARBEIT

»Ich mache mich selbständig!« – Eine grundlegende Einführung in die Fragen einer Existenzgründung
Ref.: Rita Lassen
17. bis 21.2.92
jeweils 10 bis 16 Uhr
Gebühr: 250,– / 180,– DM
Einführung in Steuerfragen
Ref.: Rita Lutz
20. u. 27.2.92
jeweils von 19 bis 21.30 Uhr
30,– / 15,– DM
»Zeigen was ich kann« – Rhetorik-Training für den Berufsalltag
Ref.: Gabriele Hertwig
22. u. 23.2.92
jeweils von 10 bis 18 Uhr
150,– / 120,– DM
Wohin des Weges? – Berufsorientierungskurs
Kursl.: Christiane Eiche, Gila Otto, Petra Beyer
Kursbeginn: 24.2.92
17 Wochen (bis 19.6. inkl. 1 Woche Ferien und 4 Wochen Praktikum)
Kurszeiten: Mo., Di., Do., Fr., jeweils 10 bis 13.15 Uhr
Gebühr: 300,– DM; für Sozialhilfeempfängerinnen, Bezieherinnen von Arbeitslosengeld oder -hilfe 60,– DM
Treffpunkt für Selbständige
Ref.: Anke Duwe
25.2.92, 19.30 bis 22 Uhr
Jetzt hab'ich den Traumjob und nun? Selbstbehauptungsstrategien im Beruf
Ref.: Helga Anders, Katrin Meuche
27.2.92, 19.30 Uhr
29.2./1.3., 10 bis 16 Uhr
140,– / 100,– DM
Bewerbungstraining
Ref.: Ines Jarchow
2., 4., 5., 6.3., 18 bis 21 Uhr
7., 8.3., 10 bis 18 Uhr
180,– / 120,– DM
Projektfrauen – Stiefkinder der Altersversorgung
Ref.: Erika Asendorf
3.3.92, 19 bis 22 Uhr
Gebühr: 30,– / 15,–
Anmeldung & Information:
Frau & Arbeit e.V.
Grindelallee 43
W-2000 Hamburg 13
☎ *(040) 44 49 60*

KULTUR

»Stadt – Kultur der Stadt«
21. bis 23.2.92, Club Voltaire Tübingen
- Architektur & Städteplanung
- Multikulturelle Gesellschaft und Stadtgesellschaft
- Modelle und Perspektiven einer Kultur der Stadt

Information: & Anmeldung:
Club Voltaire
Haaggasse 26b
W-7400 Tübingen
☎ (0 70 71) 5 15 24 /Ralf Wenzel)
Fax (0 70 71) 2 71 61

»4. Kulturbörse Freiburg«
25. bis 26.3.92, Bürgerhaus Seepark, Freiburg
Kulturamt Freiburg
Information:
☎ (07 61) 216 31 37

»Lebenswelten mitgestalten – Jugendhilfe ist gefordert«
9. Deutscher Jugendhilfetag
27. bis 29.4.1992, Hamburg
Information:
AGI, Am Neutor 2
5300 Bonn und
Klaus Nagel, BRAKULA
Bramfelder Chaussee 265
W-2000 Hamburg
☎ (0 40) 641 95 96

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

BAHNHOF GÖHRDE

Zum Zustand des Schwebens zwischen zwei Welten:
Gaukler, Clown, Narr und Komödiant
Zu einer Woche voller Gedanken, Erfahrungen, Diskussionen und Praxis zu diesem Thema laden die Bildungsstätte Bahnhof Göhrde und der bdp elbe-weser ein. Beide Organisationen führen seit langem selbstorganisierte Kulturprojekte durch, die Narren und Gauckler, Clowns und Kommödianten vereinigen: Die **Bildungsstätte Bahnhof Göhrde** mit dem **Arbeitslosencirkus »Schubs«, der in circensischer Form die eigene Situation clownesk und grotesk aufarbeitet und der Öffentlichkeit darbietet; der bdp** mit dem **Theaterprojekt »WildwuX«**, das jedes Jahr aufs neue – wie die fahrenden Gauckler – mit Zirkuswagen und Theatertreck durchs flache Land tourt, um das neueste Stück – immer selbst produziert vorzuführen.

Nach nunmehr langjähriger – auch gemeinsamer – Praxis wollen wir uns mit den Hintergründen und den Beweggründen dieses rastlosen kulturellen Strebens befassen: »Warum gibt/gab es Clowns und Gauckler, Narren und Kommödianten«; »wo haben sie ihren Ursprung«; »woher kommt die Sehnsucht nach dem Exotischen, dem Anomalen«; »wo steckt der Narr in uns selbst«; »welche Bedeutung hat er heute noch?«

In Diskussionen, mit Texten und Fallbeispielen, mit eigenen praktischen Erfahrungen und in der Begegnung mit Menschen aus dieser faszinierenden Welt werden wir den schwebenden Zustand zwischen den Welten nacherleben können und auch den eigenen festen ideologischen Kultursockel auf den Kopf stellen können.

Eingeladen sind alle Kulturschaffenden, alle Lebenskünstler, die Lust auf eine derartige Auseinandersetzung gerade auch mit dem eigenen Leben haben!
Ort: Bildungsstätte Kinder-und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde (Lüneburger Heide)
Termin: 15. bis 22.3.1992
Kosten: 110 DM/170 DM
Anmeldung:
Bahnhof Göhrde
2121 Nahrendorf-Breese
☎ *(05855) 5 45*

ÖKOFEMINISMUS

Was hat die Frauenunterdrückung mit der Ausbeutung der Natur zu tun – wie sind beide mit der Ausbeutung der sogenannten »Dritten Welt« verbunden – und wo wird Gewalt angewendet, um diese Verhältnisse aufrecht zu erhalten? Frauen in den westlichen Industrienationen werden nicht nur selbst ausgebeutet, sondern nehmen an der Ausbeutung anderer teil. Aus unserer Doppelrolle als Mittäterin und Sich-selbst-Befreiende erwächst eine besondere Betroffenheit.
Anhand der Analyse von Maria Mies wollen wir Zusammenhänge erkennen und über Perspektiven einer ökofeministischen Gesellschaft nachdenken: Aufhebung der geschlechtlichen und internationalen Arbeitsteilung, Konsumbefreiung, leben in ökologischen Kreisläufen.
Nur für Frauen
Termin: 21. bis 23. Februar 92
Anmeldung & Information:
Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V.
Kirchweg 1
W-3504 Kaufungen

DATENSCHUTZ

ÖSTERREICH

Datenschutz in der öffentlichen Verwaltung
Termin: 12.3.92, Wien
EDV-Einsatz und Datenschutz
Termin: 8.4.92, Wien
Telekommunikation, ISDN und Datenschutz
Termin: 7.5.92, Wien
Information:
ARGE DATEN
Lichtensteinstr. 94
A-1090 Wien

SONSTIGES

Presse- und öffentlichkeitsarbeit in Initiativen
Die Grundlagen von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit werden – ausgehend von den Erfahrungen der TeilnehmerInnen – vermittelt. Wie bringe ich mein Anliegen »unter die Leute«? Was und wen will ich erreichen? Was muß ich beachten hinsichtlich des Themas und des Zeitpunktes? Wen kann ich ansprechen – auf welche Weise? Wie muß ein Pressebericht aussehen?
Wir werden die Erfahrungen aus der journalistischen Berufsausbildung nutzen und Handreichungen, Adressen, Tips zur Weiterentwicklung der pressearbeit in einer Initiative kennenlernen.
20./21.3.92 im Haus Humboldtstein
W-5480 Remagen-Rolandseck
(Nähe Bonn).
Kosten: 30 DM incl. Übernachtung und Verpflegung
Fahrtkostenerstattung an TN aus den NBL.
Anmeldung bis 6.3.1992:
Stiftung Mitarbeit
z. Hd. Sylvia Fels
Bornheimer Str. 37
W-5300 Bonn 1
☎ (02 28) 63 00 23

HAUS FELSENKELLER

Weiterbildung im Westerwald
Sucht- u. Suchtvorbeugung am Arbeitsplatz
13. bis 17.4.92
Computer-Grundlagenkurs
13. bis 17.4. und
20. bis 24.7.92
Rethorik i. Berufsalltag
24. bis 28.8.92
Word 5.5 – 24. bis 28.9.92
Alle Kurse m. begleit. Kinderbetreuung
Soziokulturelles Zentrum Haus Felsenkeller
Heimstr. 4 · 5230 Altenkirchen
☎ (0 26 81) 38 70 u. 60 01

SPRINGE

Konsum ist Macht
Die Macht des Einzelnen in unserer Gesellschaft
Als KonsumentInnen haben wir einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Strukturen der Wirtschaft und die Entwicklung der Gesellschaft, in der wir leben. Wer dem normalen Alltagsgeschehen mit offenen Augen und Ohren begegnet, kann durch bewußteres Handeln viel bewirken.

Das Konsumverhalten zu verändern bedeutet nicht, seine Lebensqualität einzuschränken. Im Gegenteil: Wo sich was verändert und bewegt, entsteht Motivation, und wie wir viel Spaß dabei haben, werden wir in diesem Seminar erfahren.

Es geht z.B. darum, der pausenlosen Manipulation durch die Werbung auf den Grund zu gehen, um uns von dem Einsatz »verkaufswirksamer Maßnahmen« nicht verwirren zu lassen. Gemeinsam werden wir praxisnahe Alternativen erarbeiten, wie und wo wir sinnvoller einkaufen können und wie wir Informationen bekommen, die uns weiterhelfen anstatt zu verwirren.

Außerdem geben wir einen kurzen Überblick über bisherige Aktionen und Versuche der VerbraucherInnen, sich effektiver zu organisieren.
Termin: 4. bis 8. Mai 1992
Ort: Energie- und Umweltzentrum, Springe-Eldagsen (ca. 25 km südlich von Hannover)
Kosten: 185 DM (incl. Unterkunft & Verpflegung)
Anmeldung:
VHS Hildesheim
Wollenweberstr. 68
W-3200 Hildesheim

CONTRASTE-REGISTER

Register 1984-1990
6 Jahre CONTRASTE. Sach- Personen- und AutorInnen-Register.
DM 20,– zu beziehen über:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
W-6900 Heidelberg 1

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.